

PEH Wertpapier AG,
Frankfurt am Main

Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2023



Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats

Konzernabschluss:

Mit dem Konzernlagebericht zusammengefasster Lagebericht

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und Konzerngesamtergebnisrechnung

Konzernbilanz

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern-Kapitalflussrechnung

Konzernanhang

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Bericht des Aufsichtsrats

Das Geschäftsjahr 2023 stand im Zeichen der Entwicklungen des Angriffskrieges auf die Ukraine, des Nahostkonflikts und der Herausforderungen aus den Rahmenbedingungen der Finanzdienstleistungsbranche.

Der Aufsichtsrat hat im Verlauf des Geschäftsjahres 2023 die Geschäftsführung der PEH Wertpapier AG sorgfältig überwacht und die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Wir standen und stehen im kontinuierlichen Dialog mit dem Vorstand der Gesellschaft. Wir haben uns vom Vorstand in den Aufsichtsratssitzungen sowie durch zusätzliche schriftliche und mündliche Berichte über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sowie über die aktuelle Geschäftspolitik, das Risikomanagementsystem und die Risikosituation unterrichten lassen. Dies geschah regelmäßig, zeitnah und umfassend. In alle Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, wurde der Aufsichtsrat unmittelbar und rechtzeitig eingebunden.

Im Berichtszeitraum fanden in regelmäßigen Abständen insgesamt neun Sitzungen des Aufsichtsrats in Präsenz- oder als Video- oder Telefonkonferenz statt, an denen jeweils alle Aufsichtsratsmitglieder teilgenommen haben.

Hierbei hat der Aufsichtsrat die Geschäftslage der Gesellschaft, die strategische Ausrichtung sowie die Entwicklungschancen und Geschäftsrisiken eingehend mit dem Vorstand beraten. Den Maßnahmen, die nach Satzung und/oder Gesetz der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, hat der Aufsichtsrat zugestimmt. Da der Aufsichtsrat nur aus drei Personen besteht, wurden keine Ausschüsse gebildet. Im Lauf des Geschäftsjahres 2023 hat sich der Aufsichtsrat unter anderem mit den folgenden Sachverhalten befasst:

Entscheidungen im Jahresverlauf

Die Organisationsstruktur des Unternehmens war Inhalt mehrerer Sitzungen. Vorstand und Aufsichtsrat haben darüber beraten, wie sich die Einnahmen steigern lassen und die Effizienz erhöht werden kann. Der Aufsichtsrat billigte einstimmig die Berichte des Vorstandes zu den angefallenen Geschäftsvorfällen. In der AR-Sitzung im Dezember 2023 hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen, den Vorstandsvertrag mit Martin Stürmer um fünf Jahre bis März 2029 zu verlängern.

Vorgänge der ordentlichen Hauptversammlung 2023

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft im Juni 2023 in Frankfurt wurden Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2022 entlastet und die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt. Die Hauptversammlung hat der Satzungsänderung zur Ermöglichung einer virtuellen Hauptversammlung und einer Anpassung der Satzung, damit die Abhaltung der ordentlichen Hauptversammlung innerhalb der ersten acht Monate des Geschäftsjahres erfolgen kann, zugestimmt. Für alle Beschlüsse lag die Zustimmung jeweils bei mehr als 99% der abgegebenen gültigen Stimmen.

Jahresabschluss und Lagebericht

Der gemäß den deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht der PEH Wertpapier AG und der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernjahresabschluss und Konzernlagebericht für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 wurden von BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die entsprechenden Prüfungsberichte des Abschlussprüfers lagen dem Aufsichtsrat bei seiner Bilanzsitzung vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung einschließlich seiner Unabhängigkeit. Den Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat

- hat nach Abschluss seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben und sich den Ergebnissen des Abschlussprüfers angeschlossen.
- hat in seiner Sitzung vom 08. Mai 2024 den Jahresabschluss und den Konzernabschluss
 - gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt und
 - schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, den Bilanzgewinn der PEH Wertpapier AG von 5.033.909,35 Euro folgendermaßen zu verwenden:

Verteilung an die Aktionäre durch Ausschüttung einer Dividende von 1,90€ je dividendenberechtigter Stückaktie	
	3.104.600,00€
Einstellung in die Gewinnrücklage	0,00€
Gewinnvortrag	1.929.929,35€
Bilanzgewinn	5.033.909,35€

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Vorstand, Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz. Den Kunden und Aktionären der PEH Wertpapier AG dankt der Aufsichtsrat für das entgegengebrachte Vertrauen.

Frankfurt am Main, 08. Mai 2024

Rudolf Locker

PEH Wertpapier AG,
Frankfurt am Main

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023
und zusammengefasster Lagebericht für
das Geschäftsjahr 2023



Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Das interne Steuerungssystem

2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2.2 Geschäftsverlauf
 - 2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns
 - 2.3.1. Ertragslage des Konzerns
 - 2.3.2. Vermögens- und Finanzlage des Konzerns
 - 2.4 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PEH Wertpapier AG
 - 2.4.1. Ertragslage der Gesellschaft
 - 2.4.2. Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft
 - 2.5 Vorgänge der ordentlichen Hauptversammlung 2023

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht
 - 3.1 Allgemeine Anmerkungen
 - 3.2 Kredit- / Adressenausfallrisiko
 - 3.3 Liquiditätsrisiko
 - 3.4 Marktrisiko
 - 3.5 Operationelle Risiken
 - 3.6 Sonstige Risiken
 - 3.7 Zusammenfassung der Risikosituation
 - 3.8 Zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung
 - 3.9 Zukünftige Branchensituation
 - 3.10 Voraussichtliche Geschäftsentwicklung

4. Übernahmerelevante Angaben

5. Erklärung zur Unternehmensführung (§§ 289f und 315d HGB)

6. Vergütungsbericht (§162 AktG)

7. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

1 Grundlagen des Konzerns

Im Geschäftsjahr 2023 erstellt der PEH Wertpapier AG Konzern (PEH Konzern) einen zusammengefassten Lagebericht für die Gruppe und für die Konzernmutter, PEH Wertpapier AG (PEH). Die PEH bündelt als Muttergesellschaft wesentliche unternehmerische Aufgaben des Konzerns, so dass die Chancen und Risiken der PEH und der Gruppe weitestgehend identisch sind.

1.1 Geschäftsmodell

Der PEH Konzern ist als Wertpapierinstitut organisiert. Die PEH hat ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main. Wir bieten unseren Kunden eine Vielzahl von Dienstleistungen und Produkten im Finanzdienstleistungssektor an. Die PEH Konzerngesellschaften befassen sich mit Vermögensanlage sowie Vermögensverwaltung und bieten die klassischen Aktivitäten für institutionelle Kunden an, vor allem Asset Management, Fondsadministration und die innovative Produktentwicklung. Zudem bietet die PEH Dienstleistungen aus den Bereichen Verwaltung und Service auch externen Kunden an.

Der PEH Konzern teilt sich in drei Segmente auf:

Das Segment PEH Verwaltung / Service umfasst unter anderem die Bereiche Fondsadministration, IT-Services, Fondsbuchhaltung und Verbriefungen und beinhaltet die Axxion S.A. (inkl. navAXX S.A., IT4Funds S.A., Axxion Deutschland InvAG), die Oaklet GmbH (inkl. Oaklet S.A.) und die capsensixx AG.

Die PEH stellt das Segment PEH Asset Management dar.

Die PEH Vermögensmanagement GmbH, die Svea Kuschel & Kolleginnen GmbH und die PEH Wealth Management GmbH bilden das Segment PEH Vertrieb. Die PEH war 2023 in Deutschland an drei Standorten (Frankfurt / Zentrale, München und Rosenheim) sowie im europäischen Ausland an zwei Standorten in Luxemburg (Grevenmacher und Wasserbillig) vertreten.

1.2 Das interne Steuerungssystem

Der zusammengefasste Lagebericht und der Abschluss der PEH und des PEH Konzerns werden nach den geltenden Rechnungslegungsstandards aufgestellt.

Die PEH Wertpapier AG wird intern anhand der nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren gesteuert:

- Entwicklung des betreuten Volumens (Assets under Management and Administration, AuMA)
- Nettoprovisionseinnahmen (Provisionserträge abzüglich der Provisionsaufwendungen gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung)
- Eigenkapitalquote (Anteil des Eigenkapitals inklusive des Bilanzgewinns an der Bilanzsumme, ausgewiesen zum jeweiligen Bilanzstichtag)

Der PEH Konzern wird intern anhand der nachfolgenden Kennzahlen gesteuert:

- Entwicklung des betreuten Volumens (Assets under Management and Administration / AuMA)
- Nettoprovisionseinnahmen (Provisionserträge abzüglich der Provisionsaufwendungen gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung)
- EBITDA

Die Steuerungskennziffern stellen alternative Leistungskennzahlen dar und werden nachfolgend erläutert.

Alternative Leistungskennzahlen (APM)

Zusätzlich zu den durch diese Standards geforderten Angaben und Kennzahlen veröffentlicht der PEH Konzern alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures = APM), die diesen Regulierungen nicht unterliegen und für die es keinen allgemein akzeptierten Berichtsstandard gibt. Der PEH Konzern ermittelt die APM mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit der Leistungskennzahlen im Zeitablauf bzw. im Branchenvergleich zu ermöglichen. Dies erfolgt durch bestimmte Anpassungen der nach den geltenden Rechnungslegungsstandards aufgestellten Bilanz- oder Gewinn- und Verlustrechnungsposten. Die Anpassungen können dabei aus unterschiedlichen Berechnungs- und Bewertungsmethoden, uneinheitlichen Geschäftsaktivitäten sowie Sondereffekten resultieren, die sich auf die Aussagekraft dieser Posten auswirken. Die so ermittelten alternativen Leistungskennzahlen gelten für alle Perioden und werden sowohl intern zur Steuerung des Geschäfts als auch extern zur Beurteilung der Leistung des Unternehmens durch Analysten, Investoren und Ratingagenturen eingesetzt.

Der PEH Konzern ermittelt folgende APM:

- EBITDA
- Betreutes Volumen (Assets under Management and Administration / AuMA)

Das **EBITDA** (Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization) steht für Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen, Wertminderungen und Wertaufholungen. Diese Erfolgskennzahl neutralisiert neben dem Finanzergebnis auch verzerrende Effekte auf die operative Geschäftstätigkeit, die aus unterschiedlichen Abschreibungsmethoden und Bewertungsspielräumen resultieren. Das EBITDA wird ermittelt auf Basis des Ergebnisses der normalen Geschäftstätigkeit (vor Ertragsteuern) zuzüglich der in der Periode erfolgswirksam erfassten Abschreibungen und Wertminderungen bzw. abzüglich der Wertaufholungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen und Wertpapieren sowie der Hinzurechnung der Zinsaufwendungen und des Abzugs der Zinserträge.

Überleitungsrechnung EBITDA

Ergebnis normale Geschäftstätigkeit (vor Ertragsteuern)

+ Abschreibungen Wertpapiere

- Wertaufholungen Wertpapiere

+ Abschreibungen immaterielle Anlagewerte u. Sachanlagen

- Wertaufholungen immaterielle Anlagewerte u. Sachanlagen

+ Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile verbundene Unternehmen

- Zinserträge

+ Zinsaufwendungen

= EBITDA

Das **betreute Volumen** (Assets under Management and Administration = AUMA) ist der Gesamtwert aller Anlagen für die administrativen Aufgaben oder Aufgaben als Vermögensverwalter/Asset Manager vorgenommen werden. Zur Berechnung der AuMA werden die Gesamtvolumen der administrierten oder gemanagten Kundengelder addiert. Die Berechnung basiert auf dem aktuellen Marktwert zum jeweiligen Berechnungsstichtag.

Darüber hinaus haben wir als Wertpapierinstitut angemessene Regelungen zu treffen, anhand derer sich die finanzielle Lage unseres Instituts jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmen lässt. Um dieser Vorgabe Rechnung zu tragen, werden Kapitalausstattung, Liquiditäts- und Ertragslage permanent durch die Geschäftsleitung überwacht.

Zur Überwachung der Ertragslage werden alle Geschäftsvorfälle monatlich in unserer Finanzbuchführung erfasst und in der Betriebswirtschaftlichen Auswertung zusammengestellt. Daraus werden jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres Zwischenabschlüsse erstellt, die von der Geschäftsleitung kontrolliert und ausgewertet werden.

Die regelmäßige Kontrolle der Vermögens- und Ertragslage erfolgt über die vierteljährlichen Quartalsbilanzen.

Die Liquiditätslage wird durch tägliche Kontrolle des Finanzmittelbestands überwacht. Unsere finanzielle Lage ist jederzeit durch Kontenabruf genau bestimmbar. Die unserem Institut entstehenden fixen und variablen Kosten sind grundsätzlich vorab kalkulierbar. Somit werden Finanzmittelbestand und sicher zu erwartende Liquiditätszuflüsse den zu erwartenden Liquiditätsabflüssen gegenübergestellt.

Weitere Einzelheiten erläutern wir im Wirtschaftsbericht sowie im Prognose-, Risiko- und Chancenbericht.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Entwicklung der Weltwirtschaft 2023

Die Weltwirtschaft hat auch im Jahr 2023 weiter an Schwung verloren. Nach einem kräftigen Start in das Jahr 2023 wurde eine deutliche Verlangsamung der Weltkonjunktur über den Sommer beobachtet. Diese resultierte im Wesentlichen aus einer schwachen Industrieproduktion und den in den meisten Weltregionen stark gestiegenen Zinsen, welche vor allem die Wohnungsbauinvestitionen hemmen. Als weiterer dämpfender Faktor wird die verhaltene Entwicklung in China, die wesentlich aus der Verschuldung im dortigen Immobiliensektor resultiert, ausgemacht. Sind kurzfristig geldpolitische Straffungen, Haushaltskonsolidierungen und Basiseffekte aus der Erholung nach der Corona-Pandemie die wesentlichen Faktoren, so dürften auf mittlere Sicht die schwache Produktivitätsentwicklung, geringes Tempo bei Strukturreformen und die Gefahr einer geoökonomischen Fragmentierung wachstumshemmend wirken. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften zudem die demografischen Herausforderungen zu einer verringerten Erwerbsbeteiligung beitragen.

Lieferkettenschwierigkeiten sind weitgehend durch neue Probleme abgelöst. Während sich die durch die Pandemie unterbrochenen Lieferketten weitgehend erholt haben, zeigt das globale Verarbeitende Gewerbe angesichts des schwachen Produktivitätswachstums, des Auslaufens der Stützungsmaßnahmen im Zuge der Covid-Krise und der schwierigen finanziellen Bedingungen Schwächen. Darüber hinaus haben die nach der Pandemie eingetretene Verschiebung der Nachfrage in Richtung des Dienstleistungssektors sowie die erhöhte Unsicherheit über die künftige geoökonomische Lage zu einer Investitionszurückhaltung geführt.

Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr um ca. 0,3 % gesunken ist.

Entwicklung der Finanzbranche 2023

Die Rahmenbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals schwieriger geworden. Insbesondere der anhaltende Ausbau der Regulierungsmaßnahmen erfordert zunehmend Kapazitäten und bedeutet damit einen deutlich höheren Aufwand. Zusätzlich sorgen disruptive Technologien für anhaltenden Margen- und Wettbewerbsdruck in der Branche.

2.2 Geschäftsverlauf

Für die PEH gingen wir im Vorjahr vor dem Hintergrund einer erwarteten leichten konjunkturellen Erholung und der Geschäftsentwicklung unter Einfluss des Krieges in der Ukraine davon aus, ein positives Ergebnis zu erwirtschaften. Dies konnte im Wesentlichen durch um 3,1 % auf T€ 3.186 gestiegene Netto-Provisionseinnahmen (Provisionserträge abzüglich Provisionsaufwendungen) erreicht werden und der Jahresüberschuss beläuft sich auf T€ 2.291 (Vorjahr: T€ 470). Die Eigenkapitalquote beträgt 70,8 % (Vorjahr: 78,2 %) und ist somit weiterhin deutlich über 50 %.

Insgesamt ist die Lage der PEH aufgrund des positiven Ergebnisses und der noch immer sehr hohen Eigenkapitalquote als gut zu bezeichnen.

Für den PEH Konzern waren wir im Vorjahr vor dem Hintergrund der weltweiten unsicheren Wirtschaftslage und der Geschäftsentwicklung unter Einfluss des Krieges in der Ukraine davon ausgegangen, dass für die APM (EBITDA, AuMA) von einem leichten Anstieg zwischen 2 - 5 % auszugehen ist. Die AuMA haben sich im Geschäftsjahr 2023 um 12,3 % erhöht und haben damit den erwarteten Anstieg der AuMA um 2 - 5 % übertroffen. Das EBITDA ist im Geschäftsjahr um 10,9 % zurückgegangen und hat damit den erwarteten Anstieg um 2-5 % verfehlt.

Insgesamt ist die Lage des PEH Konzerns trotz des Rückgangs des EBITDA, jedoch aufgrund der positiven Entwicklung der AuMA als gut zu bezeichnen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

2.3.1 Ertragslage des Konzerns

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Abschluss des PEH Konzerns zu sehen. Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des PEH Konzerns gibt einen vollständigen Überblick für 2023.

Die Bruttoprovisionseinnahmen werden 2023 mit EUR 135,7 Mio. (Vorjahr: EUR 125,8 Mio.) und die Nettoprovisionen mit EUR 36,2 Mio. (Vorjahr: EUR 34,4 Mio.) ausgewiesen. Die Personalkosten erhöhten sich auf EUR 17,3 Mio. (Vorjahr: EUR 15,3 Mio.). Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich ebenfalls auf EUR 10,8 Mio. (Vorjahr: EUR 8,6 Mio.) erhöht. Insgesamt führte dies zu einem deutlichen Anstieg der Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auf EUR 28,1 Mio. (Vorjahr: EUR 23,9 Mio.). Unverändert tätigen wir unsere Investitionen ausschließlich aus dem Cashflow und realisieren dadurch unsere langfristigen Wachstumschancen.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern wird mit EUR 9,3 Mio. (Vorjahr: EUR 8,5 Mio.), das Periodenergebnis, das auf die Eigentümer der PEH entfällt mit EUR 3,5 Mio. (Vorjahr: EUR 2,3 Mio.) und das EBITDA in Höhe von EUR 10,1 Mio. (Vorjahr: EUR 11,4 Mio.) ausgewiesen.

Das Ergebnis je Aktie beträgt 2,16 EUR / Aktie (Vorjahr: 1,38 EUR / Aktie).

Die AuMA haben sich im Geschäftsjahr 2023 um 12,3 % auf 15,9 Mrd. erhöht. Dividendenzahlungen erfolgen je nach Finanz- und Ertragslage des PEH-Konzerns sowie nach dem zukünftigen Barmittelbedarf.

Segmentberichterstattung

Das interne Berichtswesen umfasst die drei Segmente PEH Asset Management, PEH Vertrieb und PEH Verwaltung / Service. Diese Aufteilung richtet sich nach den operativen Geschäftsfeldern.

Das Segment PEH Verwaltung / Service beinhaltet die Axxion S.A. (inkl. navAXX S.A., IT4Funds S.A., Axxion InvAG) die Oaklet GmbH (einschließlich der Tochtergesellschaft Oaklet S.A.) und die capsensixx AG.

Zum Segment PEH Asset Management gehört die PEH, die PEH Vermögensmanagement GmbH, die Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH und die PEH Wealth Management GmbH bilden das Segment PEH Vertrieb.

Die interne Steuerung erfolgt auf Basis von IFRS-Werten. Intersegmentär erbrachte Dienstleistungen werden grundsätzlich zu marktüblichen Preisen abgerechnet. Alle drei Segmente erbringen Dienstleistungen der Finanzbranche. Empfänger der Dienstleistungen sind überwiegend Kunden in der Bundesrepublik Deutschland.

Segment PEH Verwaltung / Service

Das Segment spielt eine zentrale Rolle in unserer Wachstumsstrategie. Die gesamten Services bieten wir externen Kooperationspartnern an.

Die Netto-Provisionserlöse sind mit T€ 32.178 im Vergleich zum Vorjahr (Vorjahr: T€ 29.166) leicht gestiegen. Der Personalaufwand wird in 2023 mit T€ 13.777 (Vorjahr: T€ 11.821) ausgewiesen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden mit T€ 14.096 (Vorjahr: T€ 10.486) ausgewiesen. Die Abschreibungen betragen T€ 1.693 (Vorjahr: T€ 1.524). Das Segmentergebnis beträgt T€ 7.881 (Vorjahr: T€ 8.627).

Das EBITDA beträgt T€ 6.330 (Vorjahr: T€ 8.286). Die AuMA im Segment PEH Verwaltung / Service haben sich im Geschäftsjahr 2023 von EUR 11,3 Mrd. (per 31. Dezember 2022) auf EUR 12,3 Mrd. (per 31. Dezember 2023) erhöht.

Segment PEH Vertrieb

Die einzelnen Marken im PEH Konzern haben ihren eigenen Ansatz zur Kundengewinnung. Auf diese Weise lassen sich unterschiedliche Zielgruppen optimal ansprechen, ohne dass die Gesellschaften in Konkurrenz zueinanderstehen.

Im Segment werden Nettoprovisionserträge in Höhe von T€ 3.593 (Vorjahr: T€ 3.156) ausgewiesen. Das Segmentergebnis vor Steuern beträgt T€ 374 (Vorjahr: T€ 176) und hat sich damit verbessert.

Das EBITDA beträgt T€ 666 (Vorjahr: T€ 522). Die AuMA im Segment PEH Vertrieb haben sich im Geschäftsjahr 2023 von EUR 0,77 Mrd. (per 31. Dezember 2022) auf EUR 0,84 Mrd. (per 31. Dezember 2023) erhöht.

Segment PEH Asset Management

In diesem Segment werden Nettoprovisionserträge in Höhe von T€ 3.154 (Vorjahr: T€ 2.981) ausgewiesen. Das Segmentergebnis vor Steuern wird in Höhe von T€ 2.444 (Vorjahr: T€ -255) ausgewiesen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem positivem Finanzergebnis in Höhe von T€ 444 und dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 1.351.

Das EBITDA beträgt T€ 2.111 (Vorjahr: T€ 560). Die AuMA im Segment Asset Management haben sich im Geschäftsjahr 2023 von EUR 2,1 Mrd. (per 31. Dezember 2022) auf EUR 2,7 Mrd. (per 31. Dezember 2023) erhöht.

2.3.2 Vermögens- und Finanzlage des Konzerns

Alle wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen in Euro. Absicherungen von Nettositionen in Fremdwährung für Fremdwährungsverbindlichkeiten werden nicht eingesetzt.

Das Eigenkapital ist mit T€ 29.531 gegenüber dem Vorjahr mit T€ 30.612 gesunken. Die Eigenkapitalquote ist ebenfalls gegenüber dem Vorjahr auf 50,4 % (Vorjahr: 56,4 %) gesunken.

Die Bilanzsumme hat sich auf T€ 58.648 (Vorjahr: T€ 54.265) erhöht. Die langfristigen Vermögenswerte werden mit T€ 11.256 (Vorjahr: T€ 9.532) ausgewiesen. Die kurzfristigen Vermögenswerte haben sich auf T€ 47.392 (Vorjahr: T€ 44.733) erhöht. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 19.910 (Vorjahr: T€ 12.998). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Umklassifizierung von Konten bei der Axxion S.A..

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von T€ 10.132 auf T€ 15.369 erhöht. Die Steuerverbindlichkeiten sind von T€ 2.539 auf T€ 907

gesunken. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Umklassifizierung von Konten bei der Axxion S.A..

Der PEH Konzern weist zum 31. Dezember 2023 Bankguthaben in Höhe von T€ 15.091 (Vorjahr: T€ 20.822) und Finanzinstrumente und sonstige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von T€ 8.458 (Vorjahr: T€ 8.112) aus. Er hat damit ausreichende Liquiditätspuffer und war jederzeit in der Lage seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Mitarbeiter

Der PEH Konzern beschäftigte im Geschäftsjahr durchschnittlich 123 Mitarbeiter. Wir haben in allen Segmenten ein leistungsorientiertes Vergütungssystem. Neben einem fixen Gehaltsanteil erhalten die Mitarbeiter einen variablen Tantiemeanteil. Alle Mitarbeiter haben eine kaufmännische Ausbildung, die teilweise durch eine akademische Ausbildung ergänzt wurde.

Fachspezifische Weiterbildungen werden im Rahmen externer Dienstleister angeboten und von den Mitarbeitern wahrgenommen. Ein hoher Anteil der Mitarbeiter verfügt über langjährige Erfahrung in den Bereichen Fondsadministration, Produktentwicklung, Asset Management, Vermögensverwaltung und Vermögensberatung.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen und Personen bieten wir diesen vielfach die gleichen Dienstleistungen, die wir für unsere Kunden im Allgemeinen erbringen. Sämtliche Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen tätigen wir grundsätzlich zu fremdüblichen Bedingungen. Geschäfte, die zu marktunüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, liegen nicht vor. Wir verweisen auch auf Angaben zur Vergütung im Anhang zum Konzernabschluss.

2.4 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PEH Wertpapier AG

2.4.1 Ertragslage der Gesellschaft

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Abschluss der PEH zu sehen. Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung der PEH gibt einen vollständigen Überblick für 2023.

Die Netto-Provisionseinnahmen (Provisionserträge abzüglich Provisionsaufwendungen) betragen T€ 3.186 und haben sich gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.090) erhöht.

Die Allgemeinen Verwaltungskosten sind um T€ 112 auf T€ 2.683 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um T€ 41 vermindert und werden mit T€ 4 ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr sind in diesem Geschäftsjahr keine Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (Vorjahr: T€ 610) ausgewiesen, sondern stattdessen hat es Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von T€ 327 (Vorjahr: T€ 0) gegeben. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den Erträgen für die Bewertung von Finanzmittelfonds.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um T€ 801 auf T€ 1.848 gestiegen. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Veräußerung von Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Zinserträge, Provisionserträge und sonstige betriebliche Erträge lassen sich in die geographischen Märkte Luxemburg und Deutschland untergliedern.

Die PEH weist für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.291 (Vorjahr: T€ 470) aus.

Aus Sicht des Managements ist die Entwicklung der Ertragslage der PEH als positiv zu bewerten.

2.4.2 Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

Alle wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen in Euro. Absicherungen von Nettositionen in Fremdwährung für Fremdwährungsverbindlichkeiten werden nicht eingesetzt.

Das Eigenkapital hat sich von T€ 10.882 im Vorjahr auf T€ 10.232 verringert. Die Eigenkapitalquote ist mit 70,8 % gegenüber dem Vorjahr (78,2 %) gesunken. Das gezeichnete Kapital ist gegenüber dem Vorjahr unverändert - es beträgt € 1.813.800.

Am Bilanzstichtag hatte die PEH 180.143 eigene Aktien im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden keine eigenen Aktien gekauft. Die eigenen Aktien betragen zum Bilanzstichtag 9,93 % vom Grundkapital. Wir verweisen auf die Ausführungen in den Erläuterungen zur Bilanz ("Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien") im Anhang.

Es entspricht unserer Unternehmenspolitik, unsere Aktionäre angemessen am Erfolg zu beteiligen. Dividendenzahlungen erfolgen je nach Finanz- und Ertragslage der PEH sowie nach dem zukünftigen Barmittelbedarf.

Die Bilanzsumme hat sich um 3,9 % auf T€ 14.455 erhöht. Im Berichtsjahr haben sich die Forderungen an Kunden um T€ 1.586 auf T€ 2.565 gesteigert. Die Forderungen an Kreditinstitute sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.192 auf T€ 247 gesunken. Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit T€ 2.490 (Vorjahr: T€ 2.804) ausgewiesen. Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit T€ 7.912 (Vorjahr: T€ 7.950) ausgewiesen. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Wesentlichen bedingt durch deutlich höhere Forderungen gegen verbundene Unternehmen um insgesamt T€ 515 auf T€ 1.189 erhöht.

Auf der Passivseite sind die sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 2.059 auf T€ 2.936 (Vorjahr: T€ 876) gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Wesentlichen setzt sich die Position sonstige Verbindlichkeiten aus Verbindlichkeiten für sonstige bezogene Leistungen in Höhe von T€ 2.512 (Vorjahr: T€ 530), Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuern in Höhe von T€ 327 (Vorjahr: T€ 179) sowie Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 72 (Vorjahr: T€ 116) zusammen. Nach aktueller Planung werden die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen vereinbarungsgemäß beglichen. Die PEH verfügte das ganze Jahr über ausreichende Liquiditätspuffer und war jederzeit in der Lage ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die PEH hat im Rahmen der im PEH Konzern bestehenden Liquiditätsrahmenkreditvereinbarungen Kreditlinien in Höhe von T€ 6.850 gegenüber verbundenen Unternehmen gewährt. Der PEH wurde von Kreditinstituten eine Kreditlinie von T€ 1.500 eingeräumt. Im Geschäftsjahr ist keine Inanspruchnahme erfolgt. Außerdem wurde im Januar 2023 zwischen der PEH Wertpapier AG und CPX eine wechselseitige Liquiditätsrahmenkreditlinie in Höhe von bis zu EUR 3.500.000,- mit einem Zinssatz von EURIBOR plus 2% p.a., beschlossen. Sofern der Liquiditätsrahmen nicht in Anspruch genommen wird, fallen keine Gebühren an. Der Liquiditätsrahmen wurde im Jahr 2023 temporär durch die PEH Wertpapier AG in Höhe von bis zu EUR 1.500.000 in Anspruch genommen.

Die Pensionsrückstellung beträgt im Geschäftsjahr T€ 209 (Vorjahr: T€ 207) und die Steuerrückstellungen haben sich um T€ 719 auf T€ 346 (Vorjahr: T€ 1.065) reduziert. Die sonstigen Rückstellungen werden mit T€ 689 (Vorjahr: T€ 833) ausgewiesen und beinhalten im

Wesentlichen Rückstellungen für Tantiemen in Höhe von T€ 177 (Vorjahr: T€ 136) und Rückstellungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten in Höhe von T€ 238 (Vorjahr: T€ 183) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von T€ 255 (Vorjahr: T€ 435).

Der Bilanzgewinn 2023 beträgt T€ 5.034 (Vorjahr: T€ 5.683).

Durchschnittlich beschäftigte die PEH 2023 neun (Vorjahr: sechs) Mitarbeiter (ohne Vorstand).

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit T€ 7.912 (Vorjahr: T€ 7.950) ausgewiesen. Bei den ausgewiesenen Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich mit T€ 1.841 um nicht börsennotierte Gesellschaften und mit T€ 6.071 um börsennotierte Gesellschaften.

Aus Sicht des Managements ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote sowie die allgemeine Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage der PEH als positiv zu bewerten.

2.5 Vorgänge der ordentlichen Hauptversammlung 2023

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 26. Juni 2023 in Frankfurt wurde beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von EUR 5.683.044,78 folgendermaßen zu verwenden.

- Verteilung an die Aktionäre durch Ausschüttung einer Dividende von EUR 1,80 je dividendenberechtigter Stückaktie (EUR 2.940.582,60),
- Gewinnvortrag in Höhe von EUR 2.742.462,18.

Die Hauptversammlung entlastete Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2022.

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, wurde zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt.

Der Hauptversammlung wurde der Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2022 zu Erörterung vorgelegt.

Zudem erfolgt eine Ermächtigung mit Satzungsänderung, die vorsieht, dass die Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten abgehalten werden kann und dass die ordentliche Hauptversammlung innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten werden kann.

3 Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

3.1 Allgemeine Anmerkungen

Ziele des Risikomanagements

Unternehmerisches Handeln ist untrennbar mit der Übernahme von Risiken verbunden. Risiko bedeutet für die PEH die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne. Diese Gefahr kann durch interne und externe Faktoren ausgelöst werden. Da es nicht möglich sein wird, alle Risiken zu eliminieren, muss das Ziel ein der Renditeerwartung angemessenes Risiko sein. Risiken sollen so früh wie möglich erkannt werden, um schnell und in angemessenem Umfang darauf reagieren zu können. Für die PEH ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mit Hilfe unserer Mess- und Überwachungsprozesse und unserer Organisationsstruktur.

Um mögliche Probleme frühzeitig zu erkennen, werden wesentliche Kennziffern monatlich abgefragt und beurteilt. Obwohl unser Risikomanagement kontinuierlich weiterentwickelt wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Gleichzeitig versuchen wir mögliche Chancen des Unternehmens frühzeitig zu erkennen, um sie durch unternehmerisches Handeln effektiv zu nutzen. Chancen bedeuten für die PEH Möglichkeiten, durch interne oder externe Entwicklungen und Ereignisse unsere angestrebten Ziele zu erreichen oder sogar zu übertreffen.

Grundsätze für unser Risikomanagement

Unser Risikomanagement ist nach den folgenden Grundsätzen ausgerichtet:

Der Vorstand der PEH (nachfolgend Vorstand) ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und deren Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risikostrategie und die Überwachung des Risikomanagements. Der Vorstand stellt damit sicher, dass ein alle Risikoarten umfassender Ansatz in das Unternehmen integriert ist und geeignete Schritte zur Umsetzung der Risikostrategie unternommen werden. Der Aufsichtsrat der PEH (nachfolgend Aufsichtsrat) überprüft unser Risikoprofil in regelmäßigen Zeitabständen.

Wir managen unsere Adressausfall-, Liquiditäts- und Marktrisiken sowie unsere operationellen Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken in einem systematischen Risikomanagementprozess auf allen relevanten Ebenen. Erkannte Risiken werden offen und uneingeschränkt an die betreffende Führungsebene berichtet.

Im Ergebnis steht ein den individuellen Gegebenheiten und Anforderungen des Instituts angemessenes Risikomanagementsystem, anhand dessen geeignete Maßnahmen zur Überwachung der Risiken sowie zu deren Vermeidung, Begrenzung oder Steuerung festgelegt werden. Die Struktur des Risikomanagementsystems ist auf die Struktur der PEH ausgerichtet und unabhängig von den einzelnen Bereichen.

Risikokapitalmanagement

Das Risikokapitalmanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung der PEH. Durch die aktive Steuerung des ökonomischen Kapitals auf Basis der internen Risikomesswerte sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist sichergestellt, dass die Risiken jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung stehen. Risiken werden nur innerhalb von – aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten – Limits übernommen, um unter Berücksichtigung von Risiko-Return-Kriterien angemessene Renditen zu erzielen. Damit sollen insbesondere existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Der Vorstand legt auf der Grundlage der geschäftspolitischen Ziele die Kapitalausstattung fest und steuert das Risikoprofil in einem angemessenen Verhältnis zur Risikodeckungsmasse. Dabei wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse die Deckungsmasse fortlaufend den mit unserer Geschäftstätigkeit verbundenen Risikopotenzialen gegenübergestellt. Davon ausgehend hat der Vorstand die geltenden Verlustobergrenzen je Risikoart sowie insgesamt bestimmt. Solange die vorgegebenen Limits eingehalten werden und die aggregierten Limits kleiner sind als die Risikodeckungsmasse, ist die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Kapitals sind die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung eine strikt einzuhaltende Nebenbedingung. Zusätzlich werden zur besonderen Analyse von externen Marktbewegungen Szenarioanalysen (Stresstests) durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögensposition der PEH. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Posten untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limits gegenübergestellt. Der Vorstand wird über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit auch bei extremen Marktbedingungen jederzeit gegeben war. Das ökonomische Kapitalmanagement basiert auf den internen Risikomessmethoden der PEH. Diese berücksichtigen die für die PEH wesentlichen Risikoarten.

Organisation des Risikomanagements

Unser Risikomanagement folgt im Rahmen der internen Kontrollverfahren klar definierten Grundsätzen, welche bei der PEH verbindlich anzuwenden sind und deren Einhaltung fortlaufend überprüft wird. Die Risikoorganisation und die damit einhergehenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagements haben wir sowohl auf Konzernebene als auch auf der Ebene der Konzerngesellschaften in Übereinstimmung mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben definiert und dokumentiert. Die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Risikocontrollingprozesse werden regelmäßig durch die interne Revision und den Risikomanagement-Beauftragten überprüft und beurteilt. Sie werden zeitnah an interne und externe Entwicklungen angepasst. Der Vorstand der PEH ist als Risiko-Manager für die Risikosteuerungsaktivitäten verantwortlich. Er wird fortlaufend über die Risikosituation informiert. In unserer Risikomanagementleitlinie ist insbesondere eine Risikoinventur durchgeführt worden und ein Risikotragfähigkeitskonzept niedergelegt. Risikokonzentrationen sind nicht gegeben.

Risikosteuerungs- und Controllingprozesse sowie Risikoberichterstattung

Die Risikosteuerung bei der PEH und deren dezentrale operative Umsetzung in den risikotragenden Geschäftseinheiten erfolgt auf der Grundlage der Risikostrategien. Die für die Risikosteuerung verantwortlichen Einheiten treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei beachten sie die zentral vorgegebenen Rahmenbedingungen. Insbesondere das Risikocontrolling ist für die Identifikation, die Beurteilung von Risiken sowie die Überwachung der Verlustobergrenzen verantwortlich. Damit einher geht die Berichterstattung der Risiken an den Vorstand und an die risikotragenden Geschäftseinheiten. Angemessene Frühwarnsysteme unterstützen die Überwachung der Risiken, identifizieren potenzielle Probleme im Frühstadium und ermöglichen damit eine zeitnahe Maßnahmenplanung. Durch entsprechende Richtlinien und eine effiziente Überwachung wird zudem sichergestellt, dass regulatorische Anforderungen an das Risikomanagement und -controlling eingehalten werden. Die bei der PEH eingesetzten Methoden zur Risikomessung entsprechen dem aktuellen Erkenntnisstand und orientieren sich an der Praxis der Finanzdienstleistungsbranche sowie den Empfehlungen der Aufsichtsbehörde. Die Risikomesskonzepte unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch das Risikocontrolling und die Interne Revision. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können dennoch Konstellationen entstehen, die zu höheren Verlusten führen als durch die Risikomodelle prognostiziert.

Das Controlling ist aufgeteilt in ein operatives und ein strategisches Controlling. Das operative Controlling ist für die fortlaufende Überwachung der kurzfristigen Ergebnisrisiken verantwortlich.

Dabei werden Ergebniskennzahlen den entsprechenden Plangrößen gegenübergestellt und hieraus Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen an den Vorstand abgeleitet. Der Analysehorizont des strategischen Controllings umfasst die nächsten drei Jahre. Dabei werden Umsatz- und Ergebnistrends unter Berücksichtigung von Veränderungen wirtschaftlicher oder gesetzlicher Rahmenbedingungen analysiert und in Vorschläge für eine Definition von Zielgrößen für die einzelnen Geschäftsbereiche überführt. Wir haben die Ertragsrisiken sorgfältig analysiert und als wesentlich eingestuft. Entsprechende Simulationen machen potenzielle Ertragsrisiken in den strategisch maßgeblichen Geschäftsbereichen für den Vorstand transparent. Die Ertragsrisiken werden dadurch sorgfältig überwacht und wir können bei Bedarf Anpassungen vornehmen. Ein wichtiges Element des Risikomanagementsystems ist die interne Revision, die Überwachungs- und Kontrollaufgaben wahrnimmt. Sie führt hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorgaben systematisch und regelmäßig Prüfungen durch. Die in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement festgelegten besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision werden erfüllt. Die Interne Revision arbeitet im Auftrag des Vorstands weisungsfrei und unbeeinflusst als zuständige prozessunabhängige Instanz. Bei der Berichterstattung und der Wertung der Prüfungsergebnisse agiert die Revision ebenfalls weisungsungebunden.

Eine aussagekräftige Risikoberichterstattung ist die Basis für eine sachgerechte Steuerung. Hierzu besteht ein umfassendes internes Management-Informationen-System, das eine zeitnahe Information der Entscheidungsträger über die aktuelle Risikosituation sicherstellt. Die Risikoreports werden in festgelegten Intervallen generiert oder, wenn notwendig, ad hoc erstellt. Dabei werden insbesondere die Einhaltung der Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung betrachtet. Zusätzlich bilden die Planungs-, Simulations- und Steuerungsinstrumente mögliche positive und negative Entwicklungen auf die wesentlichen Wert- und Steuerungsgrößen des Geschäftsmodells und ihre Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab. Adressaten der Risikoberichterstattung sind die steuernden Einheiten und der Vorstand. Die Adressaten werden zeitnah und umfänglich über die Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting liegen im Bereich Risikocontrolling. Alle Maßnahmen dienen zusammengenommen der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und stellen die Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten sicher.

Die systematische Risikoidentifikation und -bewertung, die Prüfung der Handlungsalternativen zur Vermeidung, Verminderung und Begrenzung der Risiken sowie ein fortlaufendes, effizientes Controlling und Berichtswesen sind integrale Bestandteile der strategischen Gesamtsteuerung unseres Unternehmens. Das Risikokontrollsystem wurde unter Berücksichtigung gesetzgeberischer Vorgaben im Berichtsjahr weiter ausgebaut und verfeinert. Das

Geschäftsmodell der Gesellschaft wurde auch unter Risikogesichtspunkten optimiert; das betrifft die Auswahl erfahrener Berater und die Qualitätsprüfung der Produkte ebenso wie das Management-Informationssystem, das die Geschäftsentwicklung transparent macht.

Die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen werden im Rahmen eines eigenen Management-Informationssystems umgesetzt. Dadurch ist eine fortlaufende Überwachung durch Aufsichtsrat und Vorstand jederzeit gewährleistet.

Verantwortlich für die Umsetzung der Risiko- und Überwachungssysteme ist der Vorstand der Gesellschaft. Der Vorstand kontrolliert die Daten auf Basis der monatlichen Auswertungen. Mindestens vierteljährlich wird eine Neueinschätzung der bestehenden Risiken vorgenommen. Bei Bedarf werden rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet, die zu einer frühzeitigen Risikoreduzierung führen. Die zentral erfassten Ergebnisse werden dabei regelmäßig überwacht und dem Aufsichtsrat berichtet.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die wesentlichen Merkmale des bestehenden internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

Ziel des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf die Finanzberichterstattung ist es, dass der Jahresabschluss und der Konzernabschluss gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften nach HGB und IFRS ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Das Ziel einer ordnungsgemäßen Finanzberichterstattung ist dadurch gefährdet, dass wesentliche Informationen in der Finanzberichterstattung fehlerhaft sind. Hierbei spielt es keine Rolle, ob dies durch einen einzelnen Sachverhalt oder erst durch die Kombination mehrerer Sachverhalte gegeben ist. Risiken für die Finanzberichterstattung können durch Fehler in den Geschäftsabläufen entstehen. Zudem kann betrügerisches Verhalten zu einer fehlerhaften Darstellung von Informationen führen.

Daher ist vom Vorstand sicherzustellen, dass die Risiken bezüglich einer fehlerhaften Darstellung, Bewertung oder fehlerhaften Ausweises von Informationen der Finanzberichterstattung minimiert werden.

Das interne Kontrollsystem und das Risikomanagement sind darauf ausgerichtet, eine hinreichende Sicherheit bezüglich der Einhaltung geltender rechtlicher Anforderungen, der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sowie der Vollständigkeit und

Richtigkeit der finanziellen Berichterstattung zu gewährleisten. Zu berücksichtigen ist dabei, dass durch das implementierte interne Kontrollsystem Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausgeschlossen werden können und somit zwar keine absolute, aber dennoch eine hinreichende Sicherheit geboten wird.

Organisation

Eine wesentliche Basis für eine solide Unternehmensführung mit entsprechender Ausgestaltung einer unter Risikoaspekten orientierten strategischen Ausrichtung des Unternehmens ist unser Organisationshandbuch. Das Organisationshandbuch ist als die nachvollziehbare sowie laufend, zu aktualisierende Darstellung der Aufbau- und Ablauforganisation einschließlich des Kompetenzgefüges definiert. Der Umfang und die Ausgestaltung unseres Organisationshandbuches orientiert sich an den relevanten rechtlichen und regulatorischen Anforderungen und ist an der Größe des Instituts sowie nach Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit unserer Gesellschaft ausgerichtet.

Das Prinzip der eindeutigen Verantwortungszuweisung erfolgt durch den Geschäftsverteilungsplan für den Gesamtvorstand. Der Aufsichtsrat überwacht die Finanzberichterstattung. Der Aufsichtsrat unterstützt in der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems, der Compliance und des internen Revisionssystems. Zusätzlich unterstützt er bei der Überwachung der Durchführung der Abschlussprüfungen, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen.

Überwachung durch die Interne Revision

Die Interne Revision überwacht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Die Interne Revision überwacht unabhängig, objektiv und risikoorientiert die Geschäftsprozesse der PEH hinsichtlich ihrer Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Die Interne Revision, die Einhaltung der Geldwäschebestimmungen sowie die Compliance werden von zielgerichtet weitergebildeten und qualifizierten Personen wahrgenommen.

Prozesse und Kontrollen der Finanzberichterstattung

Die Finanzbuchhaltung sowie die Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses sind ausgelagert.

Dabei werden die Buchungen der PEH durch den externen Dienstleister in der Regel wöchentlich

in einer zertifizierten Standardsoftware erfasst und durch das Rechnungswesen und durch den Vorstand auf wöchentlicher und monatlicher Basis kontrolliert und beurteilt. Die Vollständigkeit und Richtigkeit der erfassten Daten wird darüber hinaus regelmäßig anhand von Stichproben und Plausibilitätschecks überprüft.

Es finden zwischen der PEH und dem externen Dienstleister laufende Abstimmungen und ein regelmäßiger Informationsaustausch statt, um ein gemeinsames Verständnis über die Geschäftsvorfälle sicherzustellen.

Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Parteien entsprechen den qualitativen und quantitativen Anforderungen der Geschäftstätigkeit und Größe der PEH.

Die eingesetzten EDV-Systeme sind gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Die Kompetenzen und Zugriffsrechte sind definiert.

Es erfolgen monatliche Berichte, die überprüft, ausgewertet und mit internen Aufzeichnungen verglichen werden.

Das ausgelagerte Meldewesen wird durch speziell geschulte externe Fachkräfte durchgeführt.

Dadurch wird eine den melde- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechende Ausführung gewährleistet.

Das in wesentlichen Merkmalen oben beschriebene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem stellt im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eine durchgehend richtige und fehlererkennende Rechnungslegung sicher. Die klaren Strukturen und Verantwortungsbereiche sowie die notwendige personelle und materielle Ausstattung sorgen für ein kontinuierliches und effizientes Arbeiten, welches eine einheitliche und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften befindliche Rechnungslegung gewährleistet. Durch diese Maßnahmen können die konzernweit einheitlichen Geschäftsvorfälle zutreffend und verlässlich bewertet werden und die gewonnenen Informationen den bestimmten Adressaten zugänglich gemacht werden.

3.2 Kredit- / Adressenausfallrisiko

Das Kreditrisiko bzw. das Adressenausfallrisiko der PEH besteht darin, dass ihr ein finanzieller Schaden zugefügt werden könnte, wenn ein Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang erfüllt.

Das Adressenausfallrisiko umschließt das Kontrahentenrisiko (Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) sowie das spezifische Länderrisiko, welches derzeit allerdings für die PEH nur von nachrangiger Bedeutung

ist. Am Bilanzstichtag belief sich das Bruttovolumen dieser Positionen auf EUR 47,5 Mio.

Die Adressenausfallrisiken der PEH resultieren insbesondere aus den kurzfristigen Forderungen an Kunden sowie verbundene Unternehmen und den klassischen Bank- / Liquiditätskonten. Das maximale Kreditrisiko der Gesellschaft besteht in dem Verlust aller in diesen Bilanzposten enthaltenen Vermögenswerte. Notleidende und in Verzug geratene Forderungen bestehen keine.

Wesentliche Länderrisiken bestehen nicht, da sich die Forderungen hauptsächlich auf in der Bundesrepublik und in Luxemburg ansässige Adressen beschränken.

Die Verteilung der Adressenausfallrisiken auf Konzernebene stellt sich wie folgt dar:

Kunden	EUR 19,9 Mio.
Liquiditätskonten	EUR 15,1 Mio.
Steuerbehörden	EUR 0,9 Mio.
Wertpapiere	EUR 8,5 Mio.
Sonstige	EUR 3,1 Mio.

Wie von den MaRisk gefordert, messen und steuern wir unser Adressenausfallrisiko einheitlich. Die Adressenrisiken für die Geschäftspartner und die Steuerung unserer Engagements müssen unseren Richtlinien und Strategien entsprechen. Adressenkompetenzen erhalten nur Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation und Erfahrung verfügen. Die Adressenkompetenzen werden regelmäßig überprüft. Wir messen unsere gesamten Adressenrisiken und fassen diese auf konsolidierter Basis zusammen.

Adressenausfallrisikoeinstufung: Ein wichtiges Element ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir neben der Bonität des Geschäftspartners alle weiteren relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung bestimmt das jeweilige Engagement. Wir bewerten unsere Adressenausfallrisiken generell einzeln. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufung vergleichen wir unsere Einschätzung nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen Risikoratings.

Überwachung des Adressenausfallrisikos: Unsere Adressenausfallrisiken werden mit Hilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente (Bonitäts- und Produktentwicklung) ständig überwacht. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir

versuchen, frühzeitig Adressenengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wir sind bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Adressenengagement effektiv zu steuern. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen.

Notleidende und in Verzug geratene Forderungen bestehen zum Bilanzstichtag keine. Als in Verzug geratene Geschäfte bezeichnen wir Geschäfte, bei denen ein 90-Tage-Verzug vorliegt und dieser auch als Ausfallkriterium erfasst ist.

Über die oben beschriebenen Risiken hinaus besteht ein Emittentenrisiko aus den erworbenen Wertpapieren. Das Risiko eines Ausfalls von Emittenten, deren Wertpapiere wir im Rahmen des Liquiditätsmanagements erworben haben, vermindern wir über die strengen Bonitätsanforderungen unseres Liquiditätsmanagements.

Den Kreditrisiken inklusive Emittentenrisiko werden aus unserer Sicht angemessene Rechnung getragen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenspotenzial werden sowohl für Kreditrisiken aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen als auch für Kreditrisiken aus Guthaben bei Kreditinstituten als gering eingestuft.

3.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit ist die Kernfunktion unseres Liquiditätsmanagements, dies auch auf Konzernebene. Die Liquiditätssteuerung wird über eine tägliche Disposition durchgeführt. Neben möglichen Cashflow-Szenarien werden auch die aktualisierte Neugeschäftsplanung, die Investitionsplanung sowie sonstige Kapitalbewegungen berücksichtigt. Die Steuerung der in unserem Bestand befindlichen Finanzinstrumente der Liquiditätsreserve erfolgt durch barwertige Betrachtung (tägliche Preisfeststellung und Bewertung) unserer Finanzmittel. Die Refinanzierungsrisiken sind durch angemessene Kreditlinien in aktueller Höhe von T€ 1.500 (durch Kreditlinie / Aval) abgesichert.

Der PEH wurde von Kreditinstituten eine Kreditlinie von T€ 1.500 eingeräumt. Außerdem wurde im Januar 2023 zwischen der PEH Wertpapier AG und CPX eine wechselseitige Liquiditätsrahmenkreditlinie in Höhe von bis zu EUR 3.500.000,- mit einem Zinssatz von EURIBOR plus 2% p.a., beschlossen. Sofern der Liquiditätsrahmen nicht in Anspruch genommen wird, fallen keine Gebühren an. Der Liquiditätsrahmen wurde im Jahr 2023 temporär durch die

PEH Wertpapier AG in Höhe von bis zu EUR 1.500.000 in Anspruch genommen.

Dem Liquiditätsrisiko wird aus unserer Sicht angemessene Rechnung getragen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenspotenzial werden als gering eingestuft.

3.4 Marktrisiko

Das Marktrisiko resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und Marktkursen und den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und Volatilitäten. Das Marktpreisrisiko im engeren Sinne ist die Gefahr eines Verlusts, der aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter eintreten kann. Das Marktliquiditätsrisiko ist die Gefahr eines Verlusts, der aufgrund nachteiliger Veränderungen der Marktliquidität – zum Beispiel durch Marktstörungen – eintreten kann. Marktpreisrisiken entstehen bei der PEH durch die Aktivitäten im Liquiditätsmanagement. Im Bestand befindliche Wertpapiere sind durch Marktschwankungen einem Kursrisiko ausgesetzt. Über eine ständige Überwachung und Bewertung des Portfolios werden mögliche Ergebnisauswirkungen starker Kursschwankungen frühzeitig adressiert. Der Ausweis der Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken ist für die PEH nicht relevant. Es bestehen keine Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken. Die Barwertveränderungen aller Positionen im Verhältnis zu den Eigenmitteln werden kontinuierlich abgebildet. Die Simulation erfolgt automatisiert über alle Positionen. Die dabei ermittelten Wertveränderungen blieben im Berichtszeitraum stets unter der Schwelle von 5 % der Eigenmittel. Zum Bilanzstichtag bestehen keine wesentlichen Zinsänderungsrisiken.

Dem Marktrisiko wird aus unserer Sicht angemessene Rechnung getragen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenspotenzial werden als gering eingestuft.

3.5 Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten in Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Die operationellen Risiken werden dezentral in den einzelnen Organisationseinheiten identifiziert und bewertet. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden im Risikocontrolling zusammengeführt und dem Vorstand und den steuernden Einheiten zur Verfügung gestellt. Die Verminderung des operationellen Risikos und damit einhergehend eine Verringerung der

Verlusthäufigkeit und -höhe wird in erster Linie durch die laufende Verbesserung der Geschäftsprozesse erreicht. Weitere Sicherungsmaßnahmen sind u.a. der Risikotransfer durch den Abschluss von Versicherungen und der Verzicht auf risikoträchtige Produkte. Darüber hinaus stehen zur Sicherung der Fortführung des Geschäftsbetriebs für die wesentlichen Bereiche und Prozesse umfassende Notfall- und Business-Continuity-Pläne bereit. Die PEH setzt im Rahmen ihrer administrativen Tätigkeiten interne und externe Mitarbeiter sowie bauliche und technische Einrichtungen ein. Aufgrund eines umfangreichen Versicherungsschutzes, der einer laufenden Überprüfung unterzogen wird, sichern wir uns gegen Schadensfälle und ein mögliches Haftungsrisiko ab. Risiken aus den potenziellen Haftungsansprüchen sind daher weitestgehend abgesichert.

Mögliche Unternehmensprozesse, deren Störung oder Ausfall erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der PEH haben könnte, identifizieren wir fortlaufend. Hierzu haben wir geeignete Maßnahmen definiert, um den geregelten Geschäftsbetrieb unter festgelegten Standards zu sichern. Dies beinhaltet auch eine schriftliche Notfallplanung, die bei Eintritt von schweren Betriebsstörungen Verluste auf ein Minimum reduziert und den laufenden Geschäftsbetrieb sichert. Die kritischen Prozesse sowie die Wirksamkeit der definierten Maßnahmen unterliegen einer ständigen Überwachung und Weiterentwicklung.

PEH ist auf qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte angewiesen. Mit einer umfangreichen Personalplanung und gezielten Personalmaßnahmen verringern wir das Risiko von personellen Engpässen. Mitarbeiter, die mit vertraulichen Informationen arbeiten, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Eine klare Trennung von Management- und Kontrollfunktionen begrenzt das Risiko von Verstößen gegen interne und externe Vorschriften. Definierte Vertretungsregelungen gewährleisten die Sicherstellung unserer Geschäftsabläufe und Entscheidungsprozesse.

Um mögliche Risiken aus dem IT-Bereich effektiv zu minimieren, verfolgt die PEH eine einheitliche IT-Strategie. Der Betrieb der IT-Systeme ist an die navAXX S.A., Luxemburg, ausgelagert. Für alle Dienstleistungen besteht ein Service-Vertrag, der die Vorhaltung der benötigten Kapazitäten / Ressourcen und die reibungslose Nutzung gewährleistet. Durch Backup-Systeme und Spiegeldatenbanken an verschiedenen Standorten und durch einen definierten Notfallplan sind die Datenbestände vor einem möglichen Datenverlust geschützt und eine konsistente Verfügbarkeit ist gewährleistet. Die IT-Systeme sind vor einem unberechtigten Zugriff durch ein detailliertes Zugangs- und Berechtigungskonzept geschützt sowie durch einen umfangreichen Virenschutz und weitere umfassende Sicherheitseinrichtungen.

Den operationellen Risiken werden aus unserer Sicht angemessene Rechnung getragen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenspotenzial werden als gering eingestuft.

3.6 Sonstige Risiken

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund veränderter Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise, das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf diese veränderten Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen. Wir beobachten daher fortwährend nationale und internationale Entwicklungen im politischen, ökonomischen und regulatorischen Umfeld sowie konjunkturelle Entwicklungen und Anforderungen am Finanzdienstleistungsmarkt. Dadurch gewährleisten wir auch, dass wir Chancen, die sich aus der Veränderung der genannten Bedingungen ergeben, rechtzeitig erkennen und für das Unternehmen nutzen können. Das Berichtsjahr war von weiterhin hoher Volatilität gekennzeichnet.

Die Rahmenbedingungen für das Geschäftsjahr 2024, insbesondere im Zusammenhang mit den Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine und dem Nahostkonflikt, sind angesichts der im Finanzsektor bestehenden Unsicherheiten relativ unverändert und die Risiken bleiben nach wie vor hoch.

Der Fokus unseres Geschäfts liegt auf den internationalen Finanzmärkten. Deren Entwicklung ist daher für unseren Geschäftserfolg von wesentlicher Bedeutung.

Die Qualität unserer Dienstleistungen, unser Fokus auf ausgewählte Kundengruppen und unsere Unabhängigkeit geben uns eine unverändert gute Marktposition.

Die PEH hat die bis dato notwendigen aufsichtsrechtlichen und regulatorischen Änderungen zeitnah und erfolgreich umgesetzt. Auch 2023 gab es temporär steigende Volatilitäten an den Märkten, so bestand lange Unklarheit über die weitere Entwicklung der Aktien- und Zinsmärkte und ein hohes Maß an Unsicherheit über die politischen Entwicklungen.

Unternehmensstrategische Risiken bestehen im Wesentlichen in der Fehleinschätzung künftiger Marktentwicklungen und, daraus abgeleitet, in einer Fehlausrichtung der unternehmerischen Aktivitäten. Strategische Risiken resultieren zudem aus unerwarteten Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Die unternehmensstrategische Steuerung der PEH ist originäre Aufgabe des Vorstands. Auf der Basis von intensiven Beobachtungen des Wettbewerbsumfeldes werden Veränderungen und Entwicklungen der nationalen und internationalen Märkte und des Geschäftsumfeldes analysiert und Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Unternehmenserfolges abgeleitet. Dabei werden anhand einer vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren Zielgrößen festgelegt, deren Einhaltung laufend überwacht wird. Die strategische Positionierung wird dabei regelmäßig

kritisch hinterfragt.

Auch leistungswirtschaftliche Risiken sind zu beachten. Zentraler Werttreiber des Geschäftsmodells der PEH ist die Produktivität des Kernbereiches, der mittels verschiedener Messgrößen wie Volumensteigerung der betreuten Portfolios betrachtet wird. Positive oder negative Trends im Neugeschäft sowie in der Produktivität werden daher laufend in ihren Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg analysiert und bewertet. Das erzielte Neugeschäftsvolumen sowie die Entwicklung der betreuten Volumina, in den unterschiedlichen Sparten, werden ebenfalls beständig beobachtet. Dieses periodische Berichtswesen dient dem Management als Grundlage für eine zeitnahe und differenzierte Einschätzung der Geschäftsentwicklung sowie für Entscheidungen über einzuleitende Maßnahmen.

Die Gewinnung von Neukunden sowie die Sicherung einer langfristigen Kundenbindung in allen Bereichen sind wichtige Wertgrößen des Geschäftsmodells der PEH. Die Entwicklung der Kundenbasis, unterschieden in Bestands- und Neukunden, ist ebenfalls Gegenstand des periodischen Berichtswesens. Mögliche positive oder negative Tendenzen in der Kundenentwicklung werden laufend in ihren Auswirkungen auf den Gesamterfolg des Unternehmens analysiert und bewertet.

Das Auftreten neuer Wettbewerber am Markt und möglicher Fluktuationstendenzen in diesem Zusammenhang werden von uns intensiv beobachtet und analysiert. Somit können rechtzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Positive oder negative Entwicklungen werden laufend in ihren Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg analysiert und bewertet. Sie sind Gegenstand möglicher Steuerungsmaßnahmen. Negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus der Entwicklung des Mitarbeiterstamms analysieren und bewerten wir in ihren Auswirkungen auf den Gesamterfolg des Unternehmens. Performanceabhängige Provisionen und Managementvergütungen bilden den Kernbestandteil der Gesamterträge und des Cashflows der PEH. Über unsere Planungs- und Simulationsinstrumente analysieren wir die Auswirkungen aus potenziellen Veränderungen von Provisionsmodellen, mögliche regulatorische Eingriffe in die Kostenberechnung der von der PEH vermittelten und angebotenen Produkte.

Aus möglichen Fehlern in der Kundenberatung oder der Finanzportfolioverwaltung können Schadensersatzansprüche resultieren. Damit besteht ein Beratungs- und Haftungsrisiko.

Wir minimieren potenzielle Beratungsrisiken durch die Sicherstellung einer fortlaufend hohen Beratungsqualität. Beratungsgespräche mit unseren Kunden und die daraus resultierenden Ergebnisse werden umfassend dokumentiert. Jede einzelne Kundenbeschwerde ist der Internen Revision zu melden, welche den Einzelvorgang auch an das Mitarbeiter- und Beschwerderegister der BaFin weitermeldet, aufklärt und analysiert.

Die Steuerung der Rechtsrisiken wird durch den Vorstand und externe Rechtsberater wahrgenommen. Die Aufgabe besteht neben der Beratung bei Unternehmensentscheidungen auch in der Begleitung und Bewertung von laufenden Rechtsstreitigkeiten. Mögliche rechtliche Risiken werden in einem frühen Stadium erkannt und Lösungsmöglichkeiten zu deren Minimierung, Begrenzung oder Vermeidung aufgezeigt. Dabei wird auch der vorhandene Versicherungsschutz geprüft und überwacht. Die derzeit bei der PEH anhängigen oder angedrohten Verfahren stellen nach unserer Prüfung keine Risiken dar, die den Fortbestand der PEH gefährden könnten.

Compliance-Risiken umfassen rechtliche sowie regulatorische Sanktionen oder finanzielle Verluste aufgrund der Nichteinhaltung von gesetzlichen oder internen Vorschriften, Verordnungen beziehungsweise der Missachtung von marktüblichen Standards und Verhaltensregeln im Rahmen der Geschäftsaktivitäten der PEH. Im Wesentlichen geht es um die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, den Schutz von Kundendaten und Geschäftsgeheimnissen sowie den Anlegerschutz, die Überwachung von Insiderinformationen und die Identifikation von Risikopotenzialen, die kapitalmarkt- und wertpapierhandelsrechtlicher Natur sind. Hierfür ist primär der Vorstand verantwortlich, der Beauftragte bestellt hat, die zusammen mit den betroffenen Fachabteilungen die entsprechenden Anforderungen umsetzen. So gilt es vor allem, den integren Umgang mit sensiblen Kundendaten und Informationen sicherzustellen und zu verhindern, dass Interessenskonflikte entstehen, Marktmanipulationen oder Insiderhandel stattfinden können. Die Sensibilisierung der Mitarbeiter für Compliance-relevante Themen wird durch umfangreiche Schulungsmaßnahmen sichergestellt. Unser Ziel ist es, Compliance-Risiken frühzeitig zu identifizieren, ihnen soweit möglich vorzubeugen, sie zu steuern oder sachgerecht im Interesse unserer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter auszuräumen, um die Integrität und Reputation der PEH zu schützen und dauerhaft zu wahren. Ein Compliance-Beauftragter sowie ein Geldwäschebeauftragter sind bestellt.

Es können aufsichtsrechtliche Risiken erwachsen, welche im schlimmsten Fall zur Erlöschung / Aufhebung der Erlaubnis für das Erbringen von Wertpapierdienstleistungen nach § 15 WpIG führen und eine Abwicklung der Gesellschaft zur Folge haben könnten. Die PEH ist verpflichtet, bestimmte Kapitalanforderungen zu erfüllen. Die Einhaltung der Grenzen / Quoten wird von uns laufend überwacht. Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der erteilten Lizenz durch die BaFin wird laufend überwacht.

Sich abzeichnende Entwicklungen im Steuerrecht werden fortwährend überprüft und auf mögliche Auswirkungen auf die PEH hin untersucht. Die steuerlichen Anforderungen an das Unternehmen werden vom Vorstand und von externen Experten auf Übereinstimmung mit den steuerlichen Regelungen und den hierzu von der Finanzverwaltung ergangenen Schreiben

geprüft. Sämtliche aktuell bekannten, bestehenden steuerlichen Risiken sind in der Bilanz abgebildet.

Besondere Risiken oder Vorteile aus der Auslagerung von Dienstleistungen könnten durch die nachfolgenden Auslagerungsverträge entstehen:

Die Finanzbuchhaltung sowie die Erstellung der Jahres- und Konzernabschlüsse und das Meldewesen sind an die WTS GmbH ausgelagert. Die Leistungserbringung erfolgt durch speziell geschulte Fachkräfte der Steuerberatungsgesellschaft mit Hilfe zertifizierter Software. Die Tätigkeit der Steuerberatungsgesellschaft wird durch unser Rechnungswesen überwacht und die auslagerungsbedingten Risiken laufend gesteuert.

Der Betrieb der IT-Systeme ist an die navAXX S. A., Luxemburg, ausgelagert. Wir verweisen auf Punkt 3.5.

Die Vertragsbeziehungen mit vertraglich gebundenen Vermittlern sind ebenfalls als Auslagerungen eingestuft. Die vertraglich gebundenen Vermittler der PEH sind erfahrene Finanzdienstleister. Sollten Kunden der PEH aus Tätigkeiten des vertraglich gebundenen Vermittlers Haftungsansprüche gegen die PEH geltend machen, so stellt der vertraglich gebundene Vermittler die PEH im Innenverhältnis frei. Die vertraglich gebundenen Vermittler haben die organisatorischen Pflichten der PEH einzuhalten. Die Tätigkeit der vertraglich gebundenen Vermittler wird laufend überwacht. Zum 31. Dezember 2023 sind zehn Vermittler beschäftigt. Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das aus einem Ansehensverlust der PEH insgesamt oder einer oder mehrerer operativer Einheiten bei Anspruchsberechtigten, Anteilseignern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der Öffentlichkeit erwächst. Die PEH ist insbesondere der Gefahr ausgesetzt, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, über die Organe der Gesellschaft, über die Aktienkursentwicklung, über einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in die Gruppe negativ beeinflusst wird. Wir minimieren potenzielle Beratungsrisiken durch die Sicherstellung einer fortlaufend hohen Beratungsqualität und die Einhaltung berufstüblichen Standards.

Auch wenn die Geschäftstätigkeit der PEH nur einen unwesentlichen Einfluss auf die Umwelt hat, sind wir an unseren Standorten auf eine umweltbewusste und umweltverträgliche Arbeitsweise bedacht. Es bestehen keine nennenswerten Umweltrisiken.

Die PEH hat während des gesamten Geschäftsjahres 2023 alle gesetzlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung erfüllt. Bei der PEH sind darüber hinaus zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren sonstigen Risiken bekannt, die einen wesentlichen Einfluss auf den Fortbestand haben könnten.

Den sonstigen Risiken werden aus unserer Sicht angemessene Rechnung getragen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenspotenzial werden als gering eingestuft.

3.7 Zusammenfassung der Risikosituation

Auch die Geschäftsentwicklung der PEH wird durch Risiken beeinflusst. Dies ist vorstehend dargestellt. Durch unsere Systeme und ein umfangreiches Reporting stellen wir die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung unserer Risiken der laufenden und zukünftigen Entwicklung sicher. Die gelieferten Informationen stellen die Einleitung und Priorisierung von Risikomanagementmaßnahmen zeitnah sicher.

Die PEH hat sich im Jahr 2023 im Rahmen ihrer ökonomischen Risikotragfähigkeit bewegt.

Bestandsgefährdende Risiken sind unter Berücksichtigung unserer prognostizierten Geschäftsentwicklung nicht erkennbar.

Auch bei möglichen Störungen ist ein geregelter Geschäftsbetrieb gesichert. Über unsere Risikoüberwachungs- und -steuerungssysteme und die konsequente Ausrichtung unseres Geschäftsmodells an der Risikotragfähigkeit können wir gewährleisten, dass die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken mit entsprechendem Risikokapital unterlegt sind. Die Wirksamkeit unseres Risikomanagements und deren aufsichtsrechtliche Umsetzung werden durch die Interne Revision turnusmäßig überprüft. Das Risikomanagement- und controllingsystem wird insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Volumens und der Komplexität unseres Geschäfts stets weiterentwickelt.

Die dargestellten Risiken und solche, die uns noch nicht bekannt sind oder bis zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeschätzt wurden, könnten einen negativen Einfluss auf unsere im Ausblick abgegebenen Prognosen haben.

3.8 Zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, als auch der jüngste Nahost-Konflikt und deren wirtschaftliche Auswirkungen stellen weiterhin den größten Unsicherheitsfaktor für die Prognose dar. Es wird angenommen, dass es infolge dieser Entwicklungen nicht zu verschärften wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften im Euro-Raum im Prognosehorizont kommen wird. Jedoch ist davon auszugehen, dass es unabhängig vom weiteren Verlauf des Krieges auf absehbare Zeit keine Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland geben und das Sanktionsregime der Europäischen Union bestehen bleiben werden.

Die Inflation sinkt nur langsam von dem sehr hohen Niveau, jedoch wird mittelfristig ein weiterer Rückgang erwartet. In den USA wird die Erreichbarkeit der 2 %-Inflationsmarke für Mitte 2024, für Europa gegen Ende 2024 erwartet. Auch der Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der OECD prognostizieren, dass sich die Weltwirtschaft verlangsamt, wobei die Inflation gegenüber dem Mehrjahreshoch des letzten Jahres zurückgeht. Der IWF sieht die Inflationsraten von 6,9 % in 2023 auf 5,8 % in 2024 sinken, wobei die meisten Länder nicht vor 2025 in die Nähe der Zielmarken ihrer Zentralbanken kämen. Auch die OECD erwartet im Jahresmittel 2024 weder in den USA noch in der Eurozone eine Inflationsrate von kleiner gleich 2 %.

Hinsichtlich des Wachstums des Welthandels erwartet der IWF einen Anstieg auf 3,5 % für 2024. Damit läge des Handelswachstum deutlich unter dem Durchschnitt der Jahre 2000–2019 von 4,9 %. Außerdem soll vor allem aufgrund der nachlassenden Erholung nach der Pandemie, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die strafferen geldpolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen das globale Wachstum laut der Prognose des IWF in 2024 auf 2,9 % sinken.

Bei der Verbraucherpreisinflation ist mit einem Rückgang auf 3,0 % im Jahr 2024 zu rechnen. Vor dem Hintergrund eines anziehenden Lohnwachstums dürften die Realeinkommen dann wieder deutlich steigen. Die leichte konjunkturelle Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfelds dürfte die Warenexporte stützen. Die weiterhin erhöhte Inflation, verschlechterte Finanzierungsbedingungen sowie Fachkräfteengpässe verhindern allerdings einen starken Aufschwung. Vor diesem Hintergrund ist im Jahr 2024 mit einem Wachstum des BIP von 0,2 % zu rechnen.

3.9 Zukünftige Branchensituation

Die Unsicherheit der privaten und institutionellen Anleger in Bezug auf die Neuregelungen durch die neuen gesetzlichen Regelungen, die allgemeine Marktentwicklung und über den weiteren Verlauf des Angriffskrieges auf die Ukraine als auch der jüngste Nahost-Konflikt könnten zu unterschiedlichen Reaktionen führen. Im festverzinslichen Bereich rechnen wir auf absehbare Zeit weiterhin mit relativ niedrigen Renditen. Das birgt die große Gefahr einer „schleichenden Enteignung“, weshalb wir die Anlageklasse „Aktien“ auch für das vor uns liegende Anlegerjahr 2024 favorisieren. Sie dienen, trotz temporärer Kursschwankungen, durch den unternehmerischen Beteiligungsansatz der langfristigen Vermögenssicherung / Vermögenssteigerung. Hierin liegen auch Chancen für die weitere Entwicklung der PEH, soweit sie von Provisionserlösen durch eine weitere konjunkturelle Erholung durch steigende Aktienkurse profitieren kann.

Voraussetzung dafür ist, dass sich der im Februar 2022 ausgebrochene Krieg in der Ukraine mit Russland als auch der jüngste Nahost-Konflikt nicht weiter ausweitet und die daraus bereits jetzt resultierenden negativen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen möglichst schnell beendet werden. Die weiteren Auswirkungen auf die Finanz- und Kapitalmärkte sind jedoch noch ungewiss.

Daneben verweisen wir auch auf den Nachtragsbericht im Anhang zum Konzernabschluss.

3.10 Voraussichtliche Geschäftsentwicklung

Der Ausblick der PEH wird weiterhin von Trends und Einflussfaktoren geprägt sein, die wir hier beschrieben und dargestellt haben. Davon wird auch das Ergebnispotenzial für 2024 bestimmt werden. Wir werden auch künftig die Entwicklung von Chancen und Risiken fortlaufend kritisch prüfen.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung 2024 hängt in hohem Maße davon ab, wie sich die internationalen Kapitalmärkte entwickeln werden. Sollte es erneut zu stärkeren Turbulenzen an den Finanz- und Kapitalmärkten kommen, würden sich jedoch entsprechend negative Auswirkungen auf die Finanzdienstleistungsbranche und auch auf unser Unternehmen nicht ausschließen lassen. Der Krieg in der Ukraine, der Nahostkonflikt und die noch relativ hohe Inflation führen derzeit auch weiterhin dazu, dass die Volkswirtschaften erneute massive Einschränkungen verkraften müssen. Vor diesem Hintergrund ist zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht absehbar, welche Folgen sich daraus für die Entwicklung der Volkswirtschaften und der internationalen Finanzmärkte im Jahresverlauf 2024 ergeben werden. Hierdurch könnten Änderungen im Anlageverhalten der Investoren entstehen, welche die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Jahr 2024 in weiterer Folge belasten würden. Die konkrete Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 2024 ist zurzeit noch nicht hinreichend verlässlich prognostizierbar.

Die PEH konnte sich in diesen besonderen Zeiten gut an die Lage anpassen und geht trotz der Unsicherheiten jedoch aufgrund einer erwarteten leichten konjunkturellen Erholung und der bisherigen Geschäftsentwicklung unter Einfluss der verschiedenen Faktoren wiederum davon aus, ein positives Ergebnis zu erwirtschaften. Die Eigenkapitalquote wird weiterhin über 50% erwartet und für die weiteren APM wird eine Entwicklung analog der Prognose im Konzern erwartet.

Für den PEH Konzern planen wir aus den gleichen Gründen mit einem leichten Anstieg der APM (EBITDA, AuMA) zwischen je 2 - 5 %. Für die Netto-Provisionseinnahmen wird ebenfalls ein Anstieg von 2 – 5% erwartet. Wir werden auch künftig die Entwicklung von Chancen und Risiken des Konzerns und der Gesellschaft fortlaufend kritisch prüfen.

Voraussetzung für die voraussichtliche Entwicklung ist, dass sich der Ukrainekrieg und der Nahostkonflikt nicht weiter ausweiten und die daraus bereits jetzt resultierenden negativen Auswirkungen auf die Menschen in der Ukraine und Nahost möglichst schnell beendet werden. Die Gesellschaft selbst ist bis auf die Auswirkungen auf die AuMA nicht unmittelbar von den Implikationen des Krieges betroffen.

Der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht enthält zukunftsbezogene Aussagen über erwartete Entwicklungen. Diese Aussagen basieren auf aktuellen Einschätzungen und sind naturgemäß mit Risiken und Unsicherheiten behaftet. Die tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von den hier formulierten Aussagen abweichen. Erneute Verwerfungen an den Finanzmärkten, politische Entwicklungen und andere äußere Ereignisse sind nicht vorhersehbar – auf die damit zusammenhängende Prognoseunsicherheit ist hinzuweisen.

Segment PEH Vertrieb

Die Strategie der PEH Vermögensmanagement GmbH ist auf die Vermögensverwaltung ausgerichtet. Die Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH setzt den Schwerpunkt verstärkt auf den Ausbau des betreuten Vermögens und der Vermögensanlagen. Alle Unternehmen bieten ihren Kunden gemanagte Vermögensverwaltungsstrategien mit kundenspezifischen Risikomodellen an. Insgesamt setzt die PEH im Segment PEH Vertrieb auf den operativen Ausbau innerhalb der bestehenden Einheiten, eine Steigerung der vermögensverwaltenden Depotvolumen und eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität. Vor dem Hintergrund der weltweiten unsicheren

Wirtschaftslage, infolge des Russland-Ukraine-Krieges und des Nahostkonflikt erwarten wir dennoch einen leichten Anstieg des EBITDA und der AuMA zwischen je 2 - 5 % aus dem Segment im Geschäftsjahr 2024. Für die Netto-Provisionseinnahmen wird ein Anstieg von 2-5% erwartet.

Segment PEH Asset Management

Die installierten administrativen Strukturen ermöglichen es, institutionelle Mandate effektiv zu verwalten und verstärkt von Skaleneffekten zu profitieren. Dennoch ist der Erfolg dieses Segmentes auch von performanceabhängigen Vergütungen abhängig. Das Asset Management arbeitet weiter mit Nachdruck an der Realisierung eines erfolgreichen Produktzyklus. Für das Geschäftsjahr 2024 planen wir, vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, infolge des Russland-Ukraine-Krieges und des Nahostkonflikt und der damit einhergehenden Entwicklung an den Kapitalmärkten, einen leichten Anstieg des EBITDA und der AuMA zwischen je 2 - 5 %. Für die Netto-Provisionseinnahmen wird ein Anstieg von 2 – 5% erwartet.

Segment PEH Verwaltung / Service

Auch für das Segment hängt die wirtschaftliche Entwicklung 2024 in hohem Maße davon ab, wie sich die internationalen Kapitalmärkte entwickeln werden. Sollte es erneut zu stärkeren Turbulenzen an den Finanz- und Kapitalmärkten kommen, würden sich jedoch entsprechend negative Auswirkungen auf die Finanzdienstleistungsbranche und auch auf unser Unternehmen nicht ausschließen lassen. Für das Geschäftsjahr 2024 planen wir, vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, infolge des Russland-Ukraine-Krieges und des Nahostkonflikt und der damit einhergehenden Entwicklung an den Kapitalmärkten, einen leichten Anstieg des EBITDA und der AuMA zwischen je 2 - 5 %. Für die Netto-Provisionseinnahmen wird ein Anstieg von 2 – 5% erwartet.

4 Übernahmerelevante Angaben

1. Aktiengattungen: Die Gesellschaft hat nur eine Aktiengattung ausgegeben. Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 1.813.800. Es ist eingeteilt in 1.813.800 namenlose Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte.
2. Es gibt keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder Übertragungen von Aktien betreffen. Am Bilanzstichtag hatte die PEH 180.143 eigene Aktien im Bestand. Die eigenen Aktien betragen 9,93 % vom Grundkapital (siehe Anhang, Erläuterungen zur Bilanz („Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien“)). Aus eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte, insbesondere keine Stimmrechte zu.
3. Eine Beteiligung an der PEH, die 10 % übersteigt, hält Martin Stürner, Frankfurt, Deutschland. Er hält aktuell 29,48 % (Berechnung ex eigene Anteile) der Stimmrechte an der PEH.
4. Es gibt keine Aktien mit Sonderrechten.
5. Es gibt keine Aktien, die mit Stimmrechtskontrollen ausgestattet sind oder die ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben.
6. Die Ernennung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Es können stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, vertritt es die Gesellschaft allein. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so vertreten jeweils zwei Vorstandsmitglieder die Gesellschaft oder ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, ob einzelne Vorstandsmitglieder allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind und / oder Rechtsgeschäfte zugleich mit sich als Vertreter eines Dritten vornehmen können (Befreiung von dem Verbot der Mehrfachvertretung des § 181 BGB). Der Vorstand gibt sich durch einstimmigen Beschluss eine Geschäftsordnung, welche die Verteilung der Geschäfte unter den Mitgliedern des Vorstandes sowie die Einzelheiten der Beschlussfassung des Vorstandes regelt. Eine Geschäftsordnung des Vorstandes bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Zur Vornahme von Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, ist der Aufsichtsrat gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft berechtigt. Ansonsten

bedürfen Satzungsänderungen eines Hauptversammlungsbeschlusses. Sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt, ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 der Satzung der Gesellschaft ausreichend. Darüber hinaus gilt gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 der Satzung, dass in den Fällen, in denen das Gesetz eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erfordert, die einfache Mehrheit des vertretenen Grundkapitals genügt, sofern nicht durch das Gesetz eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist.

7. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Juni 2018 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 27. Juni 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu insgesamt EUR 906.900 (Genehmigtes Kapital I: EUR 544.140, Genehmigtes Kapital II: EUR 362.760) zu erhöhen. In 2023 hat der Vorstand von der ihm erteilten Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals keinen Gebrauch gemacht. Am Abschlussstichtag verbleibt damit ein genehmigtes Kapital i. S. v. § 160 Abs. 1 Nr. 4 AktG in Gesamthöhe von EUR 0.
8. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Juni 2017 wurde die Gesellschaft ermächtigt, eigene Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu einem Volumen von 10 % des Grundkapitals bis zum 27. Juni 2027 zu anderen Zwecken als zum Handel in eigenen Aktien zu erwerben. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Die Gesellschaft hat in 2023 keinen Gebrauch von der Ermächtigung zum weiteren Erwerb eigener Aktien gemacht.

Die Gesellschaft hält am 31. Dezember 2023 180.143 eigene Aktien.
9. Wesentliche Vereinbarungen, die unter Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, sind nicht getroffen.
10. Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebotes mit den Mitgliedern des Vorstandes oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Der Lagebericht enthält zukunftsbezogene Aussagen über erwartete Entwicklungen. Diese Aussagen basieren auf aktuellen Einschätzungen und sind naturgemäß mit Risiken und Unsicherheiten behaftet. Die tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von den hier formulierten Aussagen abweichen. Erneute Verwerfungen an den Finanzmärkten, politische Entwicklungen und andere äußere Ereignisse sind nicht vorhersehbar – auf die damit zusammenhängende Prognoseunsicherheit ist hinzuweisen.

5 Erklärung zur Unternehmensführung (§289f und § 315d HGB)

Wir sind dazu übergegangen, die Erklärung zur Unternehmensführung, welche die jährliche Entsprechenserklärung enthält, den Corporate Governance Bericht, Angaben zu den Unternehmensführungspraktiken, eine Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Informationen zur Festlegung der Frauenquote zusammenzufassen.

Die Ausführungen hierzu sind den Aktionären auf der Website der Gesellschaft (<https://www.peh.de/corporate-governance/>) dauerhaft zugänglich gemacht worden. Auf eine Wiedergabe (Darstellung) im Lagebericht wird daher verzichtet.

Frankfurt am Main, 08. Mai 2024

Martin Stürner

Vorstand

6 Vergütungsbericht (§162 AktG)

Der nach § 162 AktG vorgeschriebene Vergütungsbericht wurde von der PEH Wertpapier AG erstellt und auf der Homepage der Gesellschaft (<https://www.peh.de/berichte/>) zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 08. Mai 2024

Martin Stürner

Vorstand

7 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Einzelabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 08. Mai 2024

Martin Stürner

Vorstand

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

<i>in T€</i>	Anhang- angabe	2023	2022
Provisionserträge	B.1	135.657	125.802
Provisionsaufwendungen	B.2	-99.467	-91.451
Netto-Provisionsergebnis		36.190	34.351
Sonstige betriebliche Erträge	B.3	1.864	899
Finanzerträge		1.951	575
Finanzierungsaufwendungen		-757	-1.562
Finanzergebnis	B.5	1.194	-987
Löhne und Gehälter		-15.247	-13.546
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		-2.061	-1.715
Personalaufwand	B.4	-17.308	-15.261
Andere Verwaltungsaufwendungen	B.6	-10.822	-8.627
Abschreibungen	B.7	-2.002	-1.833
Ergebnis aus At-Equity bewerteten Beteiligungen	B.8	195	-
Ergebnis vor Ertragsteuern		9.312	8.543
Ertragsteueraufwendungen	B.9	-2.786	-2.725
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		6.526	5.817
Periodenergebnis		6.526	5.817
Das Periodenergebnis entfällt auf:			
Anteilseigner		3.533	2.260
Nicht beherrschende Anteile		2.992	3.558
Ergebnis je Aktie			
bezogen auf das den Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens zuzurechnende Ergebnis	B.10	2,16	1,38
Ergebnis je Aktie			
bezogen auf das den Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens zuzurechnende Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen		2,16	1,38

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

<i>in T€</i>	Anhang- angabe	2023	2022
Periodenergebnis		6.526	5.817
Sonstiges Ergebnis			
<i>Posten, die nicht erfolgswirksam erfasst werden</i>			
Umbewertungen von Verpflichtungen aus Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	C.11	-7	50
Ertragsteuern auf diese Posten	B.9	2	-16
Sonstiges Ergebnis für die Periode, abzüglich Steuern		-5	34
Gesamtergebnis für die Periode		6.521	5.851
Gesamtergebnis entfällt auf:			
Anteilseigner		3.528	2.293
Nicht beherrschende Anteile		2.992	3.558

Konzernbilanz

<i>in T€</i>			
	Anhang- angabe	31.12.2023	31.12.2022
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	C.1	2.776	2.921
Sachanlagen	C.2	7.366	6.313
Nach At-Equity bilanzierte Finanzanlagen	C.3	846	-
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	C.4	266	262
Aktive latente Steuern	C.16	2	35
Summe langfristige Vermögenswerte		11.256	9.532
Kurzfristige Vermögenswerte			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	C.5	19.910	12.998
Steuerforderungen	C.6	867	577
Finanzinstrumente und sonstige finanzielle Vermögenswerte	C.7	8.458	8.112
Sonstige nichtfinanzielle Vermögenswerte	C.8	3.066	2.225
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	C.9	15.091	20.822
Summe kurzfristige Vermögenswerte		47.392	44.733
Summe Aktiva		58.648	54.265

<i>In T€</i>	Anhang- angabe	31.12.2023	31.12.2022
PASSIVA			
Eigenkapital	C.10		
Gezeichnetes Kapital		1.814	1.814
Rücklagen für eigene Anteile		-3.465	-3.465
Kapitalrücklage		9.243	9.243
Gewinnrücklage		15.770	14.858
Auf die Eigentümer entfallendes Kapital und Rücklagen		23.362	22.449
Nicht beherrschende Anteile	C.10	6.169	8.163
Eigenkapital		29.531	30.612
Langfristige Schulden			
Leasingverbindlichkeiten	C.12	5.174	4.727
Pensionsrückstellungen	C.11	209	207
Sonstige langfristige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	C.15	2	2
Langfristige Rückstellungen	C.17	784	559
Summe langfristige Schulden		6.169	5.494
Kurzfristige Schulden			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	C.14	15.369	10.132
Leasingverbindlichkeiten	C.12	1.397	1.129
Sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten		6	15
Sonstige kurzfristige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	C.15	5.269	4.284
Steuerverbindlichkeiten	C.13	907	2.539
Kurzfristige Rückstellungen	C.17	-	59
Summe kurzfristige Schulden		22.948	18.158
Summe Schulden		29.117	23.652
Summe Passiva		58.648	54.265

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in T€	Auf Anteilseigner entfallendes Kapital				Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen für eigene Anteile	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage			
Stand 01.01.2022	1.814	-3.465	9.243	14.960	22.551	6.852	29.403
Periodenergebnis	-	-	-	2.260	2.260	3.558	5.817
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	34	34	-	34
Gesamtergebnis der Periode	-	-	-	2.294	2.294	3.558	5.851
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-2.451	-2.451	-2.000	-4.451
Veränderung der Beteiligungen an Tochtergesellschaften	-	-	-	55	55	-247	-191
Stand 31.12.2022	1.814	-3.465	9.243	14.858	22.449	8.163	30.612

in T€	Auf Anteilseigner entfallendes Kapital				Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen für eigene Anteile	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage			
Stand 01.01.2023	1.814	-3.465	9.243	14.858	22.449	8.163	30.612
Periodenergebnis	-	-	-	3.533	3.533	2.992	6.526
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-5	-5	-	-5
Gesamtergebnis der Periode	-	-	-	3.528	3.528	2.992	6.521
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-2.941	-2.941	-3.439	-6.379
Veränderung der Beteiligungen an Tochtergesellschaften	-	-	-	324	324	-1.547	-1.223
Stand 31.12.2023	1.814	-3.465	9.243	15.770	23.362	6.169	29.531

Konzern-Kapitalflussrechnung

<i>in T€</i>		2023	2022
1. Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit			
Ergebnis vor Ertragssteuern		9.312	8.543
Anpassungen:			
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	C.1., C.2.	2.002	1.833
Finanzergebnis	B.5.	-1.194	987
Sonstige zahlungsunwirksame Geschäftsvorfälle		-2	-
Veränderungen der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Abnahme/(Zunahme) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Vertragsvermögenswerte und geleisteten Anzahlungen	C.5., C.8.	-7.733	64.885
Zunahme/(Abnahme) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen sowie sonstiger Passiva	C.14., C.15.	6.248	-63.105
Zunahme/(Abnahme) der Rückstellungen	C.17.	166	111
Ergebnis aus at-equity bewerteten Beteiligungen	C.3.	-195	-
Erhaltene Zinsen		-	73
Gezahlte Zinsen		-81	-82
Gezahlte/erhaltene Ertragsteuern		-4.733	308
Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit		3.790	13.552

2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	C.1.	-283	-705
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	C.2.	-638	-342
Auszahlungen für Erwerb von Wertpapieren	C.7.	-4.274	-1.348
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	C.2.	6	25
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	C.1.	1	-
Einzahlungen aus Verkauf von Wertpapieren	C.7.	2.932	53
Einzahlungen aus Verkauf von Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.519	-
Auszahlungen für Kauf von langfr. Finanzvermögenswerten	C.4.	-4	4
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Krediten		148	20
Erhaltene Dividenden	B.5.	116	37
Erhaltene Zinsen		400	-
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		-77	-2.256
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			
Auszahlung zum Erwerb von eigenen Anteilen		-1.540	-
Auszahlungen zum Erwerb von Anteilen an verbundenen Unternehmen		-186	-191
Tilgungsanteil von Leasingzahlungen	D.4.	-1.274	-1.170
Gezahlte Dividenden		-2.941	-2.451
An nicht beherrschende Anteile von Tochterunternehmen gezahlte Dividenden		-3.439	-2.000
Einzahlungen aus erhaltenen Zuwendungen		-	-4
Gehaltene Zinsen		-64	-
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-9.444	-5.816
Nettozunahme/(-abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		-5.731	5.480
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 01.01.		20.822	15.342
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31.12.		15.091	20.822

Konzern-Anhang

A. Allgemeine Angaben

- A.1. Grundlegende Informationen zum Unternehmen
- A.2. Allgemeine Angaben zum Abschluss
- A.3. Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung
- A.4. Schätzungen und Ermessensentscheidungen
- A.5. Änderungen von Rechnungslegungsmethoden und veröffentlichte und noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

B. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

- B.1. Provisionserlöse
- B.2. Provisionsaufwendungen
- B.3. Sonstige betriebliche Erträge
- B.4. Finanzergebnis
- B.5. Personalaufwand
- B.6. Andere Verwaltungsaufwendungen
- B.7. Abschreibungen
- B.8. Ergebnis aus At-Equity bewerteten Beteiligungen
- B.9. Ertragsteueraufwendungen
- B.10. Ergebnis je Aktie

C. Erläuterungen zur Bilanz

- C.1. Immaterielle Vermögenswerte
- C.2. Sachanlagen
- C.3. At-Equity bewertete Beteiligung
- C.4. Langfristige finanzielle Vermögenswerte
- C.5. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- C.6. Steuererforderungen
- C.7. Finanzinstrumente und sonstige finanzielle Vermögenswerte
- C.8. Sonstige nichtfinanzielle Vermögenswerte
- C.9. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
- C.10. Eigenkapital
- C.11. Pensionsrückstellungen

C.12. Leasingverbindlichkeiten

C.13. Steuerschulden

C.14. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

C.15. Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)

C.16. Latente Steuern

C.17. Rückstellungen

D. Sonstige Angaben

D.1. Mitarbeiter

D.2. Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen sowie nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

D.3. Finanzinstrumente

D.4. Leasing

D.5. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

D.6. Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

D.7. Segmentangaben

D.8. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

D.9. Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG

Konzern-Anhang

A. Allgemeine Angaben

A.1. Grundlegende Informationen zum Unternehmen

Die PEH Wertpapier AG („PEH“ oder „der Konzern“) ist ein Wertpapierinstitut im Sinne von § 2 Abs. 1 WpIG. Der satzungsmäßige Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzportfolioverwaltung, die Anlagevermittlung und die Abschlussvermittlung. Die Abwicklung erfolgt über konzessionierte Kreditinstitute. Gegenstand ist auch die Kapitalmarktforschung, Analyse der internationalen Wertpapiermärkte und die Herausgabe von Fachpublikationen über die Finanzmärkte.

Die PEH wurde 1989 nach deutschem Recht gegründet und stellt die oberste Muttergesellschaft des PEH Konzerns (PEH Gruppe) dar. Ihr Geschäftssitz ist die Bettinastraße 57-59 in 60325 Frankfurt am Main, Deutschland. Die PEH ist unter der Nummer HRB 100020 in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen. Seit dem 13. November 1998 ist die Gesellschaft an den Börsen Berlin und Frankfurt am Main unter WKN 620140 im Freiverkehr notiert. Am 4. Oktober 2000 erfolgte der Wechsel an den geregelten Markt an der Berliner Börse.

Der vorliegende Konzernabschluss der PEH umfasst das Unternehmen und seine Tochterunternehmen. Der Konzern war im Geschäftsjahr hauptsächlich in den Bereichen Fondsverwaltung, Portfoliomanagement, Verbriefung, Vermögensberatung sowie IT Services tätig.

A.2. Allgemeine Angaben zum Abschluss

Die PEH stellt als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit § 315e Abs. 1 HGB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf, wie sie die Europäische Union fordert. Der vorliegende Konzernabschluss steht im Einklang mit den IFRS, wurde auf Grundlage der Annahme der Unternehmensfortführung erstellt

und berücksichtigt alle für am 1. Januar 2023 verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen (IFRS IC) wie sie in der EU anzuwenden sind. Der Konzernabschluss wurde um einen Konzernlagebericht gemäß §§ 315-315d HGB sowie um zusätzliche Erläuterungen gemäß § 315e Abs. 1 HGB ergänzt.

Der Konzernabschluss wurde in Euro aufgestellt. Das Geschäftsjahr für den Konzern und für die konsolidierten Unternehmen entspricht dem Kalenderjahr.

Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (T€) angegeben. Die Beträge werden – soweit erforderlich - kaufmännisch gerundet; ist die erste wegfallende Ziffer eine fünf oder größer, erfolgt eine Aufrundung, ansonsten eine Abrundung. Aufgrund von Rundungen ist es möglich, dass sich Rundungsdifferenzen ergeben und sich dadurch einzelne Werte in diesem Konzernabschluss nicht genau zur angegebenen Summe addieren lassen und, dass dargestellte Prozentangaben nicht exakt die absoluten Zahlen widerspiegeln, auf die sie sich beziehen.

Der Vorstand plant, den Konzernabschluss am 08. Mai 2024 zur Veröffentlichung freizugeben.

A.3. Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss umfasst die PEH und ihre Tochterunternehmen zum 31. Dezember 2023. Eine Beherrschung liegt vor, wenn der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement bei dem Beteiligungsunternehmen hat und er seine Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen auch dazu einsetzen kann, diese Renditen zu beeinflussen. Insbesondere beherrscht der Konzern ein Beteiligungsunternehmen dann und nur dann, wenn er alle nachfolgenden Eigenschaften besitzt:

- die Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen (d. h., der Konzern hat aufgrund derzeit bestehender Rechte die Möglichkeit, diejenigen Aktivitäten des Beteiligungsunternehmens zu steuern, die einen wesentlichen Einfluss auf dessen Rendite haben)
- eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement in dem Beteiligungsunternehmen

- die Fähigkeit, seine Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen so zu nutzen, dass dadurch die Rendite des Beteiligungsunternehmens beeinflusst wird.

Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass der Besitz einer Mehrheit der Stimmrechte zur Beherrschung führt. Zur Unterstützung dieser Annahme und wenn der Konzern keine Mehrheit der Stimmrechte oder damit vergleichbarer Rechte an einem Beteiligungsunternehmen besitzt, berücksichtigt er bei der Beurteilung, ob er die Verfügungsgewalt an diesem Beteiligungsunternehmen hat, alle relevanten Sachverhalte und Umstände. Hierzu zählen u.a.:

- vertragliche Vereinbarungen mit den anderen Stimmberechtigten
- Rechte, die aus anderen vertraglichen Vereinbarungen resultieren
- Stimmrechte und potenzielle Stimmrechte des Konzerns

Ergeben sich aus Sachverhalten und Umständen Hinweise, dass sich eines oder mehrere der drei Beherrschungselemente verändert haben, muss der Konzern erneut prüfen, ob er ein Beteiligungsunternehmen beherrscht. Die Konsolidierung eines Tochterunternehmens beginnt an dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt. Sie endet, wenn der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen verliert. Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens, das während des Berichtszeitraums erworben oder veräußert wurde, werden ab dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt, bis zu dem Tag, an dem die Beherrschung endet, im Konzernabschluss erfasst.

Der Gewinn oder Verlust und jeder Bestandteil des sonstigen Ergebnisses werden Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens und den nicht beherrschenden Anteilen zugerechnet, selbst wenn dies zu einem negativen Saldo der nicht beherrschenden Anteile führt. Bei Bedarf werden Anpassungen an den Abschlüssen von Tochterunternehmen vorgenommen, um deren Rechnungslegungsmethoden denen des Konzerns anzugleichen. Alle konzerninternen Vermögenswerte und Schulden, Eigenkapital, Erträge und Aufwendungen sowie Cashflows aus Geschäftsvorfällen, die zwischen Konzernunternehmen stattfinden, werden bei der Konsolidierung vollständig eliminiert.

Im Berichtsjahr wurden neben der PEH die folgenden wesentlichen Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen (Anteilsbesitz):

Name	Haupttätigkeit	Sitz	Stammkapital in €	Kapital- und Stimmrechtsanteil
PEH Vermögensmanagement GmbH	Vermögensverwaltung und -Beratung für Privatkunden	Frankfurt, Deutschland	1.000.001 (VJ:1.000.001)	100,00% (VJ: 100,00%)
Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH	Erbringen von Finanzdienstleistungen (insb. im Versicherungsbereich)	München, Deutschland	25.565 (VJ:25.565)	100,00% (VJ: 100,00%)
PEH Wealth Management GmbH	Vermögensverwaltung und - Beratung für Privatkunden	Stuttgart, Deutschland	50.000 (VJ:50.000)	100,00% (VJ: 100,00%)
capsensixx AG	Halten von Beteiligungen	Frankfurt, Deutschland	3.090.000 (VJ:3.430.000)	89,37%* (VJ: 90,25%)

*Die Berechnung erfolgt ohne den Bestand der eigenen Aktien der Tochterunternehmen einzubeziehen.

Die PEH Wertpapier AG hält über ihre Beteiligung an der Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH mittelbar 98,53 % (2022: 98,53 %) des Anteils am Stammkapital (T€ 70) und an den Stimmrechten der PEH Wertpapier AG Österreich in Abwicklung, Wien, Österreich (PEH AG Österreich). Die Einbeziehung der PEH Wertpapier AG Österreich in Abwicklung als Tochtergesellschaft der PEH Wertpapier AG erfolgt im Sinne des IFRS 10.

Mittelbar über die Beteiligung an der capsensixx AG hält die PEH Wertpapier AG Beteiligungen an folgenden Unternehmen, die ebenfalls in den Konzernabschluss einbezogen werden:

- Die capsensixx AG hält 60,75 % (Vorjahr: 53,86 %) an den Anteilen und den Stimmrechten der Oaklet GmbH, Frankfurt am Main. Die Oaklet GmbH wird damit als Tochterunternehmen der capsensixx AG im Sinne von IFRS 10 im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG mit einbezogen.
- Über die Oaklet GmbH hält die capsensixx AG mittelbar 60,75 % (Vorjahr: 53,86 %) des Anteils am Stammkapital (T€ 125) und an den Stimmrechten bei der Oaklet S.A., Wasserbillig, Luxemburg, und ist damit als Tochtergesellschaft im Sinne des IFRS 10 in den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG im Rahmen der Vollkonsolidierung mit einbezogen.
- Die capsensixx AG hält 50,01 % (Vorjahr: 50,01 %) an den Anteilen und den Stimmrechten der Axxion S.A., Grevenmacher, Luxemburg. Die Axxion S.A. wird damit als Tochterunternehmen der capsensixx AG im Sinne von IFRS 10 im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG mit einbezogen.

- Über die Axxion S.A. hält die capsensixx AG mittelbar 50,01 % (Vorjahr: 50,01 %) an den Stimmrechten und des Anteils am Stammkapital bei der navAXX S.A., Grevenmacher, Luxemburg, der IT4Funds S.A., Grevenmacher, Luxemburg, und der Axxion Deutschland Investmentaktiengesellschaft, Frankfurt, Deutschland, mit Teilgesellschaftsvermögen (kurz Axxion InvAG). Alle drei Unternehmen sind damit als Tochtergesellschaften im Sinne des IFRS 10 im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG mit einbezogen.
- Die capsensixx AG hält 50,00 % (Vorjahr: 0,00 %) an den Anteilen und den Stimmrechten der UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt), Frankfurt, Deutschland. Die UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt) wird damit als assoziiertes Unternehmen der capsensixx AG im Sinne des IAS 28 unter der Equity-Methode in den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG mit einbezogen. Assoziierte Unternehmen sind alle Unternehmen, auf die der Konzern einen maßgeblichen Einfluss, jedoch keine Beherrschung bzw. gemeinschaftliche Führung ausübt. Dies ist im Allgemeinen der Fall, wenn der Konzern zwischen 20% und 50% der Stimmrechte hält.

Nicht beherrschende Anteile

Nicht beherrschende Anteile werden entsprechend ihrer Anteile an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Verpflichtungen (inkl. Eventualschulden) ausgewiesen. Aufwendungen, Erträge, Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den vollkonsolidierten Gesellschaften sowie Zwischengewinne aus konzerninternen Lieferungs- und Leistungsbeziehungen werden eliminiert. Auf ergebniswirksame Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern abgegrenzt.

Im Folgenden werden zusammengefasste Finanzinformationen zu jedem Tochterunternehmen aufgeführt, bei dem nicht beherrschende Anteile bestehen, die für den Konzern wesentlich sind. Die Beträge verstehen sich vor konzerninternen Eliminierungen.

<i>in T€</i>	Axxion Teilkonzern		Oaklet Teilkonzern	
	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
Kurzfristige Vermögenswerte	26.420	23.477	7.346	9.037
Langfristige Vermögenswerte	7.678	6.596	314	395
Vermögenswerte gesamt	34.100	30.072	7.660	9.432
Kurzfristige Verbindlichkeiten	16.696	12.944	1.103	1.393
Langfristige Verbindlichkeiten	5.656	4.839	32	96
Verbindlichkeiten gesamt	22.352	17.782	1.134	1.489
Kumulierte nicht beherrschende Anteile	5.931	6.188	2.043	3.664

<i>in T€</i>	Axxion Teilkonzern		Oaklet Teilkonzern	
	2023	2022	2023	2022
Provisionserträge	121.211	114.000	5.762	5.769
Periodenergebnis	4.457	5.271	1.207	1.391
Gesamtergebnis	4.457	5.271	1.207	1.391
Auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	2.244	3.613	409	642
An nicht beherrschende Anteile gezahlte Dividenden	2.500	2.000	939	-

<i>in T€</i>	Axxion Teilkonzern		Oaklet Teilkonzern	
	2023	2022	2023	2022
Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit	4.738	7.410	-243	1.767
Cashflows aus Investitionstätigkeit	-648	-1.221	143	11
Cashflows aus Finanzierungstätigkeit	-5.872	-4.776	-2.765	-133
Netto-Zunahme/(Abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-1.782	1.413	-2.865	1.644

Assoziierte Unternehmen

Die UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt) verfolgt den Geschäftszweck des Haltens und Verwaltens von Beteiligungen an anderen Unternehmen und ergänzt somit das Geschäftsfeld der peh. Dies ist eine strategische Beteiligung für den Konzern.

Die nachstehende Tabelle enthält zusammengefasste Finanzinformationen über das assoziierte Unternehmen, das für den Konzern wesentlich ist. Die Angaben bilden die im Abschluss des relevanten assoziierten Unternehmens dargestellten Beträge ab.

	UF Beteiligungs UG
<i>in T€</i>	31.12.2023
Kurzfristige Vermögenswerte	103
Langfristige Vermögenswerte	776
Vermögenswerte gesamt	879
Kurzfristige Verbindlichkeiten	4
Langfristige Verbindlichkeiten	-
Verbindlichkeiten gesamt	4

	UF Beteiligungs UG
<i>in T€</i>	2023
Erträge aus Beteiligungen	394
Periodenergebnis	391
Gesamtergebnis	391

Bemessung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt wurde.

Der beizulegende Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld bemisst sich anhand der Annahmen, die Marktteilnehmer der Preisbildung für den Vermögenswert bzw. die Schuld zugrunde legen würden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Marktteilnehmer in ihrem besten wirtschaftlichen Interesse handeln.

Der Konzern wendet Bewertungstechniken an, die unter den jeweiligen Umständen sachgerecht sind und für die ausreichenden Daten zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts zur Verfügung stehen. Dabei ist die Verwendung maßgeblicher beobachtbarer Inputfaktoren möglichst hoch, um jene nicht beobachtbaren Inputfaktoren möglichst gering zu halten. Bei den relevanten, beobachtbaren Inputfaktoren handelt es sich im Wesentlichen um Börsenkurse.

Alle Vermögenswerte und Schulden, für die der beizulegende Zeitwert bestimmt oder im Abschluss ausgewiesen wird, werden in die nachfolgend beschriebene Bemessungshierarchie eingeordnet, basierend auf dem Inputfaktor der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist:

- Stufe 1: in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden notierte (nicht berichtigte) Preise
- Stufe 2: Bewertungsverfahren, bei denen der Inputfaktor der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt direkt oder indirekt beobachtbar ist
- Stufe 3: Bewertungsverfahren, bei denen der Inputfaktor der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt nicht beobachtbar ist

Bei Vermögenswerten und Schulden, die im Abschluss auf wiederkehrender Basis zum beizulegenden Zeitwert erfasst werden, bestimmt der Konzern, ob Umgruppierungen zwischen den Stufen der Hierarchie stattgefunden haben, indem er am Ende jeder Berichtsperiode die Klassifizierung (basierend auf dem Inputfaktor der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist) überprüft.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der funktionalen Währung des Mutterunternehmens, aufgestellt. Fremdwährungstransaktionen werden von Konzernunternehmen zu dem Zeitpunkt, zu dem der Geschäftsvorfall erstmals ansetzbar ist, mit dem jeweils gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Monetäre Vermögenswerte und Schulden in einer Fremdwährung werden zu jedem Stichtag unter Verwendung des Stichtagskassakurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Der Konzern ist in den Bereichen Anlageberatung und Verwaltung für Investmentfonds (Segment Assetmanagement), Vermögensverwaltung und Vermögenberatung (Segment Vertrieb) und Fondsadministration und Verbriefungen (Segment Verwaltung/Service) tätig.

Erlöse aus Verträgen mit Kunden werden erfasst, wenn die jeweilige Leistungsverpflichtung erfüllt ist, d.h. die Verfügungsgewalt über die Dienstleistungen auf den Kunden übertragen wird. Dies ist erfüllt, wenn der Kunde die Möglichkeit hat, den Vermögenswert zu nutzen und im Wesentlichen sämtliche verbleibenden wirtschaftlichen Vorteile aus dem Vermögenswert erhält (zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über einen Zeitraum).

Der Konzern erbringt im Wesentlichen Dienstleistungen im Rahmen der Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Fondsadministration. Die entsprechenden Erlöse hieraus sind im Wesentlichen zeitraumbezogen zu realisieren, da dem Kunden der Nutzen aus der Dienstleistung gleichzeitig zufließt, während diese erbracht wird. Bei Dienstleistungen wird eine lineare Umsatzlegung als Abbildung des Leistungsfortschrittes als geeignet angesehen, weil dem Kunden der Nutzen aus der Dienstleistung im Rahmen der Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Fondsadministration über die Vertragslaufzeit gleichermaßen zufließt. In der Regel sind die Zahlungen monatlich zu erbringen. Lediglich im Falle von separaten Beratungsleistungen liegen teilweise zeitpunktbezogene Dienstleistungen vor, deren Umsatzrealisierung erst nach vollständiger Erbringung und Abnahme der Dienstleistung erfolgt.

Die Bestimmung des Transaktionspreises ist von der zu erwartenden Gegenleistung des Kunden für die zu erbringende Leistung abhängig. Variable Gegenleistungen, (bspw. in Form von Performancegebühren) werden mittels der Erwartungswertmethode ermittelt. Weiterhin wird beurteilt, ob es hochwahrscheinlich ist, dass es zu keiner signifikanten Stornierung von Erlösen

kommt, sobald die Unsicherheit in Verbindung mit der variablen Gegenleistung nicht mehr besteht. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, wird davon ausgegangen, dass die variable Gegenleistung so lange vollständig begrenzt ist bis der tatsächliche Bewertungsstichtag eintritt und die Unsicherheit in Verbindung mit der variablen Gegenleistung nicht mehr besteht. Der Konzern prüft, ob vertragliche Vereinbarungen bestehen, die eigenständige Leistungsverpflichtungen darstellen, auf die ein Teil des Transaktionspreises zu allokiert ist. Zum Vertragsbeginn beurteilt die Gruppe alle zugesagten Dienstleistungen und identifiziert die Leistungsverpflichtung. Regelmäßig stellen die einzelnen Leistungszusagen des Konzerns (bspw. Portfolioverwaltung, Risikomanagement, Zentralverwaltung, Tätigkeit als Register- und Transferstelle) nur eine einzige Leistungsverpflichtung dar, da die Kunden aus den einzelnen Leistungszusagen zwar regelmäßig gesondert oder zusammen mit anderen, für ihn jederzeit verfügbaren Ressourcen einen Nutzen ziehen kann. Diese Zusagen des Unternehmens sind aber nicht von anderen Zusagen aus dem Vertrag trennbar, d.h. im Vertragskontext eigenständig abgrenzbar, da diese in hohem Maße voneinander abhängig sind und der Konzern seine Verpflichtung zur Anlagenverwaltung inkl. der Erfüllung aller relevanten (rechtlichen) Anforderungen, nur durch Erbringung dieser Tätigkeiten in Summe erbringen kann.

Einzelne Leistungszusagen stellen hingegen separate Leistungsverpflichtungen oder eine Reihe von separaten Leistungsverpflichtungen dar, bspw. im Falle von separaten Beratungsleistungen, Bewertungsstellengebühr oder Set-up Fees. Soweit für Verträge des Konzerns von Verträgen mit ausschließlich einer Leistungsverpflichtung ausgegangen werden kann, wird der Transaktionspreis, welcher auf die jeweilige Leistungsverpflichtung entfällt, als Umsatz erfasst, sobald die entsprechende Leistungsverpflichtung erfüllt ist. Da die Leistungsverpflichtungen i.d.R. deutlich kürzer als ein Jahr sind, wird auf eine Darstellung der zum Stichtag offenen Verpflichtungen im Anhang verzichtet. Dies ist darin begründet, dass die abgeschlossenen Dienstleistungsverpflichtungen fast ausschließlich kurzfristig kündbar sind und somit keine langfristigen durchsetzbaren Rechte und Pflichten bestehen.

Der Konzern ist grundsätzlich zu dem Schluss gekommen, dass er bei seinen Umsatztransaktionen als Prinzipal auftritt, da er üblicherweise die Verfügungsgewalt über die Dienstleistungen innehat, bevor diese auf den Kunden übergehen. Dies ist weiterhin darin begründet, dass der Konzern Dienstleistungen zwar auslagern kann, jedoch für etwaige Fehler des Dienstleisters gegenüber dem Kunden der Gesellschaft gleichermaßen haftet wie für eigene Fehler. Darüber hinaus ist die Gesellschaft befugt, einem eingesetzten Dienstleister Weisungen

zu erteilen und in dessen Tätigkeiten einzugreifen sowie den Preis festzulegen.

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, angesetzt. Die Anschaffungskosten enthalten neben den Einzelkosten alle direkt zuordenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert zu seinem Standort und in den betriebsbereiten Zustand zu bringen. Die Anschaffungskosten der im Bilanzposten Sachanlagen bilanzierten Leasingverhältnisse entsprechen dem Barwert der zukünftigen Leasingzahlungen. Informationen zu Leasingverhältnissen können dem Abschnitt D.4. entnommen werden.

Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

	Minimum	Maximum
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	13
Nutzungsrecht Leasing (IFRS 16)	1	6

	Nutzungsdauer in Jahren	Amortisationssatz in %
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 bis 13	13 - 50
Nutzungsrecht Leasing (IFRS 16)	1 bis 6	20 - 100

Die Abschreibungen sowie Wertminderungen werden in dem GuV-Posten Abschreibungen erfasst. Die Wertaufholungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich planmäßig linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Die Abschreibungsdauern betragen für:

	Minimum	Maximum
EDV-Software	3	10
EDV-Lizenzen	3	10
Kundenverträge	5	5

	Nutzungsdauer in Jahren	Amortisationsatz in %
EDV-Software	3 bis 10	20 - 33
EDV-Lizenzen	3 bis 10	20 - 33
Kundenverträge	5	20

Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten bilanziert und mindestens jährlich auf Wertminderung überprüft.

Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass mit der Nutzung ein künftiger wirtschaftlicher Vorteil verbunden ist und die Kosten des Vermögenswertes zuverlässig bestimmt werden können.

Wertminderungen von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag überprüft der Konzern die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte und der Sachanlagen dahingehend, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte.

In diesem Fall wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes ermittelt, um den Umfang einer gegebenenfalls vorzunehmenden Wertberichtigung zu bestimmen. Für die Überprüfung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer (inkl. Geschäfts- oder Firmenwert) wird der erzielbare Betrag unabhängig von Anhaltspunkten einmal jährlich ermittelt. Der erzielbare Betrag entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert, wobei der höhere der beiden Werte maßgeblich ist. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows.

Als Diskontierungszinssatz wird für die Berechnung des Nutzungswerts ein den Marktbedingungen entsprechender Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern der erzielbare Betrag für einen einzelnen Vermögenswert nicht ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für

die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten (Cash Generating Units) bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenserwerben resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den Cash Generating Units (CGU) zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Cash Generating Units stellen die niedrigste Berichtsebene im Konzern dar, auf der die Geschäfts- oder Firmenwerte durch das Management für interne Zwecke überwacht werden. Der erzielbare Betrag einer Cash Generating Unit, die einen Goodwill enthält, wird regelmäßig jährlich zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen.

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige erfolgswirksame Wertberichtigung. Wird der Wertberichtigungsbedarf auf Basis von Cash Generating Units ermittelt, die einen Geschäfts- oder Firmenwert enthalten, wird zunächst dieser wertgemindert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts wird der Rest der Wertminderung proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der Cash Generating Unit verteilt.

Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswertes oder der Cash Generating Unit, erfolgt eine Wertaufholung. Die Wertaufholung ist begrenzt auf die fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die sich ohne die Wertberichtigungen in der Vergangenheit ergeben hätten. Wertaufholungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sind nicht zulässig.

Alle Wertminderungen werden erfolgswirksam in den Abschreibungen erfasst.

Zahlungsmittel und kurzfristige Einlagen

Der Posten „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ in der Bilanz umfasst den Kassenbestand, Bankguthaben und kurzfristige hoch liquide Einlagen mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten, die jederzeit in festgelegte Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden können und nur einem unwesentlichen Risiko von Wertschwankungen unterliegen.

Für Zwecke der Kapitalflussrechnung umfassen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente die oben definierten Zahlungsmittel und kurzfristigen Einlagen abzüglich in Anspruch

genommener Kontokorrentkredite, da diese integrale Bestandteile der Zahlungsmitteldisposition des Konzerns sind.

Finanzielle Vermögenswerte

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Hierzu gehören grundsätzlich einerseits originäre Finanzinstrumente und andererseits derivative Finanzinstrumente. Ein marktüblicher Kauf oder Verkauf finanzieller Vermögenswerte wird bei der PEH zum Erfüllungstag angesetzt bzw. ausgebucht.

Klassifizierung und Bewertung:

Ein finanzieller Vermögenswert (außer einer Forderung aus Lieferungen und Leistungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente) oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei einem Posten, der in der Folgebewertung nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden hierzu die Transaktionskosten, die direkt seinem Erwerb oder seiner Ausgabe zurechenbar sind, addiert. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente werden beim erstmaligen Ansatz zum Transaktionspreis bewertet.

Im Sinne des IFRS 9 gilt der Einstufungs- und Bewertungsansatz für finanzielle Vermögenswerte, welcher das Geschäftsmodell, in dessen Rahmen die Vermögenswerte gehalten werden, sowie die Eigenschaften ihrer Cashflows, widerspiegelt.

Bei der erstmaligen Erfassung wird ein finanzieller Vermögenswert wie folgt eingestuft:

- Schuldinstrumente zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortized cost, AC);
- Schuldinstrumente, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (fair value through other comprehensive income, FVOCI) bewertet werden, wobei die kumulierten Gewinne und Verluste bei Ausbuchung des finanziellen Vermögenswerts in die GuV umgliedert werden (mit Umgliederung);
- Schuldinstrumente, Derivate und Eigenkapitalinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (fair value through profit or loss, FVTPL) bewertet werden;
- Eigenkapitalinstrumente, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wobei die Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis (FVOCI) bleiben (ohne Umgliederung).

Für den Konzern sind die Bewertungskategorien „fortgeführte Anschaffungskosten“ und „FVTPL“ von Relevanz.

Der Konzern bewertet finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Cashflows zu halten, und
- die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu festgelegten Zeitpunkten zu Cashflows, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte des Konzerns enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Darlehensforderungen und Guthaben bei Kreditinstituten sowie sonstige finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Vermögenswerte mit Cashflows, die nicht ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen darstellen, werden unabhängig vom Geschäftsmodell als zum FVTPL klassifiziert und entsprechend bewertet. Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte werden in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des jeweiligen Finanzinstruments saldiert in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Nettogewinne und -verluste, einschließlich jeglicher Zins- oder Dividendenerträge, werden im Gewinn oder Verlust erfasst. Die Gruppe der zum FVTPL bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthält im Wesentlichen Investmentfondsanteile, verschiedene Zertifikate sowie Genussrechte.

Wertminderung:

Der Konzern erfasst bei allen Schuldinstrumenten, die nicht zum FVTPL bewertet werden, eine Wertberichtigung für erwartete Kreditverluste (ECL).

Die Höhe der Verlusterfassung sowie die Zinsvereinnahmung bestimmen sich dabei anhand der Zuordnung des Instruments in die folgenden Stufen:

- Stufe 1: Erfassung von erwarteten Kreditverlusten der nächsten 12 Monate
- Stufe 2: Erfassung von während der Laufzeit erwarteten Kreditverlusten, Zinsvereinnahmung auf Basis des Bruttobuchwerts
- Stufe 3: Erfassung von während der Laufzeit erwarteten Kreditverlusten, Zinsvereinnahmung auf Basis des Nettobuchwerts

In Stufe 1 sind grundsätzlich alle Instrumente bei Zugang einzuordnen. Falls sich das Kreditrisiko eines Instruments zum Abschlussstichtag signifikant erhöht, erfolgt ein Transfer in Stufe 2. In Stufe 3 werden Finanzinstrumente aufgenommen, sobald ein zusätzlich objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt. Anzeichen auf Wertminderung werden laufend überwacht und ausgewertet, um entsprechende Maßnahmen treffen zu können. Bei der Festlegung, ob das Ausfallrisiko eines finanziellen Vermögenswertes seit der erstmaligen Erfassung signifikant angestiegen ist, und bei der Schätzung von erwarteten Kreditverlusten berücksichtigt der Konzern angemessene und belastbare Informationen, die relevant und ohne unangemessenen Zeit- und Kostenaufwand verfügbar sind. Dies umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Informationen und Analysen, die auf vergangenen Erfahrungen und fundierten Einschätzungen, inklusive zukunftsgerichteter Informationen beruhen. Der Konzern nimmt grundsätzlich an, dass das Ausfallrisiko eines finanziellen Vermögenswertes signifikant angestiegen ist, wenn er mehr als 30 Tage überfällig ist. Die Beurteilung erfolgt für jedes Finanzinstrument individuell.

Objektive Indikatoren dafür, dass ein finanzieller Vermögenswert in der Bonität beeinträchtigt ist, umfassen die folgenden beobachtbaren Daten:

- signifikante finanzielle Schwierigkeiten des Kunden
- ein Vertragsbruch, wie beispielsweise Ausfall oder eine Überfälligkeit von mehr als 90 Tagen
- Restrukturierung eines Darlehens oder Kredits durch den Konzern, die er andernfalls nicht in Betracht ziehen würde
- es ist wahrscheinlich, dass der Kunde in Insolvenz oder ein sonstiges Sanierungsverfahren geht, oder
- durch finanzielle Schwierigkeiten bedingtes Verschwinden eines aktiven Marktes für ein Wertpapier.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet sind, werden vom Bruttobuchwert des Vermögenswerts abgezogen.

Der Konzern wendet zur Ermittlung des erwarteten Kreditausfalls für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gemäß IFRS 9 den vereinfachten Ansatz zur Ermittlung der Risikovorsorge an, wonach der Kreditausfall auf Basis der Gesamtlaufzeit des finanziellen Vermögenswertes berechnet wird. Liegen objektive Hinweise eines Kreditausfalls vor, erfolgt eine Einzelwertberichtigung der entsprechenden Forderungen. Generell gilt im PEH Konzern, dass bei Forderungen die mehr als 90 Tage überfällig, von einem Ausfall ausgegangen wird. Anzeichen auf Wertminderung werden laufend überwacht und ausgewertet, um entsprechende Maßnahmen treffen zu können.

Zur der Schätzung der erwarteten Kreditverluste im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat der Konzern – basierend auf historischen Daten und den Erwartungen für die Zukunft (forward-looking information) eine Vorsorgematrix definiert. Die Bestimmung des Anpassungsfaktors für zukunftsgerichtete Informationen wird zu jedem Abschlussstichtag durch das Management überprüft und angepasst. Hierzu werden u.a. Informationen zur Konjunkturentwicklung zur Entwicklung der Höhe und zur Fälligkeit der einzelnen Forderungsbestände im Vergleich zum historischen Durchschnitt herangezogen und innerhalb der Branche verifiziert. Im Geschäftsjahr waren keine Anpassungen erforderlich. Eine Differenzierung der Forderungsbestände wird derzeit als nicht notwendig erachtet.

Assoziierte Unternehmen (At-Equity Beteiligungen)

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Bei der Equity-Methode werden die Anteile zunächst mit den Anschaffungskosten angesetzt. In der Folge erhöht oder verringert sich der Buchwert der Anteile entsprechend dem Anteil der PEH am Gewinn oder Verlust des Beteiligungsunternehmens. Der Anteil der PEH am Gewinn oder Verlust des Beteiligungsunternehmens wird im Gewinn und Verlust und der Anteil an den Veränderungen des sonstigen Ergebnisses des Beteiligungsunternehmens wird im sonstigen Ergebnis des Konzerns erfasst. Von assoziierten Unternehmen erhaltene Dividenden werden als Verminderung des Buchwerts der Beteiligung bilanziert.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Die finanziellen Verbindlichkeiten werden entweder als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet (financial liabilities measured at amortised cost, FLAC) oder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (financial liabilities at fair value through profit or loss, FVTPL) klassifiziert. Die Kategorisierung als FVTPL erfolgt grundsätzlich, wenn diese als zu Handelszwecken gehalten eingestuft werden, es sich um Derivate handelt oder die Verbindlichkeiten im Zugangszeitpunkt als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert werden.

Sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten im Konzern wurden als finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet eingestuft und bei ihrem erstmaligen Ansatz mit den Anschaffungskosten angesetzt, die dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Hierbei werden auch die Transaktionskosten berücksichtigt.

Nach der erstmaligen Erfassung werden die finanziellen Verbindlichkeiten unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Konzern bucht eine finanzielle Verbindlichkeit dann aus, wenn die Verbindlichkeit des Konzerns beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen ist.

Rückstellungen

Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen gebildet, wenn der Eintritt wahrscheinlich ist und die Schätzung der Höhe hinreichend zuverlässig möglich ist. Sofern der Konzern für eine passivierte Rückstellung zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet (wie z.B. bei einem Versicherungsvertrag), wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert nur dann erfasst, wenn die Erstattung so gut wie sicher ist.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen erfolgt mit der bestmöglichen Schätzung des Verpflichtungsumfangs. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern hieraus ein wesentlicher Effekt entsteht.

Verpflichtungen, die dem Grunde nach feststehen und bei denen hinsichtlich Höhe und Zeitpunkt der Fälligkeit lediglich unwesentliche Restunsicherheiten bestehen, etwa weil der Auftragnehmer diese noch nicht endgültig abgerechnet hat, werden als abgegrenzte Schulden ausgewiesen.

Ertragsteuern

Latente Steuern werden auf temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden nach IFRS- und Steuerbilanz und auf realisierbare Verlustvorträge ermittelt. Der Berechnung liegen die zum Realisierungszeitpunkt erwarteten Steuersätze zugrunde, die zum Bilanzstichtag gültig bzw. gesetzlich verabschiedet sind.

Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge wurden nur in dem Maße angesetzt, als es wahrscheinlich ist, dass zukünftige steuerliche Gewinne entstehen werden, die eine Verrechnung dieser Verlustvorträge ermöglichen.

Veränderungen der latenten Steuern in der Bilanz führen grundsätzlich zu latentem Steueraufwand bzw. –ertrag. Soweit Sachverhalte, die eine Veränderung der latenten Steuern nach sich ziehen, direkt gegen das Eigenkapital gebucht werden, wird auch die Veränderung der latenten Steuern direkt im Eigenkapital berücksichtigt.

Leasing

Der Konzern ist nur als Leasingnehmer tätig. Der Konzern least verschiedene Vermögenswerte, darunter Immobilien und Fahrzeuge.

Bei Abschluss eines Vertrags stellt der Konzern fest, ob der Vertrag ein Leasingverhältnis ist oder enthält. Ein Vertrag ist oder enthält ein Leasingverhältnis, wenn der Vertrag ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts (oder der Vermögenswerte) für eine bestimmte Zeit im Austausch für eine Gegenleistung überträgt. Um zu beurteilen, ob ein Vertrag das Recht der Nutzung eines identifizierten Vermögenswerts überträgt, legt der Konzern die Definition eines Leasingverhältnisses nach IFRS 16 zu Grunde.

Bei Abschluss oder Neubeurteilung eines Vertrags, der eine Leasingkomponente enthält, hat der Konzern entschieden, von der Trennung von Nichtleasingkomponenten für alle Leasingverhältnisse abzusehen.

Der Konzern erfasst am Bereitstellungsdatum des Leasingverhältnisses ein Nutzungsrecht und eine Leasingverbindlichkeit. Das Nutzungsrecht wird anfänglich zu Anschaffungskosten bewertet. Diese ergeben sich aus dem Anfangsbetrag der Leasingverbindlichkeit, bereinigt um etwaige Leasingzahlungen vor oder zum Bereitstellungsdatum des Leasingverhältnisses,

zuzüglich etwaiger anfänglich anfallender direkter Kosten und einer Schätzung der Kosten für Abbau, Beseitigung, oder Wiederherstellung des zugrundeliegenden Vermögenswerts oder des Standorts, an dem er sich befindet und abzüglich etwaiger erhaltener Leasinganreize.

Nutzungsrechte werden planmäßig linear über den kürzeren der beiden Zeiträume aus Laufzeit und erwarteter Nutzungsdauer der Leasingverhältnisse abgeschrieben. Die geschätzten Nutzungsdauern von Vermögenswerten mit Nutzungsrecht werden auf der gleichen Grundlage wie die von Sachanlagen bestimmt. Zusätzlich wird das Nutzungsrecht fortlaufend um Wertminderungen, sofern notwendig, berichtigt und um bestimmte Neubewertungen der Leasingverbindlichkeit angepasst. Am Bereitstellungsdatum wird die Leasingverbindlichkeit mit dem Barwert der zu diesem Zeitpunkt noch nicht geleisteten Leasingzahlungen bewertet, abgezinst mit dem im Leasingverhältnis zugrundeliegenden Zinssatz oder, falls dieser Satz nicht ohne Weiteres bestimmt werden kann, mit dem Grenzfremdkapitalzinssatz des Konzerns. Im Allgemeinen verwendet der Konzern seinen Grenzfremdkapitalzinssatz als Abzinsungssatz.

Der Konzern bestimmt seinen Grenzkapitalfremdzinssatz auf Grundlage eines am Laufzeitadäquaten, am Markt verfügbaren Zinssatzes für Schuldner mittlerer Bonität mit einem Aufschlag für einen creditspread. Die bei der Bewertung der Leasingverbindlichkeit zu berücksichtigenden Leasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

- feste Zahlungen, einschließlich de-facto feste Zahlungen;
- variable Leasingraten, die an einen Index oder (Zins-)Satz gekoppelt sind und deren erstmalige Bewertung anhand des am Bereitstellungsdatum gültigen Indexes oder Zinssatzes vorgenommen wird;
- Leasingzahlungen eines optionalen Verlängerungszeitraums, wenn der Konzern hinreichend sicher ist, dass er die Verlängerungsoption ausübt sowie Strafzahlungen für eine vorzeitige Kündigung des Leasingverhältnisses, es sei denn, der Konzern ist hinreichend sicher, nicht vorzeitig zu kündigen.

Die Leasingverbindlichkeit wird zu fortgeführten Anschaffungskosten mittels der Effektivzinsmethode bewertet. Eine Neubewertung erfolgt, wenn sich die künftigen Leasingzahlungen aufgrund einer Änderung des Index oder des Zinssatzes ändern, oder wenn sich die Schätzung des Konzerns hinsichtlich des Betrags ändert, der voraussichtlich im Rahmen einer Restwertgarantie zu zahlen ist, oder wenn der Konzern seine Einschätzung ändert, ob eine

Kauf-, Verlängerungs- oder Kündigungsoption ausgeübt wird. Wenn eine Neubewertung der Leasingverbindlichkeit erfolgt, wird eine entsprechende Anpassung des Buchwerts des Nutzungswerts vorgenommen oder der Anpassungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Buchwert des Nutzungsrechts auf null reduziert wurde.

Der Konzern weist in der Bilanz Nutzungsrechte als separaten Bilanzposten in den Sachanlagen und kurzfristige sowie langfristige Leasingverbindlichkeiten als eigenen Bilanzposten aus.

Einige Leasingverhältnisse enthalten Verlängerungsoptionen, die bis zu einem Jahr vor Ablauf der unkündbaren Vertragslaufzeit vom Konzern ausübbar sind. Nach Möglichkeit strebt der Konzern beim Abschluss neuer Leasingverhältnisse die Aufnahme von Verlängerungsoptionen an, um operative Flexibilität zu gewährleisten. Die Verlängerungsoptionen sind nur von der PEH und nicht vom Leasinggeber ausübbar. Der Konzern beurteilt am Bereitstellungsdatum, ob die Ausübung von Verlängerungsoptionen hinreichend sicher ist. Die PEH bestimmt erneut, ob die Ausübung einer Verlängerungsoption hinreichend sicher ist, wenn ein signifikantes Ereignis oder eine signifikante Änderung von Umständen, dass bzw. die innerhalb seiner Kontrolle liegt, eintritt.

Kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse von geringem Wert

Der Konzern hat beschlossen, Nutzungsrechte und Leasingverbindlichkeiten für kurzfristige Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten und für Leasingverhältnisse von geringem Wert (z.B. Büroausstattung) nicht anzusetzen. Der Konzern erfasst die mit diesen Leasingverhältnissen verbundenen Leasingzahlungen linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Leistungen an Arbeitnehmer

Leistungsorientierte Pläne:

Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungsplänen werden nach dem versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wird der Barwert der künftigen Verpflichtungen (Defined Benefit Obligation, DBO) auf der Grundlage der zum Bilanzstichtag von den Arbeitnehmern anteilig erworbenen Leistungsansprüche bewertet. Der Barwert wird unter Berücksichtigung künftig erwarteter Gehalts- und Rententrends berechnet, da der bis zum regulären Pensionierungsalter erreichbare Leistungsanspruch von diesen abhängig

ist. Die für die Berechnung der DBO zum Bilanzstichtag des Vorjahres angesetzten Annahmen gelten für die Ermittlung der laufenden Dienstzeitaufwendungen sowie der Zinserträge und Zinsaufwendungen des folgenden Geschäftsjahres. Die Nettozinserträge bzw. Nettozinsaufwendungen für ein Geschäftsjahr ergeben sich aus der Multiplikation des Abzinsungssatzes für das jeweilige Geschäftsjahr mit dem Nettovermögenswert bzw. der Nettoverpflichtung zum Bilanzstichtag des vorherigen Geschäftsjahres. Die DBO und somit auch die Zinsaufwendungen auf die DBO werden bei wesentlichen Ereignissen (z.B. Sonderdotierungen) angepasst. Die DBO enthält den Barwert der vom Versorgungsplan zu tragenden Steuern auf Beiträge oder Leistungen in Zusammenhang mit bereits erbrachten Dienstzeiten.

Die laufenden und nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwendungen für Pensionsverpflichtungen sowie sonstige Verwaltungskosten, werden im Personalaufwand erfasst. Die nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwendungen werden sofort erfolgswirksam erfasst. Versicherungsmathematische oder erfahrungsbedingte Gewinne und Verluste, die z.B. aus der Anpassung des Abzinsungssatzes entstehen, werden unter Berücksichtigung latenter Steuern (erfolgsneutral) im sonstigen Ergebnis erfasst.

Beitragsorientierte Pläne:

Im Fall von beitragsorientierten Plänen leistet der Konzern aufgrund von gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen Beiträge an öffentliche oder private Rentenversicherungsträger. Nach Zahlung der Beiträge entstehen dem Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen. Die Beiträge werden bei Fälligkeit als Aufwand erfasst.

A.4. Schätzungen und Ermessensentscheidungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfordert, dass Annahmen getroffen und Schätzungen verwendet werden, die sich auf Höhe und Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualschulden auswirken. Die Schätzungen beruhen auf Erfahrungswerten und anderen Annahmen, die unter den gegebenen Umständen als zutreffend erachtet werden. Die tatsächlichen Werte können von den Schätzungen abweichen. Die Einschätzungen und Annahmen werden vom Management laufend überprüft und ggf. angepasst.

Die nachstehend aufgeführten wesentlichen Schätzungen und zugehörigen Annahmen sowie die mit den gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verbundenen Unsicherheiten sind entscheidend für das Verständnis der zu Grunde liegenden Risiken der Finanzberichterstattung sowie der Auswirkungen, die diese Schätzungen, Annahmen und Unsicherheiten auf den Konzernabschluss haben könnten:

Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Der Konzern erhält für seine Leistungen im Bereich der Fondsverwaltung teilweise zusätzlich variable Gebühren als Performancegebühren. Die Performancegebühren werden in der Ausprägung als High-Watermark oder Hurdle Rate in Abhängigkeit von der Wertentwicklung des betreuten Investmentfonds in der Regel am Jahresende gezahlt. In der Ausprägung High-Watermark wird eine zusätzliche Performancegebühr nur dann ausgezahlt, wenn der um Ausschüttungen bereinigte Anteilspreis am Jahresende einen neuen Höchststand erreicht hat.

In der Ausprägung Hurdle Rate wird eine Performancefee dann fällig, wenn der um Ausschüttungen bereinigte Anteilspreis eine vorher festgelegte Marke überschreitet.

In beiden Ausprägungen ist die Zahlung einer Performancegebühr von der Entwicklung der im Fonds befindlichen Wertpapieren abhängig und damit auch unter Umständen großen Schwankungen unterworfen.

Daher verzichtet der Konzern auf die Schätzung von etwaigen Performancegebühren, sondern erfasst diese erst am Tag ihres Entstehens (Ende der Abrechnungsperiode des Fonds).

Geschäfts- oder Firmenwerte

Der Konzern überprüft jährlich und zusätzlich, sofern irgendein Anhaltspunkt dafür vorliegt, ob eine Wertminderung der Geschäfts- oder Firmenwerte eingetreten ist. Dafür ist der erzielbare Betrag der Cash Generating Unit zu schätzen. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Die Bestimmung des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Annahmen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahr 2023 war durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen wirtschaftliche Folgen deutlich in Stocken geraten. Die Weltkonjunktur hat sich unter dem Eindruck hoher Energiepreise und großer Unsicherheit abgeschwächt. Die PEH konnte dagegen keine signifikanten Auswirkungen feststellen, die zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwertes geführt hätten. Die Einschätzung unterliegt allerdings Unsicherheiten. Zum jetzigen Zeitpunkt können noch keine hinreichend verlässlichen Aussagen darüber getroffen werden, wie die wirtschaftliche Erholung verläuft oder welche dauerhaften strukturellen Auswirkungen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine nach sich zieht.

Werthaltigkeit der Sachanlagen und sonstigen immateriellen Vermögenswerte

Zu jedem Bilanzstichtag hat der PEH Konzern einzuschätzen, ob irgendein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass der Buchwert einer Sachanlage oder eines sonstigen immateriellen Vermögenswertes wertgemindert sein könnte. In diesem Fall wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes geschätzt. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Zur Ermittlung des Nutzungswertes sind die diskontierten künftigen Cashflows des betreffenden Vermögenswertes zu bestimmen. Die Schätzung des diskontierten künftigen Cashflows beinhaltet wesentliche Annahmen wie insbesondere solche bezüglich der künftigen Verkaufspreise und Verkaufsvolumina, der Kosten und der Diskontierungszinssätze. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die Schätzungen der relevanten erwarteten Nutzungsdauern,

die Annahmen bezüglich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Entwicklung der Branchen, in denen der Konzern tätig ist und die Einschätzungen der diskontierten künftigen Cashflows angemessen sind, könnte durch eine Veränderung der Annahmen oder Umstände eine Veränderung der Analyse erforderlich werden. Hieraus könnten in der Zukunft zusätzliche Wertminderungen oder Wertaufholungen resultieren, falls sich die vom Management identifizierten Trends umkehren oder sich die Annahmen und Schätzungen als falsch erweisen sollten.

Die PEH konnte - auch in Bezug auf den Russland-Ukraine-Konflikt - keine signifikanten Auswirkungen feststellen, die als Indikator für eine Wertminderung gewertet werden müssten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zu jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, ob die Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile für den Ansatz aktiver latenter Steuern hinreichend wahrscheinlich ist. Dies erfordert vom Management u. a. die Beurteilung der Steuervorteile, die sich aus den zur Verfügung stehenden Steuerstrategien und dem künftigen zu versteuernden Einkommen ergeben sowie die Berücksichtigung weiterer positiver und negativer Faktoren. Die ausgewiesenen aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Schätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen und der durch zur Verfügung stehende Steuerstrategien erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den zeitlichen Rahmen oder den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Leistungen an Arbeitnehmer

Die Bilanzierung von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen erfolgt in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Bewertungen. Diese Bewertungen beruhen auf statistischen und anderen Faktoren, um auf diese Weise künftige Ereignisse zu antizipieren. Diese Faktoren umfassen u. a. versicherungsmathematische Annahmen wie Diskontierungszinssatz, erwarteter Kapitalertrag des Planvermögens, erwartete Gehaltssteigerungen und Sterblichkeitsraten. Diese versicherungsmathematischen Annahmen können auf Grund von veränderten Markt- und Wirtschaftsbedingungen erheblich von den tatsächlichen Entwicklungen abweichen und deshalb zu einer wesentlichen Veränderung der Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen sowie des zugehörigen künftigen Aufwands führen.

Rechtliche Risiken

Die Konzernunternehmen der PEH sind in einigen Fällen Parteien in Rechtsstreitigkeiten involviert. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte eingesetzt. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen Unternehmen der PEH Gruppe oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko angemessen ist. Zum 31. Dezember 2023 waren keine (Vorjahr: T€ 25) Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten passiviert.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes

Eine Reihe von Rechnungslegungsmethoden und Angaben des Konzerns verlangen die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Sofern Marktpreise an aktiven Märkten für Finanzinstrumente quotiert und veröffentlicht sind, werden diese verwendet. Ein Markt wird dann als aktiv angesehen, wenn Transaktionen für den jeweiligen Vermögenswert oder die jeweilige Verbindlichkeit in ausreichender Frequenz und in ausreichendem Umfang stattfinden, sodass Preisinformationen fortlaufend zur Verfügung stehen. Sofern keine notierten Preise auf einem aktiven Markt existieren, verwendet der Konzern Bewertungstechniken, die die Verwendung relevanter, beobachtbarer Inputfaktoren maximieren und die Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren minimieren. In die verwendete Bewertungstechnik fließen alle Faktoren ein, die die Marktteilnehmer bei der Preisfindung einer solchen Transaktion berücksichtigen würden. Die beizulegenden Zeitwerte auf Basis der am Bilanzstichtag bestehenden Marktkonditionen (z.B. Zinssätze, Devisenkurse, Warenpreise) werden unter Verwendung der Mittelkurse berechnet. Dabei werden die Zeitwerte mittels anerkannter finanzmathematischer Modelle (z.B. Optionspreismodell, DCF-Verfahren) berechnet.

Der Konzern hat ein Kontrollrahmenkonzept hinsichtlich der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte festgelegt. Das Konzernrechnungswesen hat die allgemeine Verantwortung für die Überwachung aller wesentlichen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert, einschließlich der beizulegenden Zeitwerte der Stufe 3, und berichtet direkt an den Vorstand.

Das Konzernrechnungswesen führt eine regelmäßige Überprüfung der wesentlichen, nicht beobachtbaren Inputfaktoren sowie der Bewertungsanpassungen durch. Wenn Informationen von Dritten, beispielsweise Preisnotierungen von Brokern oder Kursinformationsdiensten, zur Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte verwendet werden, prüft das Konzernrechnungswesen die von den Dritten erlangten Nachweise für die Schlussfolgerung, dass derartige Bewertungen die Anforderungen der IFRS erfüllen, einschließlich der Stufe in der Fair Value-Hierarchie, der diese Bewertungen zuzuordnen sind.

Bestimmung der Laufzeit der Leasingverhältnisse

Bei der Bestimmung der Laufzeit von Leasingverhältnissen berücksichtigt der Vorstand sämtliche Tatsachen und Umstände, die einen wirtschaftlichen Anreiz zur Ausübung von Verlängerungsoptionen oder Nicht-Ausübung von Kündigungsoptionen bieten. Sich aus der Ausübung von Verlängerungs- oder Kündigungsoptionen ergebende Laufzeitänderungen werden nur dann in die Vertragslaufzeit einbezogen, wenn eine Verlängerung oder Nichtausübung einer Kündigungsoption hinreichend sicher ist.

A.5. Änderungen von Rechnungslegungsmethoden und veröffentlichte und noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

Änderungen von Rechnungslegungsmethoden

In der jährlichen Berichtsperiode ab 1. Januar 2023 waren die folgenden Standards und Änderungen erstmalig anzuwenden:

Standard	Änderungen
IFRS 17	Änderungen an IFRS 17 - Versicherungsverträge
IAS 8	Definition rechnungslegungsbezogener Schätzungen
IAS 1 und IFRS Practice Statement 2	Angaben von Rechnungslegungsmethoden
IAS 12	Latente Steuern im Zusammenhang mit Vermögenswerten und Schulden aus einer einzelnen Transaktion
IFRS 17	Erstmalige Anwendung von IFRS 17 und IFRS 9 - Vergleichsinformationen
IAS 12	Internationale Steuerreform - Pillar II Model

Änderungen aus den Standards haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der PEH.

Veröffentlichte und noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

Verschiedene neue Rechnungslegungsstandards und Interpretationen oder Änderungen hieran wurden veröffentlicht, sind jedoch für Berichtsperioden zum 31. Dezember 2023 nicht verpflichtend anzuwenden und wurden vom Konzern nicht vorzeitig angewendet. Der Konzern beabsichtigt auch weiterhin nicht, diese Standards vorzeitig anzuwenden:

Standard	Änderungen	Wirksam ab	EU Endorsement Status
IFRS 16	Leasingverbindlichkeiten in einer Sale-und-Leaseback-Transaktion	1. Januar 2024	Bestätigt
IAS 1	Klassifizierung von Verbindlichkeiten als kurz- oder langfristig Langfristige Verbindlichkeiten mit Covenants	1. Januar 2024	Bestätigt
IAS 7 und IFRS 7	Angaben: Reverse-Factoring-Vereinbarungen	1. Januar 2024	Noch nicht bestätigt
IAS 21	Mangelnde Umtauschbarkeit einer Währung	1. Januar 2025	Noch nicht bestätigt
IFRS 18	Darstellung und Offenlegung in Finanzberichten	1. Januar 2027	Noch nicht bestätigt

Die PEH erwartet von den Änderungen keine wesentlichen Auswirkungen auf ihren Konzernabschluss.

B. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

B.1. Provisionserlöse

Der Konzern erzielt Provisionserträge aus der Erbringung von Finanzdienstleistungen. Diese umfassen zum einen Verwaltungstätigkeiten für Fonds und Verbriefungsgesellschaften. Dabei reichen die Leistungen von der Gründung über die laufende Betreuung bis zur Beendigung dieser Gesellschaften. Daneben erbringt der Konzern Leistungen zum Portfoliomanagement von Fonds bzw. zur Vermögensverwaltung von Privatkunden.

Die Provisionserträge gliedern sich nach Segmenten wie folgt:

2023 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Konso- lidierung	Gesamt
Mit fremden Dritten	5.761	3.303	126.593	-	135.657
Mit anderen Segmenten	823	293	3.203	-4.319	-
Gesamt	6.585	3.595	129.796	-4.319	135.657
Zeitlicher Ablauf der Erlöserfassung					
Zu einem bestimmten Zeitpunkt	-	-	-	-	-
Über einen Zeitraum	6.585	3.595	129.796	-4.319	135.657
Gesamt	6.585	3.595	129.796	-4.319	135.657
Geografische Märkte					
Deutschland	6.585	3.595	4.391	-1.127	13.444
Luxemburg	-	-	125.406	-3.192	122.213
Gesamt	6.585	3.595	129.796	-4.319	135.657

Die Provisionserträge im Vorjahr gliedern sich nach Segmenten wie folgt auf:

2022 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Konso- lidierung	Gesamt
Mit fremden Dritten	3.597	2.869	119.335	-	125.802
Mit anderen Segmenten	893	286	1.665	-2.845	-
Gesamt	4.491	3.156	121.000	-2.845	125.802
Zeitlicher Ablauf der Erlöserfassung					
Zu einem bestimmten Zeitpunkt	-	-	-	-	-
Über einen Zeitraum	4.491	3.156	121.000	-2.845	125.802
Gesamt	4.491	3.156	121.000	-2.845	125.802
Geografische Märkte					
Deutschland	4.491	3.155	4.388	-1.197	10.836
Luxemburg	-	-	116.612	-1.648	114.965
Österreich	-	1	-	-	1
Gesamt	4.491	3.156	121.000	-2.845	125.802

Die Provisionserlöse werden jeweils in dem Land generiert, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat und werden dementsprechend zugeordnet.

B.2. Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen betragen in 2023 T€ 99.467(2022: T€ 91.451) und beinhalten:

<i>in T€</i>	2023	2022
Managementgebühren	81.724	75.830
Bestandsprovisionen	11.661	11.847
Performancegebühren	3.374	1.527
Sonstige	2.708	2.247
Gesamt	99.467	91.451

Die Position „Sonstige“ enthält im Wesentlichen Auslagenverrechnungen und Aufwendungen für Vertriebsunterstützung.

Die Provisionsaufwendungen gliedern sich nach Segmenten wie folgt:

2023 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/Service	Konso- lidierung	Gesamt
Mit fremden Dritten	3.025	2	96.441	-	99.467
mit anderen Segmenten	405	-	1.178	-1.584	-
Gesamt	3.431	2	97.618	-1.584	99.467

2022 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/Service	Konso- lidierung	Gesamt
Mit fremden Dritten	981	-	90.470	-	91.451
mit anderen Segmenten	529	-	1.364	-1.893	-
Gesamt	1.509	-	91.835	-1.893	91.451

B.3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in T€</i>	2023	2022
Auslagererstattungen	880	210
Erträge aus Gebühren	162	449
Erträge aus Sachbezügen	58	61
Sonstige Mieterträge	58	30
Versicherungsentschädigungen	54	6
Sonstige	652	142
Gesamt	1.864	899

B.4. Finanzergebnis

Die Finanzerträge setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in T€</i>	2023	2022
Zinsertrag	782	267
Erträge aus der Veräußerung von Wertpapieren	31	17
Erträge aus der Bewertung von Wertpapieren	729	26
Erträge aus Optionen und Termingeschäften	273	199
Sonstiges	136	65
Finanzerträge	1.951	575
Zinsaufwand	-16	-63
Zinsaufwand Leasing	-79	-82
Aufwendungen aus der Veräußerung von Wertpapieren	-	-4
Aufwendungen aus der Bewertung von Wertpapieren	-258	-1.067
Aufwendungen aus Optionen und Termingeschäften	-375	-318
Sonstiges	-29	-28
Finanzaufwendungen	-757	-1.562
Finanzergebnis	1.194	-987

Weitere Informationen zu den Finanzinstrumenten finden sich in Anhangangabe D.3.

B.5. Personalaufwand

Der Personalaufwand betrug in 2023 T€ 17.308 (2022: T€ 15.261). Der Konzern hat im Geschäftsjahr Aufwand aus Beiträgen aus beitragsorientierten Plänen in Form von Zahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von T€ 1.271 (Vorjahr: T€ 1.206) erfasst. Außerdem hat der Konzern Aufwand aus Beiträgen aus einem leistungsorientierten Plan in Höhe von 13T€ erfasst.

<i>in T€</i>	2023	2022
Löhne und Gehälter	15.247	13.546
Soziale Abgaben	2.061	1.715
Gesamt	17.308	15.261

B.6. Andere Verwaltungsaufwendungen

Die anderen Verwaltungsaufwendungen setzen sich aus den folgenden Beträgen zusammen.

<i>in T€</i>	2023	2022
Verwaltungskosten Fonds	2.157	1.843
Betriebsbedarf	1.372	1.569
Raumkosten und Instandhaltung	1.139	1.025
Rechts-, Beratungs-, Abschluss- und Prüfungskosten	2.491	2.141
Werbekosten, Public Relations	603	533
Zahlungen an Bloomberg	457	321
Reisekosten und Auslagen	139	134
Versicherungen, Beiträge	541	430
Sonstige personalbezogene Kosten	229	394
Nicht abziehbare Vorsteuer	1.171	-28
Wertberichtigungen sonstige Forderungen	112	68
Sonstige	411	199
Gesamt	10.822	8.627

B.7. Abschreibungen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in T€</i>	2023	2022
Planmäßige Abschreibungen auf entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte	431	317
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	279	327
Planmäßige Abschreibung auf Nutzungsrechte	1.293	1.188
Gesamt	2.002	1.833

B.8. Ergebnis aus At-Equity bewerteten Beteiligungen

Das Ergebnis aus at-equity bewerteten Beteiligungen setzt sich wie folgt zusammen:

<i>in T€</i>	2023	2022
Jahresüberschuss der UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt)	391	-5
Beteiligungsquote (in %)	50,00%	0,00%
Ergebnis aus at-equity bewerteten Beteiligungen	195	-

B.9. Ertragsteueraufwendungen

In dieser Anhangangabe wird der Ertragsteueraufwand des Konzerns dargestellt und wie sich nicht bewertbare und nicht abzugsfähige Posten auf den Steueraufwand auswirken.

Ertragsteueraufwand

Die Ertragsteuern des Berichtsjahres und des Vorjahres setzen sich folgendermaßen zusammen:

<i>in T€</i>	2023	2022
Tatsächliche Steuern	2.751	2.817
Steuern für das laufende Jahr	2.676	2.712
Steuern für Vorjahre	74	105
Latente Steuern	35	-91
Ertragsteueraufwendungen	2.786	2.725

Für weitere Angaben zu den latenten Steuern siehe die Anhangangabe C.16.

Für die Ermittlung der laufenden Steuern in Deutschland wird auf ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne ein einheitlicher Körperschaftsteuersatz von 15,00% (2022: 15,00%) und darauf ein Solidaritätssatz von 5,50% (2022: 5,50%) zugrunde gelegt. Neben der Körperschaftsteuer wird für in Deutschland erzielte Gewinne Gewerbesteuer erhoben. Die Gewerbesteuer wird aufgrund des Steuermessbetrags mit einem Hundertsatz (Hebesatz) festgesetzt und erhoben, der von der Gemeinde zu bestimmen ist.

Für das Geschäftsjahr 2023 beträgt der Gewerbesteuerhebesatz für die Stadt Frankfurt am Main 460,00%. Unter Berücksichtigung der Nichtabzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe ergibt sich für die Gewerbesteuer ein Steuersatz von 16,10% (2022: 16,10%), sodass hieraus ein inländischer Gesamtsteuersatz von rd. 32% (2022: 32%) resultiert.

Überleitungsrechnung zwischen dem Steueraufwand und dem Produkt aus dem bilanziellen Ergebnis vor Steuern und dem anzuwendenden Steuersatz

Die nachfolgende Tabelle zeigt die steuerliche Überleitungsrechnung für das Berichtsjahr und die Vorperiode:

<i>in T€</i>	2023	2022
Ergebnis vor Ertragsteuern	9.312	8.543
Zu erwartender Steueraufwand/(-ertrag)	2.973	2.728
Steuereffekt aus nichtabzugsfähigen Aufwendungen	275	306
Nichtansatz von steuerlichen Verlustvorträgen	36	157
Nachträglicher Ansatz latenter Steuern	-	-
Abweichende Steuersätze von ausländischen Tochtergesellschaften	-451	-414
Sonstiges	-121	-157
Steuern vom Einkommen und Ertrag laufendes Jahr	2.712	2.620
Steuererstattung Vorjahre	74	105
Ertragsteuern	2.786	2.725

Steuerliche Verluste

Zum Bilanzstichtag wurden keine aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge gebildet. Es haben zum Bilanzstichtag körperschaft- und gewerbsteuerliche Verluste, für welche kein latenter Steueranspruch aktiviert worden ist, in Höhe von insgesamt T€ 7.807 (2022: T€ 7.655) bestanden. Davon entfielen auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge T€ 4.013 (2022: T€ 3.931) und auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge T€ 3.793 (Vorjahr: T€ 3.724). Die steuerlichen Verluste können unbegrenzt vorgetragen werden.

B.10. Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird nach IAS 33 mittels Division des auf die Gesellschafter der PEH entfallenden Anteils am Periodengewinn/-verlust durch die gewichtete durchschnittliche Zahl der ausstehenden Aktien errechnet. Neu ausgegebene oder zurückgekauft Aktien während einer Periode werden zeitanteilig für den Zeitraum, in dem sie sich im Umlauf befinden, berücksichtigt. In 2023 hat sich der gewichtete Aktiendurchschnitt nicht verändert.

Für das Geschäftsjahr 2023 berechnet sich das unverwässerte Ergebnis je Aktie aus dem Konzernjahresüberschuss dividiert durch die im Jahresdurchschnitt ausstehende Zahl der Aktien (Gesamtzahl der Aktien abzüglich der eigenen Aktien; taggenaue Berechnung) von 1.633.657 (2022: 1.633.657) Stück. Das Ergebnis je Aktie (verwässert / unverwässert) beträgt 2,16 € je Aktie (2022: 1,38 € je Aktie).

<i>in €/Aktien in Stück</i>	2023	2022
Periodengewinn/-verlust (Anteil auf Gesellschafter entfallend)	3.533	2.260
Gewichtete durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien (Stück)	1.634	1.634
Angepasste gewichtete durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien (Stück)	1.634	1.634
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	2,16	1,38
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	2,16	1,38

Für das Geschäftsjahr 2023 wird vorgeschlagen, vom Bilanzgewinn in Höhe von T€ 5.034 eine Dividende in Höhe von € 1,90 (VJ: € 1,80) je dividendenberechtigter Stückaktie auszuzahlen und T€ 1.930 auf neue Rechnung vorzutragen.

C. Erläuterungen zur Konzernbilanz

C.1. Immaterielle Vermögenswerte

Der Anlagespiegel für immaterielle Vermögensgegenstände ergibt sich auf nachfolgender Tabelle für das Geschäftsjahr 2023:

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Bruttowert 31.12.2023
	Bruttowert 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	
Geschäfts- oder Firmenwerte	6.859	-	-	6.859
EDV-Software	4.959	193	-	5.152
Kundenstamm	875	-	-	875
Schutzrechte	1	90	-	91
Anzahlungen	1	-	-1	-
Summe	12.695	283	-1	12.977

in T€	Abschreibungen			Buchwert 31.12.2023
	Bruttowert 01.01.2023	Zugänge	Bruttowert 31.12.2023	
Geschäfts- oder Firmenwerte	5.067	-	5.067	1.792
EDV-Software	3.898	419	4.316	836
Kundenstamm	808	6	814	61
Schutzrechte	-	3	3	87
Anzahlungen	-	-	-	-
Summe	9.773	428	10.201	2.776

Der Anlagespiegel für das Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Bruttowert 31.12.2022
	Bruttowert 01.01.2022	Umglie- derungen	Zugänge	Abgänge	
Geschäfts- oder Firmenwerte	6.859	-	-	-	6.859
EDV-Software	4.262	-	697	-	4.959
Kundenstamm	875	-	-	-	875
Anzahlungen	-	-7	8	-	1
Summe	11.995	-7	705	-	12.694

<i>in T€</i>	Abschreibungen			Buchwert 31.12.2022
	Bruttowert 01.01.2022	Zugänge	Bruttowert 31.12.2022	
Geschäfts- oder Firmenwerte	5.067	-	5.067	1.792
EDV-Software	3.586	311	3.898	1.061
Kundenstamm	803	6	808	67
Anzahlungen	-	-	-	1
Summe	9.456	317	9.773	2.921

Geschäfts- oder Firmenwerte

Die Geschäfts- oder Firmenwerte sind drei Cash Generating Units (CGU) zugeordnet, wobei die CGU auf Basis der jeweiligen Tochterunternehmen der PEH Gruppe gebildet werden:

<i>Cash Generating Unit in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH, München	1.161	1.161
Oaklet GmbH, Frankfurt	587	587
capsensixx AG	44	44
Summe	1.792	1.792

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags dieser CGU erfolgt grundsätzlich durch Ermittlung der Nutzungswerte mit Hilfe der Discounted-Cashflow-Methode. Dabei werden die geplanten Cashflows aus der bottom-up erstellten und vom Management der PEH Wertpapier AG genehmigten Dreijahresplanung der CGU verwendet. Die Cashflows jenseits der Dreijahresjahresperiode werden grundsätzlich auf Grundlage des letzten Planjahres ermittelt. Für die ewige Rente erfolgt die Abzinsung der erzielten Cashflows unter Berücksichtigung eines Wachstumsabschlags von 1,0%. Der zur Diskontierung verwendete Gesamtkapitalkostensatz basiert auf dem risikofreien Zinssatz in Höhe von 2,75% (2022: 2,00%) sowie auf Risikozuschlägen für Eigenkapital von 10,53%-Punkten (Vorjahr: 9,40%) und für Fremdkapital von 2,75% (Vorjahr: 1,34%). Darüber hinaus wird individuell für die CGU ein aus der jeweiligen Peer-Group abgeleiteter Beta-Faktor in Höhe von 0,98 (Vorjahr: 0,94) sowie die Kapitalstruktur der Peer-Group berücksichtigt.

Zur Diskontierung der Cashflows wurde für die CGU ein gewichteter Kapitalkostensatz (WACC) i.H.v. 10,09% (im Vorjahr: 9,02%) zu Grunde gelegt.

Bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der jeweiligen CGU wurde auf den Nutzungswert abgestellt. Zu ihrer Ermittlung wurden sowohl Vergangenheitsdaten als auch die erwartete Marktperformance herangezogen.

Die den wesentlichen Annahmen zugewiesenen Werte sind abgestimmt mit externen Informationsquellen (insb. externe Marktstudien). Die wesentlichen Annahmen beruhen auf Einschätzungen der Geschäftsleitung. Unsicherheiten bestehen insbesondere in Bezug auf das aufsichtsrechtliche Umfeld sowie in Bezug auf Fluktuation und Verlust von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen in bestimmten Sektoren. Im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den daraus resultierenden Unsicherheiten wurden produktbezogene Analysen durchgeführt und potentielle Ausfallrisiken sowie marktbedingte Wertschwankungen, die einen negativen Einfluss auf die Ertragslage der CGUs bedingen könnten, analysiert. Infolgedessen wurden die potentiellen Wachstumsraten des Neukunden- und Bestandsgeschäfts sowie die Entwicklungen performanceabhängiger Einnahmen konservativer geplant. Auch die Prognose der Ausleihungen, des Anlagevermögens und der Einmaleffekte aus Einzelberatungsmandaten unterliegt aufgrund der mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einhergehenden Unsicherheiten einer konservativeren Planung.

Auf Basis der durchgeführten Wertminderungstests, dem die vom Management der Gesellschaft vorgelegten Planungsrechnungen zugrunde liegen, ergaben sich keine Wertminderungen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte der CGUs. Auch eine mögliche Änderung einer wesentlichen Annahme würde keine Wertminderung verursachen, was aus Sensitivitätsanalysen hervorgeht.

Anzahlungen

Anzahlungen wurden im Vorjahr für den Erwerb und die externe Entwicklung von Softwarelizenzen für ein Reporting Tool sowie für eine Archivierungssoftware und die Implementierung dieser Software in die vorhandene Softwareumgebung getätigt. Siehe zur Entwicklung der Buchwerte der sonstigen immateriellen Vermögenswerte den Anlagespiegel.

C.2. Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen beinhaltet zum 31.12.2023 im Wesentlichen die Nutzungsrechte für Leasingverträge in Höhe von T€ 6.486 (2022: T€ 5.789) sowie aus Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€ 788 (2022: T€ 487).

<i>in T€</i>	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Bruttowert 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Bruttowert 31.12.2023
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.845	560	-1	3.404
Einbauten in fremde Grundstücke	1.291	22	-	1.313
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	55	-	55
Nutzungswerte aus Leasing	10.042	1.995	-3	12.033
Summe	14.178	2.633	-4	16.807

<i>in T€</i>	Abschreibungen				Buchwert 31.12.2023
	Bruttowert 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Bruttowert 31.12.2023	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.359	259	-1	2.617	788
Einbauten in fremde Grundstücke	1.253	23	-	1.276	37
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	-	-	-	55
Nutzungswerte aus Leasing	4.253	1.295	-	5.548	6.486
Summe	7.865	1.576	-1	9.441	7.366

Für das Vorjahr ergibt sich folgender Anlagespiegel:

<i>in T€</i>	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Bruttowert 01.01.2022	Umglie- derungen	Zugänge	Abgänge	Bruttowert 31.12.2022
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.592	-4	333	-76	2.845
Einbauten in fremde Grundstücke	1.282	-	9	-	1.291
Nutzungswerte aus Leasing	9.343	-	699	-	10.042
Summe	13.217	-4	1.041	-76	14.178

<i>in T€</i>	Abschreibungen				Buchwert 31.12.2022
	Bruttowert 01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Bruttowert 31.12.2022	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.174	235	-51	2.359	487
Einbauten in fremde Grundstücke	1.163	90	-	1.253	38
Nutzungswerte aus Leasing	3.057	1.196	-	4.253	5.789
Summe	6.394	1.522	-51	7.865	6.313

C.3. At-Equity bewertete Beteiligung

Der Buchwert an der at-equity bewerteten Beteiligung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Anschaffungskosten	735	-
- Ausschüttungen	-85	-
+ Anteil am Gewinn und Verlust	195	-
At-Equity bewertete Beteiligung	846	-

C.4 Langfristige finanzielle Vermögenswerte

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Mietkautionen	224	221
Sonstige	41	41
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	266	262

C.5. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Am 31. Dezember 2023 beträgt der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen T€ 19.910 (2022: T€ 12.998). Sämtliche Forderungen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr (wie im Vorjahr). Es bestehen keine wesentlichen, überfälligen Forderungen. Im Berichtsjahr haben sich bei der Gesellschaft Forderungsausfälle in Höhe von T€ 112 (2022: T€ 68) ergeben. Auf Basis der Altersstruktur der Forderungen und der Erfahrungen der Vergangenheit rechnet die Gesellschaft am Bilanzstichtag nicht mit weiteren Forderungsausfällen. Details zum Kreditrisiko können der Anhangangabe D.3. entnommen werden.

C.6. Steuerforderungen

Der Bilanzposten Steuererstattungsansprüche enthält laufende Ertragsteuerforderungen.

C.7. Finanzinstrumente und sonstige finanzielle Vermögenswerte

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Investmentfondsanteile	5.580	3.838
Genussrecht	2.508	2.089
Zertifikate	369	306
Kaufpreisforderung coraixx	-	1.730
Darlehen UF Beteiligungs UG	-	148
Sonstiges	1	1
Gesamt	8.458	8.112

Unter dem Posten werden 2023 in Höhe von T€ 5.678 (2022: T€ 3.824) Wertpapiere, vorwiegend Fondsanteile, ausgewiesen. Die Bewertung der Investmentvermögen erfolgt auf Basis der von der Kapitalverwaltungsgesellschaft ermittelten Net Asset Value (NAV). Bei T€ 272 (Vorjahr: T€ 321) handelt es sich um einen Spezialfonds, dessen Fondanteile bei der Register- und Transferstelle verwahrt werden.

Die Bewertung erfolgt zu den am Stichtag geltenden Börsenkursen. Bei Wertpapieren von T€ 2.508 (2022: T€ 2.089) handelt es sich um ein Genussrecht, das nicht an einer Börse gehandelt wird. Bei Wertpapieren von T€ 369 (2022: T€ 306) handelt es sich um Zertifikate, die an der Börse gehandelt werden.

Die Kaufpreisforderung ist im Rahmen der Veräußerung der coraixx im Dezember 2019 entstanden und wurde zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Forderung wurde in Form eines langfristigen Darlehens an den Erwerber ausgegeben. Das Darlehen mit einem Nominalvolumen von T€ 1.750 ist durch erstrangige Verpfändung von Unternehmensanteilen besichert. Das Darlehen war am 1. Januar 2023 fällig.

Das Darlehen an die UF Beteiligungs UG, Frankfurt am Main war am 31. Januar 2023 fällig und wurde für den Erwerb von Oaklet-Anteilen an nicht beherrschende Anteilseigner in den Jahren 2014 und 2016 gewährt. Details zu den Finanzinstrumenten können dem Abschnitt D.3. entnommen werden.

Mit vertraglicher Vereinbarung vom 29. Dezember 2022 erfolgte durch die capsensixx AG der

Erwerb der bislang als Sicherheit gewährten Unternehmensanteile der Oaklet GmbH vom Darlehensnehmer unter Anrechnung auf die Rückzahlung der Darlehensverbindlichkeit mit Wirkung zum 2. Januar 2023.

Der Kaufpreis für die Anteile an der Oaklet GmbH sowie der UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt) wurden somit gemäß dem Anteils- und Übertragungsvertrag nicht durch unmittelbare Zahlung, sondern durch die beschriebene Anrechnung beglichen.

C.8. Sonstige nichtfinanzielle Vermögenswerte

In den sonstigen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Forderungen aus verauslagten Kosten, Steuerforderungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

C.9. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Der Posten beinhaltet Einlagen bei Kreditinstituten mit einer Höhe von T€ 15.091 (2022: T€ 20.822), die täglich fällig sind. Beträge in Höhe von T€ 118 (2022: T€ 187) sind auf ein USD-Bankkonto zurückzuführen.

C.10. Eigenkapital

Die PEH verfolgt mit ihrem Kapitalmanagement das Ziel, die Eigenkapitalbasis nachhaltig zu stärken und eine angemessene Rendite auf das eingesetzte Kapital zu erwirtschaften. Das buchhalterische Eigenkapital des Konzerns fungiert hierbei jedoch lediglich als passives Steuerungskriterium, während das EBITDA als aktive Steuerungsgröße herangezogen wird.

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals und die Entwicklung der Eigenkapitalbestandteile sowie der im Umlauf befindlichen Aktienanzahl der PEH Gruppe sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Die Zahl der von der PEH ausgegebenen auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von je 1,00 € (2022: 1,00 €) beträgt

zum 31.12.2023 € 1.813.800 (2022: € 1.813.800). Sämtliche Anteile sind voll eingezahlt. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Die Aktionäre sind zum Bezug der Dividende berechtigt und verfügen auf der Hauptversammlung über ein Stimmrecht je Aktie. Von den 1.813.800 ausgegebenen Aktien befinden sich wie im Vorjahr 1.633.657 Aktien im Umlauf.

Der PEH muss als mittleres Wertpapierinstitut jederzeit die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Mittel, mindestens aber ein Anfangskapital von T€ 75 zuzüglich einem Viertel der fixen Gemeinkosten aus dem Vorjahr zur Verfügung stellen. Die Einhaltung der Anforderungen wird vom Vorstand der PEH laufend überwacht; die maßgeblichen Grenzen wurden während des ganzen Geschäftsjahres eingehalten. Die Mindestkapitalanforderungen des Mutterunternehmens sind erfüllt. Durch die laufende Planung und Kontrolle der Cashflows stellt die PEH die jederzeitige Verfügbarkeit ausreichender finanzieller Mittel sicher.

Die Gesellschaft hat in Vorjahren eigene Aktien erworben. Zum 31.12.2023 hält sie unverändert insgesamt 180.143 Stück eigene Aktien (zu Anschaffungskosten von T€ 3.465). Die eigenen Aktien betragen insgesamt 9,93 Prozent des Grundkapitals. Der Marktwert der eigenen Aktien beträgt zum 31.12.2023 T€ 3.783 (2022: T€ 3.261).

Genehmigtes Kapital

Nach Ablauf des Beschlusses zur Erhöhung des Grundkapitals am 27. Juni 2018 wurde gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 28. Juni 2018 der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 27. Juni 2023 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu insgesamt € 906.900 (Genehmigtes Kapital I: € 544.140, Genehmigtes Kapital II: € 362.760) zu erhöhen. In 2023 hat der Vorstand von der ihm erteilten Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals keinen Gebrauch gemacht. Somit beträgt das genehmigte Kapital zum Bilanzstichtag T€ 0.

Veränderungen des Eigentumsanteils von Tochterunternehmen

Die PEH hat im Jahr 2023 insgesamt 0,37 % der Anteile an der capsensixx AG für T€ 186 erworben und 3,19% der Anteile an der capsensixx AG für T€ 1.519 verkauft. Der Erwerb hat nicht zu einer Veränderung der Beherrschung geführt. Die PEH hat entsprechend die Buchwerte der beherrschenden und nicht beherrschenden Anteile angepasst und Veränderungen an den jeweiligen Anteilen an der capsensixx AG in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

dargestellt. Jede Differenz zwischen dem Betrag, um den die nicht beherrschenden Anteile angepasst wurden und dem beizulegenden Zeitwert der gezahlten bzw. erhaltenen Gegenleistung wurde unmittelbar im Eigenkapital erfasst und den Eigentümern der PEH Wertpapier AG zugeordnet.

Gesetzliche Rücklage

Die gesetzlichen Rücklagen betragen zum 31.12.2023 wie im Vorjahr T€ 152.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage bezieht sich auf die Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionen sowie den daraus resultierenden latenten Steueraufwand.

Rücklage für eigene Anteile

Die Rücklage für die eigenen Anteile des Unternehmens umfasst die Anschaffungskosten der vom Konzern gehaltenen Anteile des Unternehmens. Am 31.12.2023 hielt der Konzern unverändert insgesamt 180.143 Stück eigene Aktien (zu Anschaffungskosten von T€ 3.465).

Dividenden

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 26. Juni 2023 wurde eine Dividende in Höhe von 1,80 je dividendenberechtigter Stückaktie (EUR 2.940.582,60) beschlossen und ausgezahlt.

C.11. Pensionsrückstellungen

Unter dem Posten Pensionsrückstellungen ist eine Pensionsrückstellung sowie eine Rückstellung für Abfindungen für Arbeitnehmer der PEH AG Österreich, Wien, ausgewiesen. Die Pensionsrückstellung wurde für den ehemaligen Geschäftsführer der PH Capital Management GmbH, Oberursel, Peter E. Huber gebildet.

Die PH Capital Management GmbH wurde seiner Zeit von der PEH gekauft, sodass die Pensionsverpflichtung auf die PEH übergang. Herr Huber war Geschäftsführer der PH Capital Management GmbH, sowie seit der Gründung im Jahr 1989 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2000 Vorstand der PEH.

Bei Herrn Huber handelt es sich um einen Festgehaltsplan. Die monatliche Rente von Herrn Huber beträgt aufgrund der Alters- und Invalidenrente T€ 1. Die Witwenrente beträgt monatlich 60% der Rente, auf die Frau Huber bei Ableben Anspruch hat. Sonstige Leistungen an Herrn Huber bestehen nicht.

Der Wertansatz der Pensionsrückstellungen aus leistungsorientierten Versorgungssystemen wird nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelt. Dabei wurden für die PEH Wertpapier AG neben den Annahmen zur Lebenserwartung (verwendet wurden hierfür die Richttafeln 2018 G) die folgenden versicherungsmathematischen Annahmen zugrunde gelegt:

<i>In %</i>	2023	2022
Abzinsungsfaktor	3,40	3,90
Gehaltstrend	-	-
Rententrend	2,40	2,40

Die Nettopensionsverpflichtungen leiten sich wie folgt ab:

<i>in T€</i>	2023	2022
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung (DBO) zum 01.01.	207	267
Zuführungsbetrag (+) / Auflösungsbetrag (-) per Bilanzstichtag	15	-47
Verbrauch	-13	-13
Nettopensionsverpflichtung zum 31.12.	209	207

Der Zuführungsbetrag zur Pensionszusage wurde in Höhe von T€ 8 (2022: T€ 3) im Zinsaufwand und in Höhe der versicherungsmathematischen Gewinne (-Verluste) von T€ 7 (2022: T€ 50) erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage für Pensionsrückstellungen erfasst. Es besteht kein laufender Dienstzeitaufwand mehr. Für die gegebenen Pensionszusagen besteht kein Planvermögen.

Sensitivitätsanalyse zum 31.12.2023

Eine Erhöhung/Minderung der oben genannten, für die Ermittlung der DBO zum 31.12.2023 verwendeten Annahmen würde zu folgenden Änderungen führen:

31.12.2023

Parameter		Einfluss auf:			
		DBO		Service-	Zinskosten
			T€	kosten	T€
Erhöhung Zinssatz	0,25%	-2,44%	204	-	7
Minderung Zinssatz	-0,25%	2,54%	215	-	7
Rentensteigerungsrate	0,25%	2,70%	215	-	7
Rentensteigerungsrate	-0,25%	-2,60%	204	-	7
Längere Lebenserwartung	(+1 Jahr)	4,30%	218	-	7
Kürzere Lebenserwartung	(-1 Jahr)	-3,91%	201	-	7

Sensitivitätsanalyse zum 31.12.2022

31.12.2022

Parameter		Einfluss auf:			
		DBO		Service-	Zinskosten
		in %	T€	kosten	T€
Erhöhung Zinssatz	0,25%	-2,45%	202	-	8
Minderung Zinssatz	-0,25%	2,55%	212	-	7
Rentensteigerungsrate	0,25%	2,72%	213	-	8
Rentensteigerungsrate	-0,25%	-2,62%	202	-	8
Längere Lebenserwartung	(+1 Jahr)	4,07%	216	-	8
Kürzere Lebenserwartung	(-1 Jahr)	-3,73%	199	-	8

Bei der Berechnung der Sensitivität der DBO für die maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen wurde die gleiche Methode angewandt wie für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen (Ermittlung des Barwertes nach der Methode der laufenden Einmalprämien). Erhöhungen und Senkungen des Abzinsungssatzes, des Gehalts- und Rententrends sowie der Sterblichkeitsraten wirken bei der Ermittlung der DBO – vor allem aufgrund des Zinseszinseseffektes bei der Berechnung des Barwertes der künftigen Verpflichtung – nicht mit dem gleichen Absolutbetrag. Wenn mehrere Annahmen gleichzeitig geändert werden, muss die Gesamtwirkung nicht notwendigerweise der Summe der Einzeleffekte entsprechen. Daneben gilt, dass die Sensitivitäten eine Veränderung der DBO nur für die jeweilige konkrete Größenordnung der Änderung der Annahme (z.B. 0,25%-Punkte) widerspiegeln, Änderungen in anderen Größenordnungen haben keine lineare Auswirkung.

Die Risiken aus den erteilten Zusagen sind überschaubar. Es erfolgen keine laufenden

Zuführungen mehr, da nur eine Zusage erteilt wurde und sich diese Zusage in der Auszahlungsphase befindet.

Die Verpflichtung wird sich bis zum Ende 2024 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

in T€

Nettopensionsverpflichtung zum 31.12.2023	209
Zinskosten	7
Auszahlungen	-13
Nettopensionsverpflichtung zum 31.12.2024	203

Die durchschnittliche Laufzeit der Leistungsverpflichtung beträgt 10,29 Jahre (2022: 10,38 Jahre).

Die PEH AG Österreich ist gegenüber einer Mitarbeiterin gesetzlich verpflichtet, bei Kündigung des Dienstverhältnisses durch den Arbeitgeber oder Pensionierung eine Abfindung zu zahlen. Die sog. Abfertigungsverpflichtung gilt nur gegenüber den Mitarbeitern, deren Dienstverhältnis vor dem 1. Januar 2003 begonnen hat.

Die Verpflichtung steht in Abhängigkeit von der bisher geleisteten Dienstzeit und dem letzten Monatsgehalt. Die beträgt bei einer ununterbrochenen Dauer des Dienstverhältnisses:

Dauer des Dienstverhältnisses	Abfindung an Mitarbeiter
3 Jahren	2 Monatsentgelte
5 Jahren	3 Monatsentgelte
10 Jahren	4 Monatsentgelte
15 Jahren	6 Monatsentgelte
20 Jahren	9 Monatsentgelte
25 Jahren	12 Monatsentgelte

Die (Netto-)Abfertigungsrückstellung ergibt sich wie folgt:

<i>in T€</i>	2023	2022
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag (DBO) per 1.1.	-	154
Zuführungsbetrag (+) /Auflösungsbetrag (-) per Bilanzstichtag	-	-154
Rückstellungsbetrag per 31.12.	-	-

Die Rückstellung entspricht dem Auszahlungsbetrag, der beim Ausscheiden der Mitarbeiterin zum 31. Dezember 2022 fällig wurde.

Insgesamt haben sich die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wie folgt entwickelt:

<i>in T€</i>	Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen
01.01.2022	421
Zuführung	3
Verbrauch	-13
Auflösung	-203
31.12.2022	207
01.01.2023	207
Zuführung	18
Verbrauch	-13
Auflösung	-3
31.12.2023	209

C.12. Leasingverbindlichkeiten

Aus den abgeschlossenen Leasingverhältnissen resultieren kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 1.397 (2022: T€ 1.129) sowie langfristige Verbindlichkeiten, die am Stichtag mit T€ 5.174 (2022: T€ 4.727) in der Bilanz erfasst sind. Die langfristigen Leasingverbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit zwischen einem und 6 Jahren und resultieren im Wesentlichen aus langfristig abgeschlossen Büromietverträgen.

C.13. Steuerverbindlichkeiten

Der Bilanzposten enthält laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten in Höhe von T€ 907 (2022: T€ 2.539).

C.14. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen am 31. Dezember 2023 T€ 15.369 (2022: T€ 10.132) und sind innerhalb von 3 Monaten fällig.

C.15. Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Verbindlichkeiten aus Löhnen und Gehältern, Lohn- und Kirchensteuer sowie Sozialversicherung	714	584
Umsatzsteuerverbindlichkeiten	673	527
Verbindlichkeiten für:		
Tantiemen	1.877	1.544
Ausstehende Rechnungen	299	255
Jahresabschluss-/ Prüfungs-/ Beratungskosten	707	597
ausstehender Urlaub und sonstige Personalkosten	780	679
Aufsichtsratsvergütung	40	64
Übrige	181	36
Gesamt	5.271	4.286

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
kurzfristig	5.269	4.284
langfristig	2	2
Gesamt	5.271	4.286

C.16. Latente Steuern

Für die Berechnung der latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden die Steuersätze zugrunde gelegt, die im Zeitpunkt der Realisierung der Ansprüche bzw. Erfüllung der Verbindlichkeiten gültig sind. Die für ausländische Gesellschaften zu Grunde gelegten jeweiligen landesspezifischen Ertragssteuersätze liegen unverändert zum Vorjahr zwischen 23,95% und 27,19%.

Aktive latente Steuern werden nur dann angesetzt, wenn die Realisierbarkeit dieser Steuervorteile wahrscheinlich ist. Zur Bestimmung entsprechender Wertberichtigungen werden alle positiven und negativen Einflussfaktoren auf die zukünftigen steuerlichen Ergebnisse berücksichtigt. Die dabei vorzunehmende Einschätzung kann sich durch zukünftige Entwicklungen verändern.

Latente Steueransprüche

Zusammensetzung der latenten Steueransprüche in der Bilanz für jede Art von temporären Unterschieden:

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Leasingverbindlichkeiten	1.810	1.618
Pensionsrückstellungen	20	30
Sonstige	7	15
Aktive latente Steuern vor Saldierung	1.837	1.663
Saldierung	-1.835	-1.628
Aktive latente Steuern nach Saldierung	2	35

Die Änderungen der latenten Steuern sind im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils erfolgswirksam erfasst worden.

Latente Steuerverbindlichkeiten

Zusammensetzung der latenten Steuerschulden in der Bilanz für jede Art von temporären Unterschieden:

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Kundenbeziehungen	20	22
Nutzungsrechte	1.793	1.606
Finanzinstrumente	22	-
Passive latente Steuern vor Saldierung	1.835	1.628
Saldierung	-1.835	-1.628
Passive latente Steuern nach Saldierung	-	-

C.17. Rückstellungen

Für die PEH Gruppe ergeben sich Risiken für potentielle Haftungsansprüche gegenüber Kunden. Für die zum Bilanzstichtag bestehenden Risiken aus belastenden Verträgen wurden Rückstellungen i.H.v. T€ 37 aufgelöst.

Die lang- und kurzfristigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

<i>in T€</i>	Rechts- streitigkeiten	Risiken aus Fonds- verwaltung	Belastende Verträge	Aufbewah- rungspflicht	Gesamt
01.01.2023	25	541	34	18	618
Zuführung	-	247	3	-	250
Verbrauch	-16	-	-	-	-16
Auflösung	-9	-22	-37	-	-68
31.12.2023	-	766	-	18	784
kurzfristig	-	-	-	-	-
langfristig	-	766	-	18	784
Gesamt	-	766	-	18	784

Für das Vorjahr ergibt sich die folgende Entwicklung:

<i>in T€</i>	Rechts- streitigkeiten	Risiken aus Fonds- verwaltung	Belastende Verträge	Aufbewah- rungspflicht	Gesamt
01.01.2022	65	424	-	18	506
Zuführung	-	189	34	-	223
Verbrauch	-	-	-	-	-
Auflösung	-40	-72	-	-	-112
31.12.2022	25	541	34	18	618
kurzfristig	25	-	34	-	59
langfristig	-	541	-	18	559
Gesamt	25	541	34	18	618

Rechtsstreitigkeiten

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten wurden i.W. für Gerichtskosten und außergerichtliche Kosten gebildet, die für etwaige Rechtsverfolgungskosten in Anspruch genommen werden.

Risiken aus Fondsverwaltung

Bei einer Vielzahl von verwalteten Fonds übt Axxion die Funktion des Asset-Managers aus. Das hauptsächliche und unmittelbar eintretende Risiko aus dieser Tätigkeit resultiert aus der Nichtbeachtung von gesetzlichen oder prospektualen Anlagegrenzen und aus Fehlern bei der

Ordererteilung. Diese können durch menschliche Fehler, falsche Stammdaten im Datenhaushalt, der Zulieferung von fehlerhaften Daten, die zu Prüfungszwecken verwendet werden oder dem Versagen von Prüfungssystemen oder einer Kombination dieser Faktoren ausgelöst werden. Aufgrund der häufig großen Ordervolumen können hier je nach Kursveränderung der zugrundeliegenden Investitionsziele in kurzer Zeit hohe Verluste entstehen.

Belastende Verträge

Die Rückstellung wurde bedingt durch drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Aufbewahrungspflicht

Die Rückstellung enthält Verpflichtungen für die Aufbewahrung von Belegen, Handelsbriefen und -büchern sowie Jahresabschlüssen bzw. die Dokumentation bestimmter Geschäftsvorfälle.

Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen und künftigen Verfahren können nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, so dass aufgrund von Entscheidungen Aufwendungen entstehen können, die nicht im vollen Umfang durch Versicherungen abgedeckt sind und wesentliche Auswirkungen auf das Geschäft und seine Ergebnisse haben können. Nach Einschätzung des Vorstandes sind in den gegenwärtig anhängigen Rechtsverfahren Entscheidungen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu Lasten der PEH Gruppe nicht zu erwarten.

D. Sonstige Angaben

D.1. Mitarbeiter

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 2023 132 Mitarbeiter beschäftigt, im Vorjahr waren es 138. Die Mitarbeiter unterteilen sich nach Segmenten und Gruppen wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
Durchschnittliche Mitarbeiterzahl	132	138
<i>Davon in den Segmenten</i>		
Asset Management	6	5
Vertrieb	8	14
Verwaltung/Service	118	119
<i>Funktionen im Segment Asset Management</i>		
	31.12.2023	31.12.2022
Front Office	-	-
Back Office	6	5
Gesamt	6	5
<i>Funktionen im Segment Vertrieb</i>		
	31.12.2023	31.12.2022
Front Office	6	9
Back Office	2	5
Gesamt	8	14
<i>Funktionen im Segment Verwaltung/Service</i>		
	31.12.2023	31.12.2022
Front Office	20	20
Back Office	98	99
Gesamt	118	119

D.2. Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen sowie nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten.

D.3. Finanzinstrumente

Angaben zum beizulegenden Zeitwert sowie zu Kategorien von Finanzinstrumenten

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, einschließlich ihrer Stufen in der Fair Value-Hierarchie. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige unwesentliche finanzielle Forderungen sowie andere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und sind in der folgenden Tabelle nicht enthalten. Deren Buchwert ist ein angemessener Näherungswert des beizulegenden Zeitwertes. Es sind ebenso keine Angaben zum Zeitwert von Leasingverbindlichkeiten enthalten.

31.12.2023		Beizulegender Zeitwert				
in T€	Kategorie	Buchwert	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Gesamt
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte						
<i>Wertpapiere</i>						
Investmentfondsanteile	<i>FVTPL</i>	5.580	5.580			5.580
Genussrechte	<i>FVTPL</i>	2.508		2.508		2.508
Zertifikate	<i>FVTPL</i>	369	369			369
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<i>AC</i>	15.369				
Leasingverbindlichkeiten	<i>AC</i>	6.571				
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	<i>AC</i>	6				

Die folgende Tabelle zeigt Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu den zum 31. Dezember 2022 bemessenen beizulegenden Zeitwerten.

31.12.2022		Beizulegender Zeitwert				
<i>in T€</i>	Kategorie	Buchwert	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Gesamt
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte						
Kaufpreisforderung coraixx	AC	1.730			1.730	1.730
Darlehen UF Beteiligungs UG	AC	148		148		148
<i>Wertpapiere</i>						
Investmentfondsanteile	FVTPL	3.838	3.838			3.838
Genussrechte	FVTPL	2.089		2.089		2.089
Zertifikate	FVTPL	306	306			306
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	AC	10.132				
Leasingverbindlichkeiten	AC	5.856				
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	AC	15				

Der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente der Stufe 1 basiert auf den auf einem aktiven Markt am Bilanzstichtag notierten Marktpreisen. Das Finanzinstrument in der Stufe 2 umfasst Genussrechte an einer Beteiligungsgesellschaft. Die Genussrechte beinhalten schuldrechtliche Beteiligungen und werden auf Basis der erwarteten Ausschüttungen bewertet.

Die Kaufpreisforderung der coraixx war durch Verpfändung von Geschäftsanteilen an der Oaklet GmbH und UF Beteiligungs UG (haftungsbeschränkt) abgesichert. Mit vertraglicher Vereinbarung vom 29. Dezember 2022 und mit Wirkung zum 2. Januar 2023 wurden diese Anteile von der capsensixx AG erworben. Der Kaufpreis für die Anteile wurde nicht durch unmittelbare Zahlung, sondern durch Anrechnung auf die Rückzahlung der Kaufpreisforderung beglichen.

Es erfolgten im Berichtsjahr und im Vorjahr keine Umgruppierungen zwischen den Stufen 1 und 2.

Nettogewinne und -verluste

Die PEH Gruppe hat folgende Nettogewinne und -verluste aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erzielt:

<i>in T€</i>	2023	2022
Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden	934	-861
Finanziellen Vermögenswerte die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	-112	-68
Finanzielle Verbindlichkeiten die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	-	-
Summe	822	-929

Änderungen der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeit

Es haben sich folgende Änderungen der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeit ergeben:

<i>in T€</i>	01.01.2023	Tilgung	Neue Leasingverhältnisse	Abgang	Umgliederung	31.12.2023
Leasingverbindlichkeiten						
Davon kurzfristige Leasingverbindlichkeiten	1.129	-1.274	310	-5	1.237	1.397
Davon langfristige Leasingverbindlichkeiten	4.727	-	1.685	-	-1.237	5.174
Gesamt	5.856	-1.274	1.995	-5	-	6.571

<i>in T€</i>	01.01.2022	Tilgung	Neue Leasingverhältnisse	Abgang	Umgliederung	31.12.2022
Leasingverbindlichkeiten						
Davon kurzfristige Leasingverbindlichkeiten	1.109	-1.170	65	-	1.124	1.129
Davon langfristige Leasingverbindlichkeiten	5.221	-	630	-	-1.124	4.727
Gesamt	6.330	-1.170	695	-	-	5.856

Der Konzern stuft gezahlte Zinsen im Zusammenhang mit den Leasingverbindlichkeiten als Cashflows aus der betrieblichen Tätigkeit ein.

Kapitalrisikomanagement

Der PEH Konzern steuert sein Kapital (Eigenkapital plus flüssige Mittel und kurzfristig fällige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Schulden) mit dem Ziel, durch finanzielle Flexibilität seine Wachstumsziele bei gleichzeitiger Optimierung der Finanzierungskosten zu erreichen. Die diesbezügliche Gesamtstrategie ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Kapitalstruktur des Konzerns besteht aus den Nettoschulden (darunter werden die Finanzverbindlichkeiten verstanden abzüglich Bankguthaben) sowie dem Eigenkapital des Konzerns. Dieses setzt sich zusammen aus den ausgegebenen Aktien, der Kapitalrücklage und den Gewinnrücklagen.

Die Kapitalstruktur zum Jahresende stellt sich wie folgt dar:

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Buchmäßiges Eigenkapital	29.531	30.612
+ Liquiditätskonten	15.091	20.822
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.910	12.998
./. kurzfristige Verbindlichkeiten	-22.948	-18.158
Gesamt	41.585	46.274

Als flüssige Mittel sehen wir die täglich fälligen Bankguthaben an. Bei den Verbindlichkeiten berücksichtigen wir alle kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten.

Finanzrisikomanagement

Der PEH Konzern unterliegt folgenden finanziellen Risiken, die im Einzelnen wie folgt gesteuert werden:

1. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass der Konzern möglicherweise nicht in der Lage ist, seine finanziellen Verbindlichkeiten vertragsgemäß durch Lieferung von Zahlungsmitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten zu erfüllen. Der Konzern steuert die Liquiditätsrisiken durch das Halten von angemessenen Rücklagen, Überwachung und Pflege der Kreditvereinbarungen sowie Planung und Abstimmung der Mittelzu- und -abflüsse. Da die finanziellen Verpflichtungen

der PEH aus der laufenden Geschäftstätigkeit kurzfristig zu begleichen sind, ist es für die PEH von zentraler Bedeutung, jederzeit über eine ausreichende Liquidität zu verfügen, um den finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen zu können.

Die PEH begegnet dem Liquiditätsrisiko durch zeitnahe Fakturierung, regelmäßige Überwachung und Bewertung der offenen Forderungen inkl. der Durchführung des Mahnwesens. Die Geschäftsleitung ermittelt durch eine Liquiditätsplanung den voraussichtlichen lang-, mittel- und kurzfristigen Liquiditätsbedarf. Mögliche Konzentrationen werden identifiziert und durch ausreichende Diversifikation der Refinanzierungsquellen und der Liquiditätspuffer begrenzt. Der PEH Konzern kann darüber hinaus freie Kreditlinien/Avale in Höhe von T€ 1.500 (2022: T€ 1.500) in Anspruch nehmen. Außerdem wurde im Januar 2023 zwischen der PEH Wertpapier AG und CPX eine wechselseitige Liquiditätsrahmenkreditlinie in Höhe von bis zu EUR 3.500.000,- mit einem Zinssatz von EURIBOR plus 2% p.a., beschlossen. Sofern der Liquiditätsrahmen nicht in Anspruch genommen wird, fallen keine Gebühren an. Der Liquiditätsrahmen wurde im Jahr 2023 temporär durch die PEH Wertpapier AG in Höhe von bis zu EUR 1.500.000 in Anspruch genommen. Das Management erwartet, dass der Konzern seine sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus operativen Cashflows und aus dem Zufluss der fällig werdenden finanziellen Vermögenswerte erfüllen kann.

Nachfolgend werden die vertraglichen Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2023 aufgeführt. Hierbei handelt es sich um nicht diskontierte Zahlungsströme:

31.12.2023	0-6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Leasingverbindlichkeiten	772	738	4.584	736	6.829
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	15.369	-	-	-	15.369
Summe	16.141	738	4.584	736	22.198

Die vertraglichen undiskontierten Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2022 stellen sich wie folgt dar:

31.12.2022	0-6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Leasingverbindlichkeiten	606	593	3.588	1.302	6.090
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	10.132	-	-	-	10.132
Summe	10.739	593	3.588	1.302	16.222

2. Ausfallrisiko

Das Kreditrisiko bzw. das Adressenausfallrisiko der PEH besteht darin, dass ihr ein finanzieller Schaden zugefügt werden könnte, wenn ein Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang erfüllt. Diese Finanzinstrumente, bei denen der Schuldner grundsätzlich ausfallen könnte, sind bilanziell in dem Posten flüssige Mittel in der Form von Bar- und Sichteinlagen, den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie in den kurz- und langfristigen finanziellen Forderungen enthalten. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen dem maximalen Ausfallrisiko.

Nach den Vorschriften des IFRS 9 müssen Wertberichtigungen in der Höhe der erwarteten Kreditverluste für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, gebildet werden. Im Geschäftsjahr wurden aus Wesentlichkeitsgesichtspunkten keine Wertminderungen gebildet.

Flüssige Mittel bestehen in der Form von täglich fälligen Bar- und Sichteinlagen gegenüber deutschen und luxemburgischen Banken. Diese sind durch einen Einlagensicherungsfonds gesichert, weshalb von der Bildung einer Risikovorsorge abgesehen wird.

Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden auf Basis einer Wertberichtigungsmatrix wie in Abschnitt A.3. beschrieben, berechnet. Auf Basis der Einschätzung des Managements von historisch sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten konnte von einer Bildung in 2023 und 2022 abgesehen werden. Der Konzern hält keine

Sicherheiten für diese offenen Posten.

Konzentrationen von Risiken werden vermieden, indem die Gesellschaft Risikoeinstufungen für ihre Geschäftspartner vornimmt und Adresslimits für Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren vorgibt, die nicht überschritten werden dürfen.

3. Marktrisiko

Marktrisiken können grundsätzlich aus Währungskursrisiken, Zinsrisiken oder anderen Preisrisiken bestehen.

Wesentliche Länderrisiken bestehen nicht, da sich die Forderungen hauptsächlich auf in der Bundesrepublik Deutschland und im Großherzogtum Luxemburg ansässige Adressen beschränken. Der Konzern ist Währungsrisiken daher nur in äußerst geringem Umfang ausgesetzt.

Für den Konzern besteht das Marktrisiko hauptsächlich darin, dass finanzielle Vermögenswerte durch geänderte Marktpreise nicht in der erwarteten Höhe zu Zahlungsmittelzuflüssen führen. Ziel des Marktrisikomanagements ist es, das Marktrisiko innerhalb akzeptabler Bandbreiten zu steuern und zu kontrollieren. Die Steuerung erfolgt durch eine kontinuierliche Überwachung durch das Management. Aufgrund der geringen Relevanz dieser Risiken für den Konzern wurden diese bisher nicht durch derivative Finanzinstrumente abgesichert.

Die Gesellschaft unterliegt dem Risiko von schwankenden Börsenkursen. Sinkende Börsenkurse haben tendenziell sinkende Kundenforderungen zur Folge, da die von der Gesellschaft erzielten Provisionserträge meist vom verwalteten Volumen abhängig sind. Dies wiederum wird durch sinkende Börsenkurse beeinflusst.

Daneben werden bei sinkenden Börsenkursen auch die beizulegenden Werte der von der Gesellschaft gehaltenen Wertpapiere und Genussrechte sinken. Als gegenläufigen Effekt zu den sinkenden Provisionseinnahmen sinken die von der Gesellschaft zu zahlenden Provisionsaufwendungen, da auch diese von Börsenkursen abhängig sind.

Für die Gesellschaft kann ein Risiko durch die Konzentration der Anlage entstehen, wodurch sich die Zahlungsmittelflüsse aufgrund von Marktschwankungen signifikant verändern können. Dem wirkt der Konzern entgegen, indem das Management sowohl bei seinen Investmentfonds-Kunden, den privaten Kunden und den Verbriefungsgesellschaften als auch bei den gehaltenen Wertpapieren auf eine möglichst breite Streuung achtet.

D.4. Leasing

In der Bilanz erfasste Beträge

Die folgenden Beträge beziehen sich auf die in der Bilanz zum 31. Dezember 2023 ausgewiesenen Leasingverträge.

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Nutzungsrechte		
Davon Raum- und Stellplatz	6.365	5.627
Davon Kfz	121	164
Nutzungsrechte gesamt	6.486	5.791

Die Zugänge an Nutzungsrechten im Jahr 2023 betragen T€ 1.995 (2022: T€ 699). Abgänge betragen im Jahr 2023 T€ 3 (2022: T€ 0).

<i>in T€</i>	31.12.2023	31.12.2022
Leasingverbindlichkeiten		
Davon kurzfristige Leasingverbindlichkeiten	1.397	1.129
Davon langfristige Leasingverbindlichkeiten	5.174	4.727
Leasingverbindlichkeiten gesamt	6.571	5.856

In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Beträge

<i>in T€</i>	2023	2022
Abschreibungen für Nutzungsrechte		
Raum- und Stellplatz	1.176	1.072
Kfz	116	116
Gesamte Abschreibung	1.293	1.188
Zinsaufwendungen für Leasingverbindlichkeiten	79	82
Ertrag aus dem Unterleasingverhältnis von Nutzungsrechten	35	-
Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	57	-
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Beträge	171	82
Summe	1.463	1.271

Die gesamten Zahlungsmittelabflüsse aus Leasingverhältnissen beliefen sich 2023 auf T€ 1.354 (2022: T€ 1.254).

D.5. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die PEH ist das Mutterunternehmen und damit auch gleichzeitig das oberste herrschende Unternehmen der PEH Gruppe.

Nahestehende Unternehmen

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen im Konzern zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Im Rahmen dieser Geschäftsbeziehungen bieten wir die gleichen Dienstleistungen an, die wir unseren Kunden im Allgemeinen erbringen. In diesem Geschäftsjahr gab es keine Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Personen und Unternehmen.

Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen nehmen Positionen in anderen Unternehmen ein, infolge derer sie maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik dieser Unternehmen haben.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Rudolf Locker, Schmitt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und unabhängiger Finanzexperte;
Vorsitzender

(Aufsichtsratsvorsitzender: btu beraterpartner Holding AG Steuerberatungsgesellschaft, Oberursel; Aufsichtsratsvorsitzender: capsensixx AG, Frankfurt am Main; stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender: PEH Wertpapier AG Österreich i.A., Wien, Österreich);

Gregor Langer, Kelkheim, Kaufmann; stellvertretender Vorsitzender

(stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender: capsensixx AG, Frankfurt am Main; Aufsichtsratsmitglied: PEH Wertpapier AG Österreich i.A., Wien, Österreich).

Prof. Dr. Hermann Wagner, Frankfurt am Main, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater;
Aufsichtsratsmitglied

(Aufsichtsratsvorsitzender: SQUADRA Immobilien GmbH & Co KGaA, Frankfurt am Main;

Aufsichtsratsvorsitzender: Aareal Bank AG, Wiesbaden; Aufsichtsratsmitglied: capsensixx AG, Frankfurt am Main).

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen T€ 130 (Vorjahr: T€ 146). Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine variablen Vergütungsbestandteile.

Vorstand

Martin Stürner, Frankfurt am Main, Kaufmann, Vorsitzender, einzelvertretungsbefugt (Aufsichtsratsvorsitzender Axxion S.A., Grevenmacher, Luxemburg; Aufsichtsratsvorsitzender: Axxion Deutschland Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main).

Der Vorstand der PEH hat im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von T€ 360 (Vorjahr: T€ 383) erhalten.

Frühere Vorstandsmitglieder

Die Bezüge früherer Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr T€ 13 (Vorjahr: T€ 13).

Stimmrechtsanteile

Es bestehen zum 31.12.2023 folgende Stimmrechtsanteile an der PEH AG von nahestehenden Personen und Unternehmen (soweit der PEH Mitteilungen vorliegen):

Name/Firma	Stimmrechtsanteil		
	Direkt gehalten	Zurechnung	Gesamt
Stürner, Martin	22,03%	7,45%	29,48%
Isartor Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (Zurechnung Martin Stürner)	7,45%	0,00%	7,45%
Locker, Rudolf	10,89%	0,00%	10,89%
Langer, Gregor	0,70%	0,00%	0,70%

Bis zum Abschlusserstellungszeitpunkt ergaben sich keine Änderungen in den Verhältnissen der Stimmrechtsanteile.

D.6. Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Das von dem Abschlussprüfer BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Vorjahr: BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2023 berechnete Honorar gliedert sich wie folgt:

<i>in T€</i>	2023	2022
Abschlussprüfungsleistungen	215	190
Andere Bestätigungsleistungen	70	29
Sonstige Leistungen	-	-
Gesamt	285	219

Die als Aufwand erfassten Honorare des Abschlussprüfers für Abschlussprüfungsleistungen belaufen sich im laufenden Jahr auf T€ 90 für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses der PEH sowie T€ 83 für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses der Tochtergesellschaft capsensixx AG und T€ 42 für die Prüfung des Einzelabschlusses der Tochtergesellschaft PEH Vermögensmanagement GmbH.

Zudem sind Aufwendungen für anderen Bestätigungsleistungen im Hinblick auf das Wertpapierhandelsgesetz und der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen angefallen.

Steuerberatungsleistungen und sonstige Leistungen wurden vom Abschlussprüfer nicht erbracht.

D.7. Segmentangaben

Beschreibung der Segmente und Hauptgeschäftstätigkeiten

Die Identifikation von berichtspflichtigen operativen Segmenten basiert auf dem „Managementansatz“. Danach erfolgt die externe Segmentberichterstattung auf Basis der konzerninternen Organisations- und Managementstruktur sowie der internen Finanzberichterstattung an die verantwortliche Unternehmensinstanz („Chief Operating Decision Maker“). Im Konzern ist der Vorstand der PEH verantwortlich für die Bewertung und Steuerung des Geschäftserfolgs der Segmente und gilt entsprechend als verantwortliche Unternehmensinstanz.

Wie im Vorjahr berichtet die PEH über drei operative Segmente, die entsprechend der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen, Marken, Vertriebswege und Kundenprofile eigenständig von segmentverantwortlichen Gremien geführt werden.

Die Geschäftsleitung hat sich dabei entschieden, die Segmente grundsätzlich nach der Art der erbrachten Dienstleistungen und der hier betreuten Kunden voneinander abzugrenzen. Hierzu werden die Dienstleistungen Verwaltung/Service, Assetmanagement und Vertrieb unterschieden; Kunden im Assetmanagement sind Fonds bzw. institutionelle Investoren während die Kunden im Segment Vertrieb Privatkunden sind. Die Unterscheidung nach der Art der Kunden in diesem Bereich wurde so getroffen, weil die Kundengruppe Privatkunden sehr viel höhere Anforderungen an Informations- und Betreuungsintensität stellen; die operativen Einheiten der PEH Gruppe werden zu diesen Tätigkeiten zugeordnet.

Die Zusammensetzung der Segmente sowie deren Ergebnisentwicklung wird regelmäßig vom Vorstand der PEH überprüft, analysiert und kontrolliert und es werden ggf. notwendige Anpassungsmaßnahmen beschlossen.

Die Segmente wurden wie folgt gebildet:

Segment	Zugeordnete Gesellschaften	Gegenstand
Verwaltung/Service	<ul style="list-style-type: none"> - capsensixx AG - Axxion S.A. (inkl. navaXX S.A., IT4Funds S.A. und Axxion InvAG) - Oaklet GmbH (inkl. Oaklet S.A.) 	Fondsadministration (Portfoliomanagement + Risikomanagement), Zentralverwaltung von Fonds, IT, Fondsbuchhaltung, Aufsetzung und Betreuung von Verbriefungstransaktionen, Verwaltungstätigkeiten für Fonds und Verbriefungsgesellschaften
Asset Management	<ul style="list-style-type: none"> - PEH Wertpapier AG 	<ul style="list-style-type: none"> - Portfoliomanagement für Fonds und institutionelle Investoren. Die Leistungen bestehen in der Beobachtung und Analyse der Wertpapiermärkte und den Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren - Kunden: Fonds, Institutionelle Investoren
Vertrieb	<ul style="list-style-type: none"> - PEH Vermögensmanagement GmbH - PEH Wealth Management GmbH - Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH (inkl. PEH Wertpapier AG Österreich in Abwicklung) 	Vermögensverwaltung und Vermögensberatung. Dies beinhaltet die Beobachtung von Wertpapiermärkten und den Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren

Die Geschäftsleitung betrachtet die Ergebnisse der Segmente jeweils getrennt von den anderen Bereichen, analysiert deren Entwicklung und beschließt notwendige Maßnahmen in den Segmenten.

Alle drei Segmente erbringen überwiegend Dienstleistungen der Finanzbranche. Empfänger der Dienstleistungen sind zum einen Fonds und institutionelle Kunden, welche in Deutschland und Luxemburg ansässig sind als auch private Kunden, welche überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind. Im Jahr 2023 existierte ein Großkunde (Vorjahr: kein Großkunde) mit einem Betrag von insgesamt T€ 21.097, welcher ein Volumen von mehr als 10% des Gesamtumsatzes ausgemacht hat und dem Segment Verwaltung/Service zuzuordnen ist.

Den Bewertungsgrundsätzen für die Segmentberichterstattung der PEH liegen die im Konzernabschluss verwendeten IFRS zu Grunde. Die PEH beurteilt die Leistung der Segmente u. a. anhand des EBITDA.

Segmentvermögen und –schulden umfassen alle Vermögenswerte und Schulden, die den Segmenten zuzuordnen sind und deren positive und negative Ergebnisse das Betriebsergebnis bestimmen. Zum Segmentvermögen zählen insbesondere immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Finanzinstrumente und sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, zu den Segmentschulden alle lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten außer den Ertragsteuerverbindlichkeiten. Die Segmentinvestitionen beinhalten die Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen.

Segmentbericht zum 31.12.2023

2023 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Summe	Konso- lidierung	Gesamt
Finanzergebnis	444	-93	3.243	3.594	-2.400	1.194
Finanzerträge	664	418	3.417	4.500	-2.549	1.951
<i>davon Zinserträge</i>	21	18	744	782	-	782
Finanzaufwendungen	-220	-512	-174	-906	149	-757
<i>davon Zinsaufwendungen</i>	-19	-6	-69	-95	-	-95
Netto-Provisionserlöse	3.154	3.593	32.178	38.925	-2.736	36.190
Mit fremden Dritten	2.736	3.301	30.152	36.190	-	36.190
mit anderen Segmenten	418	292	2.026	2.736	-2.736	-
						-
Segmentaufwendungen						
Personalaufwendungen	-1.168	-2.362	-13.777	-17.307	-1	-17.308
Sonstige betriebliche Erträge	1.501	222	1.830	3.552	-1.688	1.864
Andere	-1.377	-786	-14.096	-16.259	5.437	-10.822
Verwaltungsaufwendungen						
Abschreibungen	-111	-199	-1.693	-2.002	-	-2.002
Ergebnis aus at-equity bewerteten Beteiligungen	-	-	195	195	-	195
Segmentergebnis	2.444	374	7.881	10.699	-1.387	9.312
Ertragsteueraufwendungen	-472	-109	-2.205	-2.786	-	-2.786
EBITDA	2.111	666	6.330	9.107	1.013	10.120

<i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Summe	Konso- lidierung	Gesamt
Vermögenswerte						
01.01.2023	16.825	8.103	44.239	69.167	-14.901	54.266
31.12.2023	16.807	8.461	49.894	75.162	-16.513	58.649
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	113	102	2.701	2.916	-	2.916
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	-	-	846	846	-	846
Schulden						
01.01.2023	3.076	4.814	19.503	27.393	-3.742	23.651
31.12.2023	4.033	4.906	23.553	32.492	-3.375	29.118

Segmentbericht zum 31.12.2022

2022 <i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Summe	Konso- lidierung	Gesamt
Finanzergebnis	-712	-140	1.865	1.013	-2.000	-987
Finanzerträge	111	241	2.253	2.605	-2.031	575
<i>davon Zinserträge</i>	79	6	182	267	-	267
Finanzaufwendungen	-822	-382	-388	-1.592	31	-1.562
<i>davon Zinsaufwendungen</i>	-56	-2	-86	-145	-	-145
Netto-Provisionserlöse	2.981	3.156	29.166	35.303	-952	34.351
Mit fremden Dritten	2.616	2.869	28.865	34.351	-	34.351
mit anderen Segmenten	365	286	301	952	-952	-
Segmentaufwendungen						
Personalaufwendungen	-1.018	-2.455	-11.821	-15.295	34	-15.261
Sonstige betriebliche Erträge	150	415	1.428	1.993	-1.094	899
Andere						
Verwaltungsaufwendungen	-1.554	-594	-10.486	-12.633	4.006	-8.627
Abschreibungen	-103	-205	-1.524	-1.833	-	-1.833
Segmentergebnis	-255	176	8.627	8.549	-6	8.543
Ertragsteueraufwendungen	-146	-75	-2.505	-2.725	-	-2.725
EBITDA	560	522	8.286	9.368	1.994	11.362

<i>in T€</i>	Asset Management	Vertrieb	Verwaltung/ Service	Summe	Konso- lidierung	Gesamt
Vermögenswerte						
01.01.2022	21.725	10.207	100.297	132.229	-15.751	116.478
31.12.2022	16.825	8.103	44.239	69.166	-14.901	54.265
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	20	408	1.319	1.746	-	1.746
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-
Schulden						
01.01.2022	5.159	7.021	79.684	91.864	-4.789	87.075
31.12.2022	3.076	4.814	19.503	27.394	-3.742	23.652

Die langfristigen Vermögenswerte teilen sich nach geografischen Märkten wie folgt auf:

31.12.2023 <i>in T€</i>	Deutschland	Luxemburg	Österreich	Konso- lidierung	Gesamt
Immaterielle Vermögenswerte	128	856	-	1.792	2.776
Sachanlagenvermögen	614	6.752	-	-	7.366
Langfristige Vermögenswerte	742	7.608	-	1.792	10.142

31.12.2022 <i>in T€</i>	Deutschland	Luxemburg	Österreich	Konso- lidierung	Gesamt
Immaterielle Vermögenswerte	137	993	-	1.792	2.921
Sachanlagenvermögen	695	5.616	3	-	6.313
Langfristige Vermögenswerte	831	6.609	3	1.792	9.235

D.8. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

D.9. Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG

Die PEH hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und jeweils auf ihrer Homepage dauerhaft unter „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht (<https://www.peh.de/berichte/>).

Die capsensixx AG, welche in den Konzernabschluss der PEH miteinbezogen wird, hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und jeweils auf ihrer Homepage dauerhaft unter „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht ([https:// www.capsensixx.de/berichte/](https://www.capsensixx.de/berichte/)).

Frankfurt am Main, 08. Mai 2024

Martin Stürner
Vorstand

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die PEH Wertpapier AG, Frankfurt am Main

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG, Frankfurt am Main, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) — bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Konzern-Anhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden — geprüft.

Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht (Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns) der PEH Wertpapier AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben den folgenden Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, der in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist:

WERTHALTIGKEIT DER GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE

Sachverhalt

Die unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte betragen TEUR 1.792 (Vorjahr TEUR 1.792) zum 31. Dezember 2023 und damit 3,1 % (Vorjahr 3,3 %) der Bilanzsumme im Konzernabschluss der PEH Wertpapier AG und sind den Cash Generating Units Svea Kuschel + Kolleginnen Finanzdienstleistungen für Frauen GmbH, München, Oaklet GmbH, Frankfurt am Main, und capsensixx AG, Frankfurt am Main, zugeordnet.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden einmal jährlich oder anlassbezogen von der Gesellschaft einem Werthaltigkeitstest nach IAS 36 unterzogen, um einen möglichen Abschreibungsbedarf zu ermitteln. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf Ebene von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen der jeweilige Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wird der Buchwert der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit (CGU), dem der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist, dem erzielbaren Betrag gegenübergestellt. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Die jeweiligen Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten werden mittels des Discounted-

Cashflow-Verfahrens ermittelt. Dabei bildet die vom Management der PEH Wertpapier AG genehmigte Dreijahres-planung der jeweiligen CGU den Ausgangspunkt für die Ermittlung. Die über den Detailplanungszeitraum hinausgehenden zukünftigen Zahlungsströme werden mit Hilfe langfristiger Wachstumsraten fortgeschrieben. Hierbei werden auch Erwartungen über die zukünftige Marktentwicklung und Annahmen über die Entwicklung makroökonomischer Einflussfaktoren berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt mittels der gewichteten durchschnittlichen Kapitalkosten der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit.

Die Ermittlung des jeweiligen erzielbaren Betrags ist in hohem Maße von der Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse, der verwendeten Diskontierungssätze, der Wachstumsraten sowie weiterer Annahmen abhängig und dadurch mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Komplexität der Bewertung sowie der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Nahost-Konflikt weiterhin nicht auszuschließenden Restrisiken für die Prognose der Geschäfts- und Ergebnisentwicklung war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der PEH Wertpapier AG zu den Geschäfts- oder Firmenwerten sind in den Abschnitten „A.3. Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung“ in den Unterabschnitten „Immaterielle Vermögenswerte“ und „Wertminderungen von nicht-finanziellen Vermögenswerten“, „A.4. Schätzungen und Ermessensentscheidungen“ im Unterabschnitt „Geschäfts- oder Firmenwerte“ sowie „C. Erläuterungen zur Konzernbilanz“ im Unterabschnitt „C.1. Immaterielle Vermögenswerte“ des Konzernanhangs enthalten.

Prüferische Reaktion

Im Rahmen unseres Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Risikoeinschätzung in Bezug auf die von der Gesellschaft ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte vorgenommen. Auf Basis dieser Risikoeinschätzung haben wir uns im Rahmen der Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem zunächst ein Verständnis über den Bewertungsprozess und über die Angemessenheit der relevanten Kontrollen verschafft. Dabei haben wir uns insbesondere mit dem von der Gesellschaft zur Bewertung herangezogenen Modell, den darin verwendeten Parametern und den diesbezüglich getroffenen Annahmen befasst und die Vorkehrungen und Maßnahmen zur Erstellung der Unternehmensplanungen beurteilt.

Anschließend haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen zur Angemessenheit des Bewertungsmodells sowie der wesentlichen Bewertungsparameter und -annahmen vorgenommen. Wir haben uns von der bisherigen Prognosegüte überzeugt, indem wir Planungen des vorherigen Geschäftsjahres mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen analysiert haben. Die Prognose der zukünftigen Zahlungsmittelüberschüsse im Detailplanungszeitraum haben wir mit der vom Management der PEH Wertpapier AG genehmigten Dreijahresplanung der jeweiligen CGU abgestimmt. Die diesen Planungen zugrunde liegenden Annahmen haben wir durch Abgleich mit vergangenen Entwicklungen und unter Berücksichtigung der aktuellen branchenspezifischen Markterwartungen sowie der unternehmensspezifischen Situation nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir uns die in den Prognosen enthaltenen Annahmen bzgl. der zukünftigen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und des Nahost-Konflikts von den gesetzlichen Vertretern erläutern lassen und diese nachvollzogen. Die verwendeten Diskontierungszinssätze der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit haben wir anhand der durchschnittlichen Kapitalkosten einer Peer Group kritisch hinterfragt. Darüber hinaus haben wir die Ermittlung der Diskontierungszinssätze der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit gewürdigt. Unsere Prüfung umfasste auch die rechnerische Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells sowie die von der PEH Wertpapier AG vorgenommenen Sensitivitätsanalysen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die gesondert veröffentlichte Konzernklärung zur Unternehmensführung, auf die in Abschnitt 5 „Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289f und § 315d HGB)“ verwiesen wird,
- den gesondert veröffentlichten Vergütungsbericht i. S. d. § 162 AktG, auf den in Abschnitt 6 des zusammengefassten Lageberichts verwiesen wird,
- die in Abschnitt 7 des zusammengefassten Lageberichts enthaltene Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu

liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden

als wesentlich an-gesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage

der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen. Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER FÜR ZWECHE DER OFFENLEGUNG ERSTELLTEN ELEKTRONISCHEN WIEDERGABEN DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS NACH § 317 ABS. 3A HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Datei „PEH_AG_KA_2023.zip“ enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im

voranstehenden „VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Konzernabschluss und zum beigefügten zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen der IDW Qualitätsmanagementstandards, die die International Standards on Quality Management des IAASB umsetzen, angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB und für die Auszeichnung des Konzernabschlusses nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen — beabsichtigten oder unbeabsichtigten — Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen — beabsichtigten oder unbeabsichtigten — Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher — beabsichtigter oder unbeabsichtigter — Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts ermöglichen.
- beurteilen wir, ob die Auszeichnung der ESEF-Unterlagen mit Inline XBRL-Technologie (iXBRL) nach Maßgabe der Artikel 4 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der am Abschlussstichtag geltenden Fassung eine angemessene und vollständige maschinenlesbare XBRL-Kopie der XHTML-Wiedergabe ermöglicht.

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 26. Juni 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8. Dezember 2023 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Konzernabschlussprüfer der PEH Wertpapier AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

SONSTIGER SACHVERHALT — VERWENDUNG DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Konzernabschluss und dem geprüften zusammengefassten Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Konzernabschluss und zusammengefasste Lagebericht — auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen — sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere sind der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Tobias Bordt.

Frankfurt am Main, 13. Mai 2024

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Schmidt
Wirtschaftsprüfer

gez. Bordt
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter ("Bilanz- und Lageberichtseid") zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht der PEH gem. § 37y Nr. 1 WpHG i. V. m. §§ 297 Absatz 2 Satz 4 und 315d HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Einzelabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 08. Mai 2024

Martin Stürner
Vorstand